IPSOS PUBLIC AFFAIRS

THE SOCIAL RESEARCH AND CORPORATE REPUTATION SPECIALISTS

Ergebnisbericht

Sachsen-Monitor 2026

Für die Sächsische Staatskanzlei

Auftraggeber

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Vorgelegt von

Ipsos Public Affairs
Kolonnenstr. 26
10829 Berlin

Kontakt

Dr. Robert Grimm
Tel: (+49) 30 3030645 7090
E-Mail: robert.grimm@ipsos.com

Projektmitarbeiter

Dr. Michael Neuber, Mark Setzkorn, Dr. Robert Grimm

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen 1

1.1 Das politisch-gesellschaftliche Umfeld 1

1.2 Erhebungszeitraum 2

1.3 Fallzahlen 2

1.4 Weitere Hinweise 2

2 Ergebnisse 4

2.1 Zukunftserwartungen 4
2.1.1 Erwartungen für die persönliche Zukunft 4
2.1.2 Zukunftserwartungen für Sachsen und die wirtschaftliche Situation im Bundesland 5
2.1.3 Bewertung des eigenen Wohnortes 9

2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit 10
2.2.1 Erreichte Ziele in Sachsen seit der Wiedervereinigung 10
2.2.2 Rückblick auf die DDR und die Zeit seit der Wiedervereinigung 11

2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der persönlichen Lebensumstände 14
2.3.1 Gerechtigkeit 14
2.3.2 Soziale Unterschiede 17
2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit 19
2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität 19
2.3.5 Sozialvertrauen und persönliche Lebensumstände 23
2.3.6 Wichtigstes Problem und größte Chance für Sachsen 26
2.3.7 Sorgen mit Blick auf die Zukunft 28

2.4 Politisches Interesse und politische Partizipation 30
2.4.1 Politisches Interesse und Wahrnehmung der Politik 30
2.4.2 Politische Partizipation 32
2.4.3 Einstellungen zur direkten Demokratie 34

2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie / Institutionenvertrauen 35
2.5.1 Bewertung der Demokratie 35
2.5.2 Erwartungen an die Demokratie und ihre wahrgenommene Umsetzung 37
2.5.3 Vertrauen in demokratische und gesellschaftliche Institutionen 40
2.5.4 Autoritäre und demokratische Einstellungen 42

2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und Toleranz 44
2.6.1 Schutz der demokratischen Ordnung 44
2.6.2 Ressentiments und gesellschaftliche Toleranz 46

2.7 Mediennutzung und Informationsquellen 51
2.7.1 Nutzung unterschiedlicher Medienangebote 51
2.7.2 KI-basierte Informationsangebote 54

2.8 Zusatzteil: Transformation 54
2.8.1 Wahrgenommene Veränderungsbereiche 54
2.8.2 Persönliche Belastung durch Veränderungen 55
2.8.3 Einstellungen und Anpassungsfähigkeit gegenüber Veränderungen 57
2.8.4 Handlungsfähigkeit und künftige Zusammenarbeit der Europäischen Union 58
2.8.5 Wehrpflicht und internationale Sicherheitsfragen 59

3 Fazit 60

4 Technischer Bericht (Methodenbericht) 64

4.1 Stichprobenziehung 64
4.1.1 Grundgesamtheit 64
4.1.2 Aufbau des geografischen Auswahlrahmens 64
4.1.3 Bildung der Samplepoints 65
4.1.4 Schichtung des Auswahlrahmens 65
4.1.5 Auswahl der Samplepoints 65
4.1.6 Auswahl der Startadressen 67
4.1.7 Auswahl der Haushalte und Zielpersonen 67

4.2 Feldarbeit und Interviewereinsatz 67
4.2.1 Interviewereinsatz 67
4.2.2 Durchführung der Interviews 68
4.2.3 Feldsteuerung und Qualitätssicherung 68

4.3 Realisierung und räumliche Verteilung der Interviews 69

4.4 Datenprüfung und Aufbereitung 71
4.4.1 Technische und inhaltliche Datenprüfung 71
4.4.2 Codierung offener Angaben 71

4.5 Gewichtung 71
4.5.1 Ziel und Aufbau der Gewichtung 71
4.5.2 Kalibrierungsmerkmale 72
4.5.3 Amtliche Sollverteilungen 73
4.5.4 Umgang mit fehlenden Kalibrierungsmerkmalen 73
4.5.5 Gewichtungskennwerte 73
4.5.6 Einordnung der gewichteten Stichprobe 74

4.6 Tabellierung und statistische Prüfung 74
4.6.1 Ergebnisdarstellung 74
4.6.2 Zeitvergleiche 74
4.6.3 Signifikanzprüfung 75
4.6.4 Hinweise zur wissenschaftlichen Datennutzung 75

4.7 Methodische Grenzen 75

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Persönliche Zukunftserwartungen 4
Abbildung 2: Persönliche wirtschaftliche Situation 5
Abbildung 3: Zukunftserwartungen für Sachsen 6
Abbildung 4: Wirtschaftliche Lage in Sachsen 7
Abbildung 5: Aussagen über die Zukunft 8
Abbildung 6: Bewertung des eigenen Wohnortes 9
Abbildung 7: Aussagen zu Sachsen 10
Abbildung 8: Gespräche über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung 11
Abbildung 9: Aussagen zu Ostdeutschland und zur DDR 13
Abbildung 10: Gerechtigkeit in Deutschland 15
Abbildung 11: Gerechtigkeit persönlich 16
Abbildung 12: Gründe für einen geringeren oder höheren gerechten Anteil 17
Abbildung 13: Auffassungen zu sozialen Unterschieden 18
Abbildung 14: Subjektive Schichtzugehörigkeit 19
Abbildung 15: Chancen für sozialen Aufstieg in Deutschland 20
Abbildung 16: Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg 21
Abbildung 17: Chancen der eigenen Kinder für sozialen Aufstieg 22
Abbildung 18: Persönliche Gefahr eines sozialen Abstiegs 22
Abbildung 19: Sozialvertrauen 23
Abbildung 20: Persönliche Lebensumstände I 24
Abbildung 21: Persönliche Lebensumstände II 25
Abbildung 22: Wichtigstes Problem in Sachsen 26
Abbildung 23: Größte Chance für Sachsen 27
Abbildung 24: Sorgen mit Blick auf die Zukunft 28
Abbildung 25: Parteibindung 30
Abbildung 26: Einstellungen zur Politik 32
Abbildung 27: Politische Beteiligung I 33
Abbildung 28: Politische Beteiligung II 33
Abbildung 29: Einstellungen zur direkten Demokratie 34
Abbildung 30: Funktionieren der Demokratie in Deutschland 36
Abbildung 31: Funktionieren der Demokratie in Sachsen 37
Abbildung 32: Wichtige Aspekte einer Demokratie 38
Abbildung 33: Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen I 41
Abbildung 34: Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen II 41
Abbildung 35: Autoritäre und demokratische Einstellungen 43
Abbildung 36: Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Ordnung 44
Abbildung 37: Aussagen zu Antisemitismus 47
Abbildung 38: Einstellungen zu Gleichstellung und gesellschaftlicher Vielfalt 48
Abbildung 39: Einstellungen gegenüber muslimischem Leben 49
Abbildung 40: Weitere Formen gruppenbezogener Abwertung 49
Abbildung 41: Nationalistische und ausgrenzende Einstellungen 51
Abbildung 42: Nutzung unterschiedlicher Medienangebote zur politischen Information 53
Abbildung 43: Wahrgenommene Bereiche der größten Veränderungen in Sachsen 55
Abbildung 44: Persönliche Belastung durch Veränderungen 56
Abbildung 45: Einstellungen und Anpassungsfähigkeit gegenüber Veränderungen 57
Abbildung 46: Künftige internationale Zusammenarbeit der Europäischen Union 59

Abbildung 47: Wehrpflicht und internationale Sicherheitsfragen 60
Abbildung 48: Verteilung ausgewählter PSUs in Sachsen 66

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Soziodemographische Zusammensetzung der Interviewenden 68
Tabelle 2: Kennwerte zur Realisierung der Interviews 69
Tabelle 3: Geplante und realisierte Interviews nach Landkreis bzw. kreisfreier Stadt 70
Tabelle 4: Realisierte Interviews nach Gemeindegröße und siedlungsstruktureller Einordnung 70

1 Vorbemerkungen

Der Sachsen-Monitor ist eine wiederkehrende repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den Einstellungen und Meinungen der Menschen im Freistaat Sachsen, die erstmals 2016 durchgeführt wurde. Im Jahr 2026 wurde die Untersuchung erneut als computergestützte persönliche Befragung durchgeführt. Die Grundgesamtheit umfasst die deutschsprachige Bevölkerung Sachsens ab 18 Jahren.

Der Fragenkatalog knüpft in weiten Teilen an den Sachsen-Monitor 2023 und an die vorherigen Befragungen seit 2016 an. Dadurch können zentrale Einstellungen und Wahrnehmungen im Zeitverlauf untersucht werden. Dies betrifft unter anderem die persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftserwartungen, die Bewertung der wirtschaftlichen Lage, das Gerechtigkeitsempfinden, die Einschätzung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten, das politische Interesse, die politische Beteiligung, die Bewertung der Demokratie sowie das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen.

Neben diesen fortgeführten Themen wurden 2026 neue Fragen aufgenommen bzw. bestehende Themenbereiche erweitert. Dazu gehören insbesondere die Wahrnehmung regionaler Zukunftsperspektiven, die Voraussetzungen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und die Nutzung unterschiedlicher Medienangebote. Der Beirat des Sachsen-Monitors legte *Transformation zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und internationalen Veränderungsprozessen* als diesjähriges Sonderthema fest. Dieser Zusatzteil untersucht unter anderem, in welchen Bereichen die Bevölkerung die größten Veränderungen wahrnimmt, wie belastend diese erlebt werden und wie die Befragten ihre persönliche Vorbereitung auf gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel einschätzen.

Nicht alle Fragen des Jahres 2026 sind unmittelbar mit den Ergebnissen von 2023 vergleichbar. Bei neu aufgenommenen, inhaltlich veränderten oder mit einer anderen Antwortskala erhobenen Fragen wird deshalb ausschließlich das aktuelle Ergebnis dargestellt. Zeitvergleiche werden nur vorgenommen, wenn Frageformulierung, Antwortmöglichkeiten und inhaltliche Bedeutung hinreichend übereinstimmen.

1.1 Das politisch-gesellschaftliche Umfeld

Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2026 bilden die Einstellungen und Wahrnehmungen der sächsischen Bevölkerung während des Erhebungszeitraums ab. Bei ihrer Einordnung ist zu berücksichtigen, dass gesellschaftliche und politische Einstellungen immer auch durch die zum Zeitpunkt der Befragung wahrgenommenen Rahmenbedingungen geprägt werden.

Von besonderer Bedeutung sind 2026 zunehmende wirtschaftliche Unsicherheiten, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, internationale Kriege und Konflikte sowie die Diskussion über die wirtschaftliche und technologische Transformation. Hinzu kommen Fragen der Zuwanderung, des demografischen Wandels, der regionalen Entwicklung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Themen werden im Sachsen-Monitor sowohl durch fortgeführte Fragen als auch durch das vom Beirat ausgewählte diesjährige Sonderthema zu grundlegenden Veränderungen aufgegriffen.

Der Sachsen-Monitor ist keine Untersuchung einzelner tagespolitischer Ereignisse. Die Ergebnisse beschreiben übergreifende Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Erhebung. Aus den Befragungsdaten allein lässt sich nicht bestimmen, in welchem Umfang einzelne Ereignisse oder öffentliche Debatten die Antworten beeinflusst haben.

Der besondere Erkenntniswert einer wiederkehrenden Befragung liegt in der Möglichkeit, stabile Einstellungen von Veränderungen im Zeitverlauf zu unterscheiden. Deshalb wird im vorliegenden Bericht bei vergleichbaren Fragen auf Unterschiede gegenüber dem Sachsen-Monitor 2023 eingegangen.

Veränderungen werden insbesondere dann hervorgehoben, wenn sie statistisch signifikant und inhaltlich relevant sind.

Die Vergleichbarkeit ist allerdings nicht für alle Fragen gegeben. Der Themenbereich Medien wurde 2026 beispielsweise grundlegend verändert. Während 2023 die wahrgenommene Glaubwürdigkeit verschiedener Medienangebote untersucht wurde, erfasst die aktuelle Befragung deren Nutzungshäufigkeit. Die Ergebnisse messen damit unterschiedliche Sachverhalte und werden nicht unmittelbar miteinander verglichen.

Dies trifft auch auf das vom Beirat ausgewählte diesjährige Sonderthema „Transformation“ zu. Die entsprechenden Ergebnisse beschreiben daher ausschließlich die aktuelle Einstellungslage. Gleiches gilt für weitere neu aufgenommene Fragen zu den regionalen Zukunftsperspektiven, zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und zu einzelnen politischen und gesellschaftlichen Themen.

1.2 Erhebungszeitraum

Die Erhebung des Sachsen-Monitors 2026 fand vom 14. März 2026 bis zum 14. Juni 2026 statt. Die Interviews wurden als computergestützte persönliche Interviews (CAPI) durchgeführt. Befragt wurden zufällig ausgewählte deutschsprachige Personen ab 18 Jahren mit Wohnsitz im Freistaat Sachsen. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug rund 50 Minuten (Median).

Die Ergebnisse bilden die Einstellungen und Wahrnehmungen während dieses Erhebungszeitraums ab. Spätere gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Entwicklungen konnten keinen Einfluss auf das Antwortverhalten haben und sind daher bei der Interpretation von Ereignissen nach Abschluss der Feldarbeit gesondert zu berücksichtigen.

1.3 Fallzahlen

Der Sachsen-Monitor 2026 basiert auf insgesamt 2.031 realisierten Interviews. Die Stichprobe ermöglicht belastbare Aussagen für die erwachsene deutschsprachige Bevölkerung des Freistaates Sachsen.

Für die Ergebnisdarstellung werden grundsätzlich gewichtete Prozentwerte verwendet. Die Gewichtung dient dazu, strukturelle Abweichungen zwischen der realisierten Stichprobe und der Grundgesamtheit auszugleichen. Die ungewichteten Fallzahlen werden herangezogen, um die statistische Belastbarkeit der Ergebnisse zu beurteilen.

Bei gefilterten Fragen verringert sich die Auswertungsbasis. Dies betrifft insbesondere die Fragen zu den sozialen Aufstiegs- und Abstiegsrisiken minderjähriger Kinder sowie einzelne Fragen, die nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen unmittelbar relevant sind. Ergebnisse kleiner Teilgruppen werden zurückhaltend interpretiert. Gruppen mit sehr niedrigen ungewichteten Fallzahlen werden nicht eigenständig beschrieben.

Die Studie ermöglicht außerdem regionale Auswertungen für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie für unterschiedliche siedlungsstrukturelle Räume. Einzelne regionale Abweichungen werden im Bericht jedoch nur dann hervorgehoben, wenn sie statistisch belastbar sind und ein inhaltlich nachvollziehbares Muster erkennen lassen. Die Befragungsergebnisse sind nicht als Ersatz für amtliche Regionalstatistiken oder als Rangfolge der sächsischen Regionen zu verstehen.

1.4 Weitere Hinweise

Vergleiche mit dem Sachsen-Monitor 2023 werden nur für Fragen und Items vorgenommen, deren Formulierung, Antwortskala und inhaltliche Bedeutung eine belastbare Gegenüberstellung erlauben.

Inhaltlich veränderte Fragen werden ausschließlich für 2026 dargestellt. Eine ähnliche thematische Ausrichtung allein reicht nicht aus, um eine Zeitreihe zu bilden.

Bei den Zeitvergleichen werden statistisch signifikante Veränderungen in den Mittelpunkt gestellt. Numerische Unterschiede ohne statistische Signifikanz werden nicht als belastbare Entwicklung interpretiert. Wenn sich einzelne Antwortkategorien signifikant verändern, ohne dass sich daraus eine eindeutige Veränderung der zusammengefassten Zustimmung oder Ablehnung ergibt, wird dies entsprechend differenziert beschrieben.

Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen werden ebenfalls nur dann hervorgehoben, wenn sie statistisch belastbar und inhaltlich relevant sind. Signifikante Unterschiede allein begründen noch keine ausführliche Interpretation. Insbesondere bei zahlreichen paarweisen Vergleichen können einzelne Signifikanzbefunde auftreten, ohne dass ein konsistentes übergeordnetes Muster vorliegt.

Die dargestellten Zusammenhänge zwischen Einstellungen und soziodemografischen Merkmalen erlauben keine unmittelbaren Aussagen über Ursache und Wirkung. Merkmale wie Alter, Bildung, Erwerbssituation, Einkommen und subjektive Schichtzugehörigkeit hängen teilweise eng miteinander zusammen. Die Ergebnisse beschreiben deshalb Unterschiede zwischen Gruppen, ohne diese monokausal auf einzelne Merkmale zurückzuführen.

Offene Fragen wurden nach Abschluss der Feldarbeit inhaltlich codiert und zu thematischen Kategorien zusammengefasst. Dies betrifft insbesondere die Gründe für die persönliche Gerechtigkeitsbewertung, das wichtigste Problem Sachsens, die größte Chance für Sachsen und die hauptsächlich genutzten konkreten Informationsquellen.

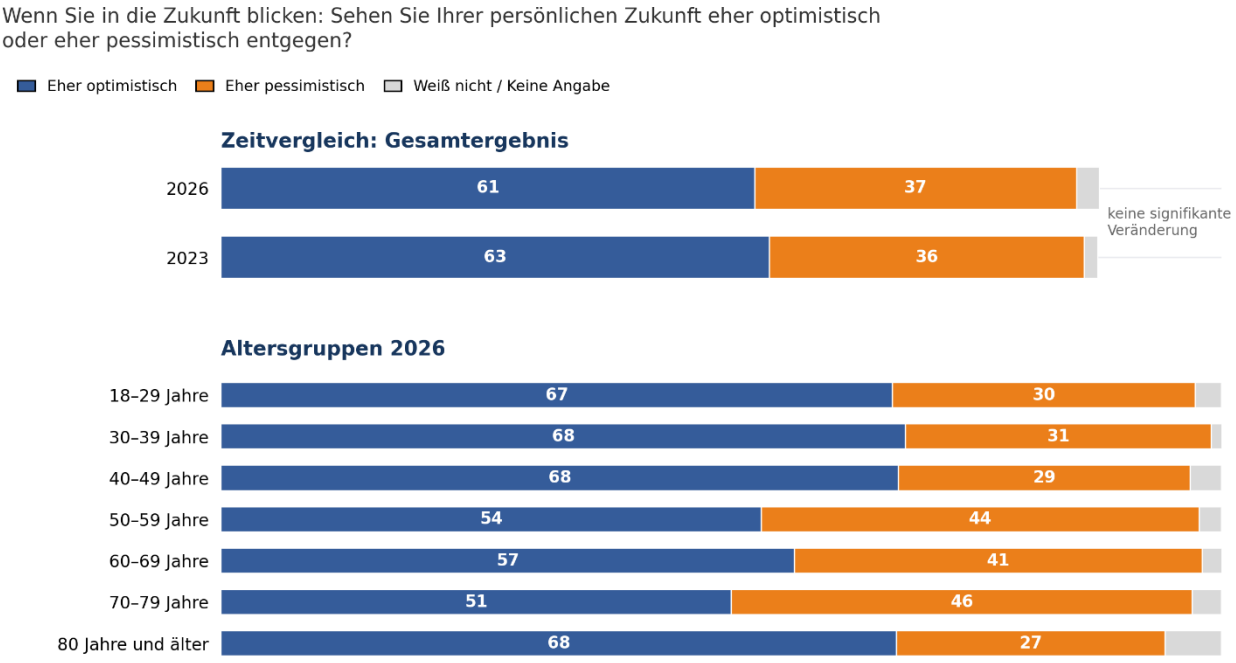
2 Ergebnisse

2.1 Zukunftserwartungen

2.1.1 Erwartungen für die persönliche Zukunft

Die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung blickt auch 2026 zuversichtlich auf die eigene Zukunft. 61 Prozent sehen ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch entgegen, 37 Prozent eher pessimistisch. Gegenüber 2023 hat sich das Meinungsbild nicht statistisch signifikant verändert. Die persönliche Zukunftszuversicht erweist sich damit im Zeitvergleich als weitgehend stabil.

Abbildung 1: Persönliche Zukunftserwartungen

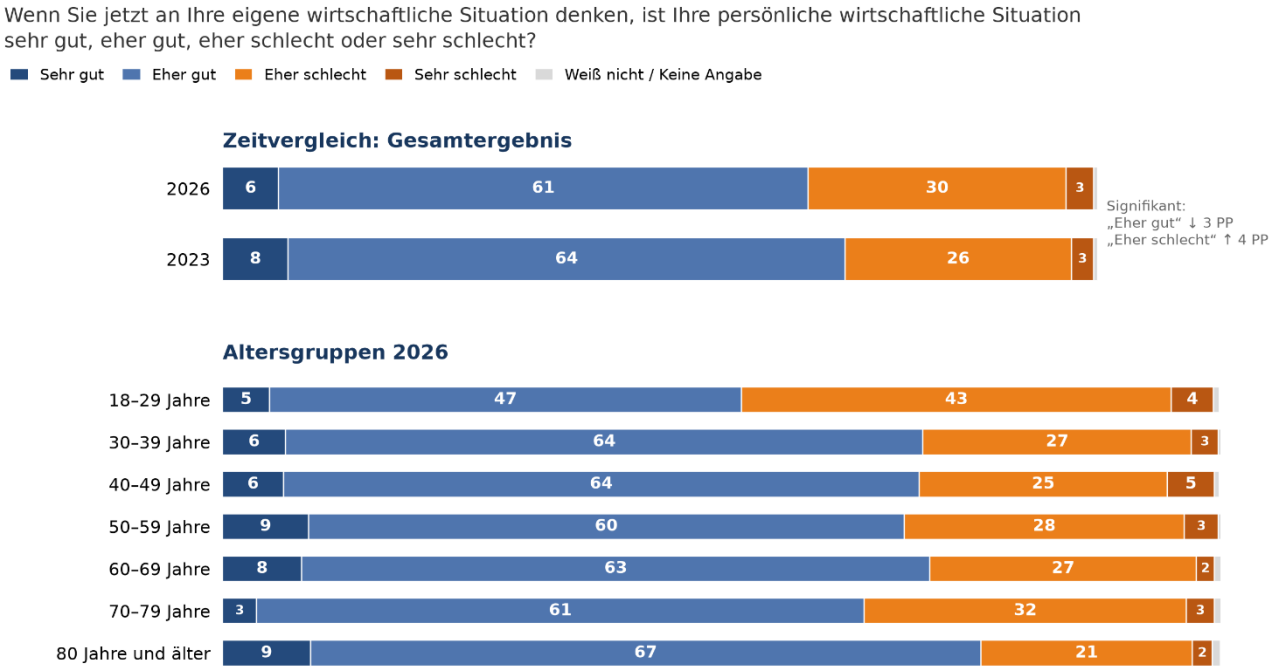


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Zeitvergleich 2023/2026 ohne signifikante Veränderung.

Besonders deutlich ist der Zusammenhang mit dem formalen Bildungsabschluss. Während nur 48 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss ihrer persönlichen Zukunft optimistisch entgegensehen, sind es unter Personen mit Abitur bzw. EOS 75 Prozent und unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 78 Prozent. Mit einer höheren subjektiven Schichtzugehörigkeit nimmt die persönliche Zukunftszuversicht ebenfalls deutlich zu.

Auch die eigene wirtschaftliche Situation wird weiterhin von einer deutlichen Mehrheit positiv beurteilt. 67 Prozent der Befragten bezeichnen ihre persönliche wirtschaftliche Lage als sehr gut oder eher gut, ein Drittel als eher oder sehr schlecht. Gegenüber 2023 hat sich das Antwortbild etwas eingetrübt. Der Anteil „eher gut“ ist signifikant um 3 Prozentpunkte zurückgegangen, während die Bewertung „eher schlecht“ signifikant um 4 Prozentpunkte gestiegen ist.

Abbildung 2: Persönliche wirtschaftliche Situation



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031.

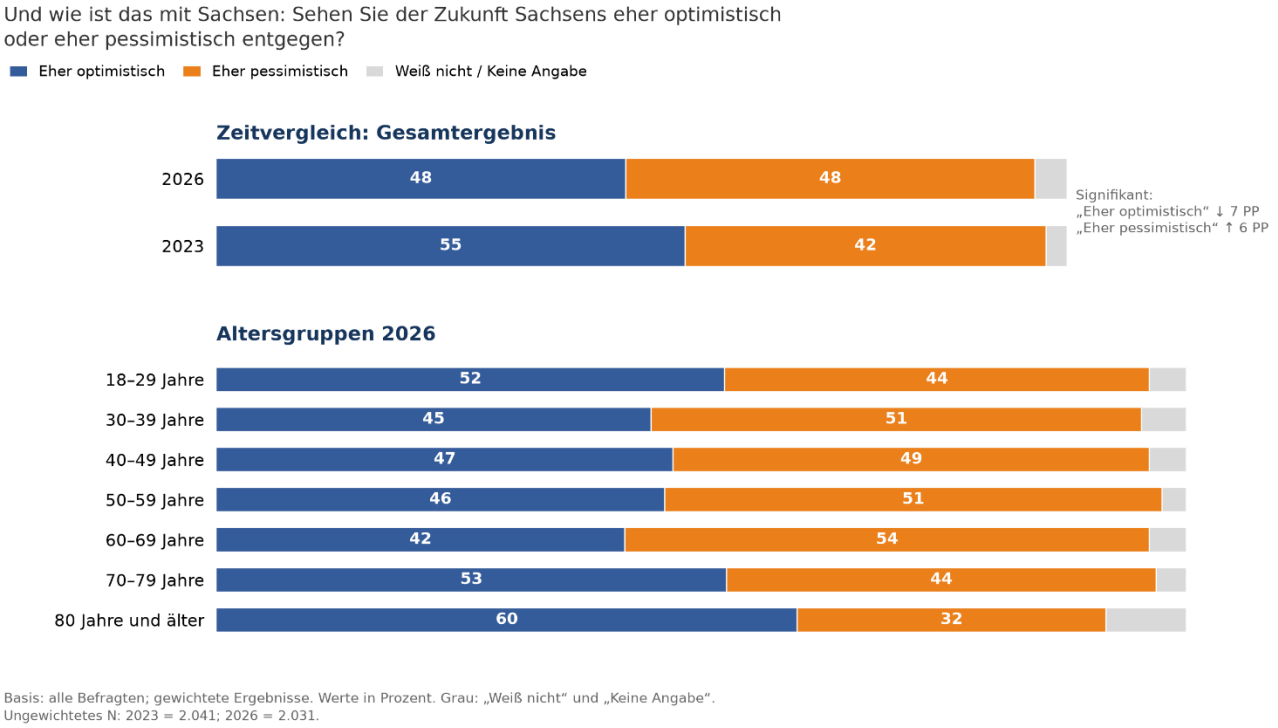
Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage unterscheidet sich deutlich nach Alter, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Junge Befragte zwischen 18 und 29 Jahren sind im Vergleich zu den anderen Altersgruppen besonders pessimistisch. Fast die Hälfte (47 Prozent) dieser Altersgruppe beurteilt ihre persönliche wirtschaftliche Situation als eher oder sehr schlecht. Beim Bildungsniveau zeigt sich, dass mit steigendem Bildungsniveau das Urteil deutlich positiver ausfällt. Während 45 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss ihre wirtschaftliche Situation als sehr oder eher gut bewerten, sind es unter Personen mit Abitur bzw. EOS 78 Prozent und unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen sogar 86 Prozent.

Auch vorübergehend Arbeitslose bewerten ihre persönliche wirtschaftliche Situation kritisch. Lediglich 20 Prozent beurteilen diese als sehr oder eher gut, während es unter Vollzeitbeschäftigten 76 Prozent und unter Teilzeitbeschäftigten 65 Prozent sind. Noch deutlicher fällt das Gefälle nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit aus. Von den Befragten, die sich der Unterschicht zurechnen, bewerten 30 Prozent ihre wirtschaftliche Situation als sehr oder eher gut. In der mittleren Mittelschicht beträgt der entsprechende Anteil 84 Prozent, in der oberen Mittelschicht 94 Prozent.

2.1.2 Zukunftserwartungen für Sachsen und die wirtschaftliche Situation im Bundesland

Die Zukunft Sachsens wird 2026 deutlich zurückhaltender eingeschätzt als die persönliche Zukunft. Jeweils 48 Prozent der Befragten sehen der Zukunft des Freistaates optimistisch bzw. pessimistisch entgegen. Im Jahr 2023 hatten die optimistischen Einschätzungen mit 55 Prozent noch deutlich überwogen. Der Rückgang des optimistischen Anteils um 7 Prozentpunkte und der Anstieg des pessimistischen Anteils um 6 Prozentpunkte sind statistisch signifikant.

Abbildung 3: Zukunftserwartungen für Sachsen

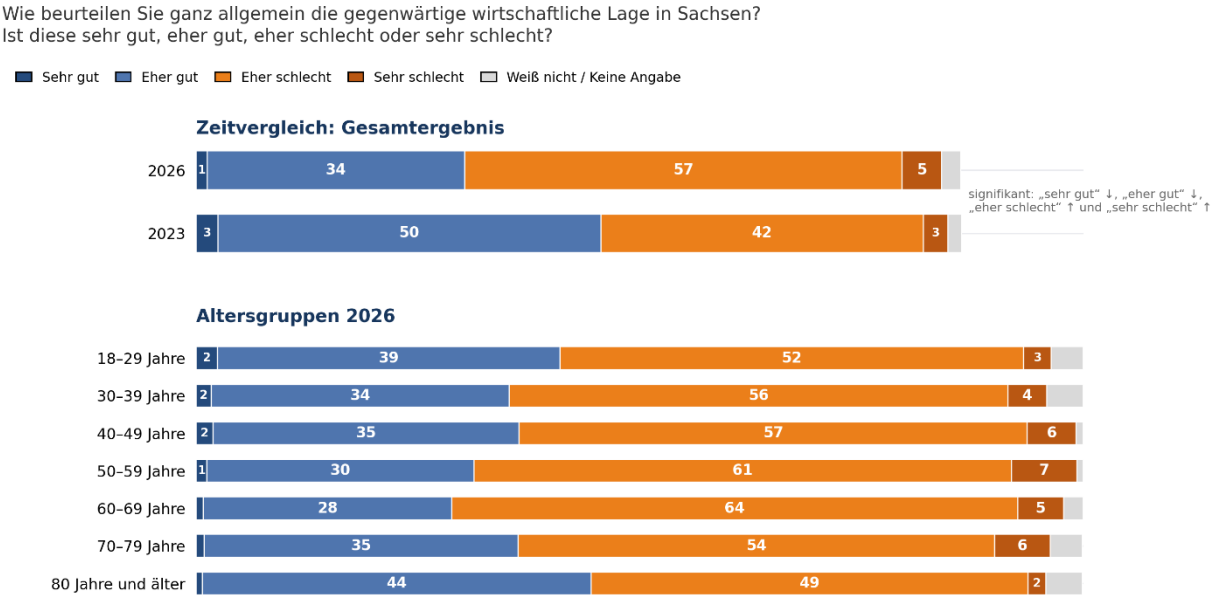


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031.

Frauen beurteilen die Zukunft Sachsens etwas positiver als Männer. 51 Prozent der Frauen blicken optimistisch auf die Zukunft des Freistaates, gegenüber 46 Prozent der Männer. Deutlichere Unterschiede zeigen sich nach dem Bildungsabschluss. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS sowie unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen überwiegt mit 57 bzw. 61 Prozent der Optimismus. Unter Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss sowie unter Personen mit Realschulabschluss geben nur 45 bzw. 43 Prozent an optimistisch zu sein. Auch nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit zeigen sich Unterschiede: In der unteren Mittelschicht blicken 42 Prozent optimistisch auf die Zukunft Sachsens, in der mittleren Mittelschicht sind es 52 Prozent und in der oberen Mittelschicht 56 Prozent.

Noch kritischer wird die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Sachsens bewertet. Lediglich 35 Prozent der Befragten beurteilen sie als sehr oder eher gut. 62 Prozent halten sie dagegen für eher oder sehr schlecht. Gegenüber 2023 hat sich die Einschätzung erheblich verschlechtert: Der Anteil „eher gut“ ist um 16 Prozentpunkte gesunken, während „eher schlecht“ um 15 Prozentpunkte gestiegen ist. Auch bei den beiden äußeren Antwortkategorien zeigen sich signifikante Veränderungen in negativer Richtung.

Abbildung 4: Wirtschaftliche Lage in Sachsen



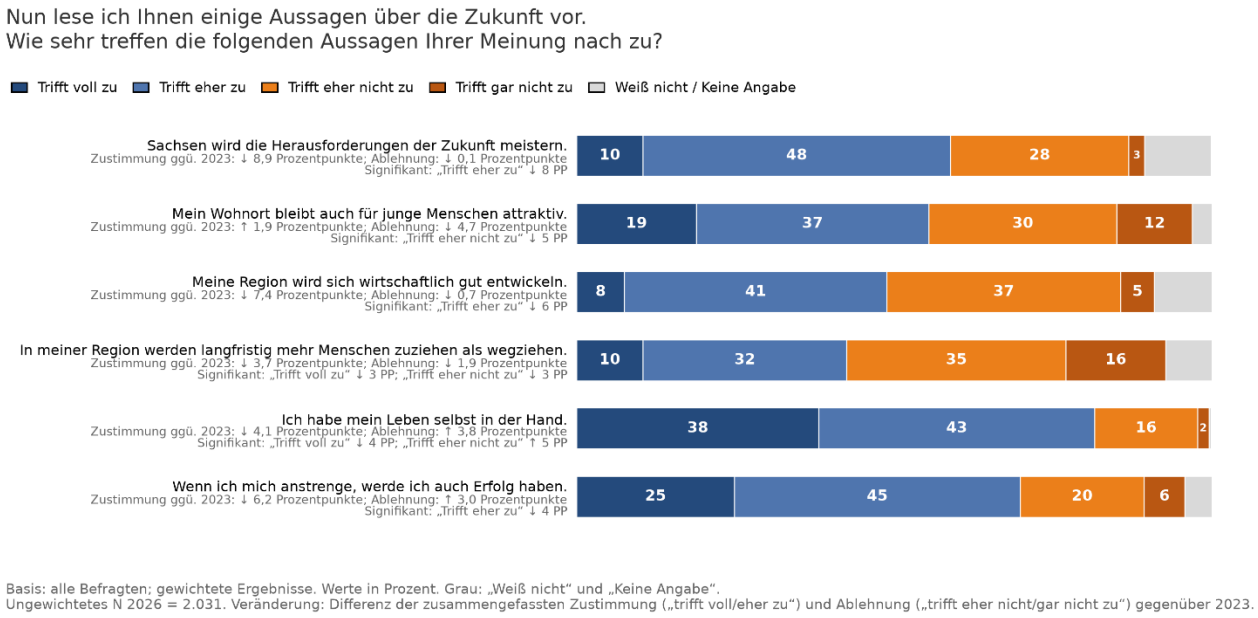
Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Sämtliche vier inhaltlichen Antwortkategorien haben sich signifikant verändert.

Damit setzt sich die bereits 2023 erkennbare Eintrübung der wirtschaftlichen Erwartungen fort. Während 2023 noch eine knappe Mehrheit die wirtschaftliche Lage des Freistaates positiv bewertete, überwiegen 2026 deutlich die negativen Einschätzungen (62 Prozent). Besonders kritisch fällt das Urteil unter den 60- bis 69-Jährigen aus: 69 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage Sachsens als eher oder sehr schlecht.

Außerdem bestehen Unterschiede nach Bildungsabschluss. Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen beurteilen die wirtschaftliche Lage mit 48 Prozent häufiger positiv als Befragte mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss (33 Prozent) sowie Personen mit Realschulabschluss (30 Prozent). Allerdings überwiegen selbst unter Personen mit Hochschulabschluss die negativen Einschätzungen. Anders als bei der persönlichen wirtschaftlichen Situation ist die kritische Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens somit über alle Bildungsgruppen hinweg verbreitet.

Die Erwartungen an die weitere Entwicklung fallen je nach betrachteter Ebene unterschiedlich aus. Besonders positiv werden weiterhin die persönlichen Einflussmöglichkeiten beurteilt. Der Aussage *Ich habe mein Leben selbst in der Hand* stimmen 81 Prozent voll oder eher zu. Der Aussage *Wenn ich mich anstrenge, werde ich auch Erfolg haben* stimmen 70 Prozent voll oder eher zu. Zurückhaltender fallen die Erwartungen für Sachsen, den eigenen Wohnort und die Region aus. Der Aussage *Sachsen wird die Herausforderungen der Zukunft meistern* stimmen 58 Prozent voll oder eher zu. Jeweils rund die Hälfte stimmt den Aussagen *Mein Wohnort bleibt auch für junge Menschen attraktiv* und *Meine Region wird sich wirtschaftlich gut entwickeln* voll oder eher zu. Der Aussage *In meiner Region werden langfristig mehr Menschen zuziehen als wegziehen* stimmen 42 Prozent voll oder eher zu.

Abbildung 5: Aussagen über die Zukunft



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz der zusammengefassten Zustimmung („trifft voll/eher zu") und Ablehnung („trifft eher nicht/gar nicht zu") gegenüber 2023.

Bei mehreren Aussagen hat sich die Zuversicht gegenüber 2023 abgeschwächt. Bei der Aussage *Sachsen wird die Herausforderungen der Zukunft meistern* ist der Anteil „trifft eher zu" signifikant um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei der Aussage *Meine Region wird sich wirtschaftlich gut entwickeln* sank diese Antwortkategorie signifikant um 6 Prozentpunkte.

Auch die Erwartung eines langfristigen Bevölkerungszuzugs fällt verhaltener aus. Der Anteil der uneingeschränkten Zustimmung ist signifikant um 3 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei der Attraktivität des eigenen Wohnortes für junge Menschen haben sich die zustimmenden Antwortkategorien dagegen nicht statistisch signifikant verändert.

Die persönlichen Selbstwirksamkeitserwartungen bleiben auf einem hohen Niveau, haben sich aber ebenfalls etwas abgeschwächt. Bei der Aussage *Ich habe mein Leben selbst in der Hand* ist der Anteil „trifft voll zu" signifikant um 4 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil „trifft eher nicht zu" um 5 Prozentpunkte. Bei der Aussage *Wenn ich mich anstrenge, werde ich auch Erfolg haben* ging der Anteil „trifft eher zu" signifikant um 4 Prozentpunkte von 49 auf 45 Prozent zurück.

Bei den persönlichen Einflussmöglichkeiten treten wiederum deutliche soziale Unterschiede hervor. 25 Prozent der Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss stimmen vollständig zu, ihr Leben selbst in der Hand zu haben. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS sind es 50 Prozent, unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 55 Prozent. Unter vorübergehend Arbeitslosen fällt die uneingeschränkte Zustimmung mit 15 Prozent besonders niedrig aus.

Noch deutlicher ist das Gefälle nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Von den Befragten, die sich der Unterschicht zurechnen, stimmen 14 Prozent der Aussage vollständig zu. In der mittleren Mittelschicht sind es 53 Prozent und in der oberen Mittelschicht 61 Prozent. Ein vergleichbares Muster zeigt sich bei der Erwartung, durch eigene Anstrengung Erfolg haben zu können (Unterschicht: 11 Prozent, untere Mittelschicht: 36 Prozent, obere Mittelschicht: 42 Prozent).

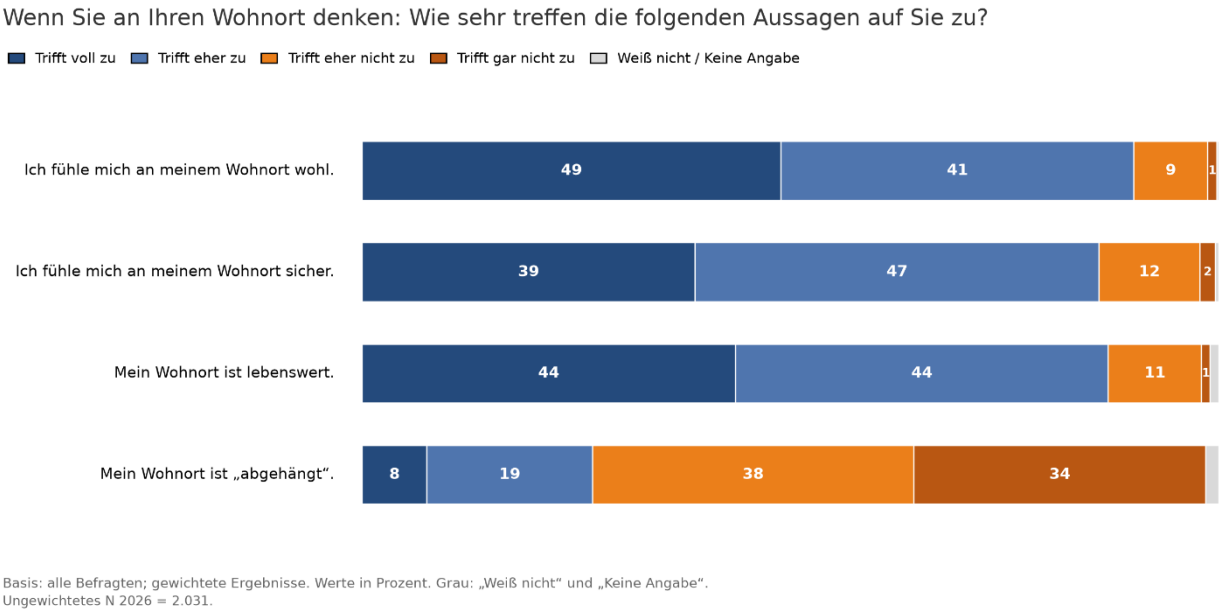
Die Einschätzungen zur Attraktivität und zur wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Wohnortes bzw. der eigenen Region unterscheiden sich deutlich zwischen den Landkreisen, kreisfreien Städten und

Ortsgrößen. Allerdings ergibt sich nicht bei allen Aussagen dasselbe räumliche Muster. Auf eine vollständige Rangfolge der Regionen wird deshalb verzichtet.

2.1.3 Bewertung des eigenen Wohnortes

Die Bewertung des unmittelbaren Wohnumfeldes fällt insgesamt sehr positiv aus. Der Aussage *Ich fühle mich an meinem Wohnort wohl* stimmen 90 Prozent voll oder eher zu. 88 Prozent stimmen der Aussage *Mein Wohnort ist lebenswert* und 86 Prozent der Aussage *Ich fühle mich an meinem Wohnort sicher* voll oder eher zu. Gleichzeitig stimmen 27 Prozent der Aussage *Mein Wohnort ist „abgehängt“* voll oder eher zu.

Abbildung 6: Bewertung des eigenen Wohnortes



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N 2026 = 2.031.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine positive Bewertung der gegenwärtigen Lebensqualität und Zweifel an den langfristigen Entwicklungsperspektiven nebeneinander bestehen können. Ein Wohnort kann als angenehm, sicher und lebenswert wahrgenommen werden, während zugleich strukturelle oder wirtschaftliche Nachteile gesehen werden.

Die uneingeschränkte Zustimmung zur Aussage, sich am eigenen Wohnort wohlzufühlen, nimmt tendenziell mit dem Alter zu. Unter den 18- bis 29-Jährigen stimmen 43 Prozent vollständig zu, unter den 30- bis 39-Jährigen 42 Prozent. Bei den 70- bis 79-Jährigen beträgt der entsprechende Anteil 59 Prozent, bei den mindestens 80-Jährigen 67 Prozent.

Auch Bildung und subjektive soziale Lage variieren mit der Bewertung des Wohnortes. Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen stimmen mit 66 Prozent häufiger vollständig zu, sich an ihrem Wohnort wohlzufühlen, als Befragte mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss: 46 Prozent; Realschulabschluss: 45 Prozent; Abitur bzw. EOS: 51 Prozent). In der oberen Mittelschicht liegt die uneingeschränkte Zustimmung bei 73 Prozent, gegenüber 42 Prozent in der unteren Mittelschicht.

Beim Sicherheitsgefühl besteht ein Unterschied zwischen Männern und Frauen. Während 43 Prozent der Männer vollständig zustimmen, sich an ihrem Wohnort sicher zu fühlen, stimmen nur 36 Prozent der Frauen dem zu. Darüber hinaus bestehen Unterschiede zwischen einzelnen Regionen und Ortsgrößen. Ein durchgängiges Stadt-Land-Muster lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

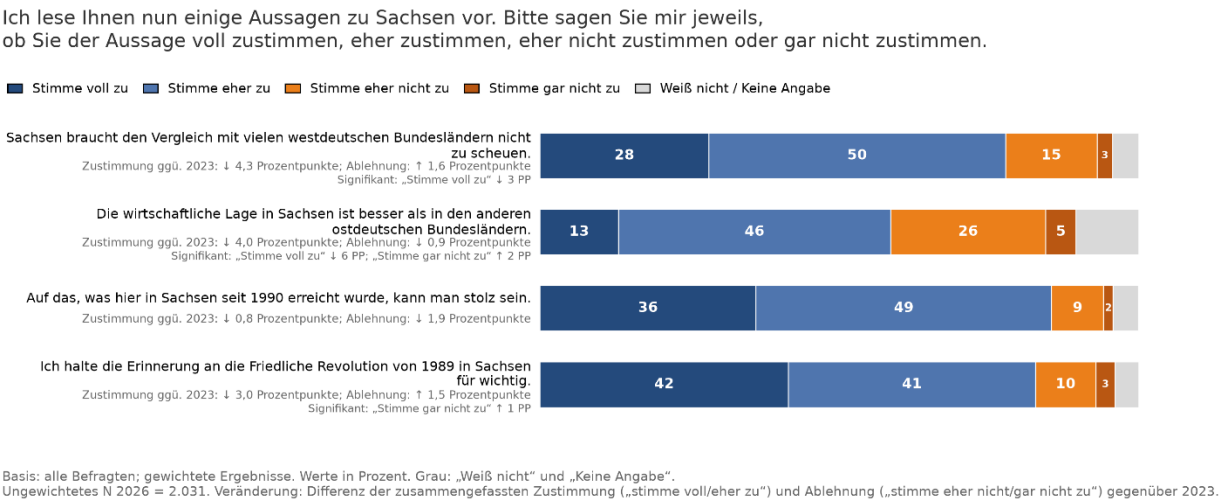
Am deutlichsten räumlich differenziert ist die Wahrnehmung, der eigene Wohnort sei „abgehängt“. In mehreren Landkreisen sowie in kleineren und mittelgroßen Ortskategorien wird dieser Eindruck häufiger geäußert als in den großen kreisfreien Städten. Die Ergebnisse sprechen damit nicht für eine allgemein geringe Lebensqualität außerhalb der Großstädte, sondern für regional unterschiedlich ausgeprägte Zweifel an den künftigen Entwicklungsperspektiven.

2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit

2.2.1 Erreichte Ziele in Sachsen seit der Wiedervereinigung

Die Entwicklung Sachsens seit der Wiedervereinigung wird von der Bevölkerung weiterhin überwiegend positiv bewertet. Der Aussage *Auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein* stimmen 85 Prozent voll oder eher zu. 83 Prozent stimmen der Aussage *Ich halte die Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 in Sachsen für sehr wichtig* voll oder eher zu. Der Aussage *Sachsen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen* stimmen 78 Prozent voll oder eher zu. Etwas zurückhaltender fällt die Bewertung der wirtschaftlichen Stellung Sachsens innerhalb Ostdeutschlands aus: Der Aussage *Die wirtschaftliche Lage in Sachsen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern* stimmen nur 59 Prozent voll oder eher zu.

Abbildung 7: Aussagen zu Sachsen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz der zusammengefassten Zustimmung („stimme voll/eher zu“) und Ablehnung („stimme eher nicht/gar nicht zu“) gegenüber 2023.

Gegenüber 2023 ist dieses insgesamt positive Meinungsbild weitgehend stabil geblieben. Jedoch ist bei der Aussage *Sachsen brauche den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen* der Anteil uneingeschränkter Zustimmung signifikant von 31 auf 28 Prozent gesunken.

Auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Stellung Sachsens gegenüber den anderen ostdeutschen Bundesländern hat sich nicht grundlegend verändert. Der Anteil der Befragten, die der Aussage vollständig zustimmen, ist jedoch signifikant von 19 auf 13 Prozent zurückgegangen. Die wirtschaftliche Position Sachsens wird damit 2026 seltener uneingeschränkt positiv beurteilt.

Die Auffassung, auf das seit 1990 in Sachsen Erreichte könne man stolz sein, erweist sich im Zeitvergleich als stabil. Auch die Bedeutung der Erinnerung an die Friedliche Revolution wird 2026 ähnlich bewertet wie 2023.

Die Bewertung der Entwicklung Sachsens unterscheidet sich vor allem nach Alter und Bildungsabschluss. Besonders deutlich wird dies beim Stolz auf das seit 1990 Erreichte. Unter den 70- bis 79-Jährigen stimmen 47 Prozent der entsprechenden Aussage vollständig zu, unter den mindestens 80-Jährigen 50

Prozent. Die uneingeschränkte Zustimmung fällt damit in den beiden ältesten Gruppen deutlich höher aus als unter den 18- bis 29-Jährigen (20 Prozent).

Ein ähnliches Altersgefälle zeigt sich bei der Bedeutung der Erinnerung an die Friedliche Revolution. Während 26 Prozent der 18- bis 29-Jährigen die Erinnerung uneingeschränkt für wichtig halten, sind es unter den 70- bis 79-Jährigen 51 Prozent und unter den mindestens 80-Jährigen 58 Prozent. Auch Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen messen der Erinnerung häufiger eine sehr hohe Bedeutung bei als Befragte mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (49 Prozent ggü. 38 Prozent bzw. 40 Prozent).

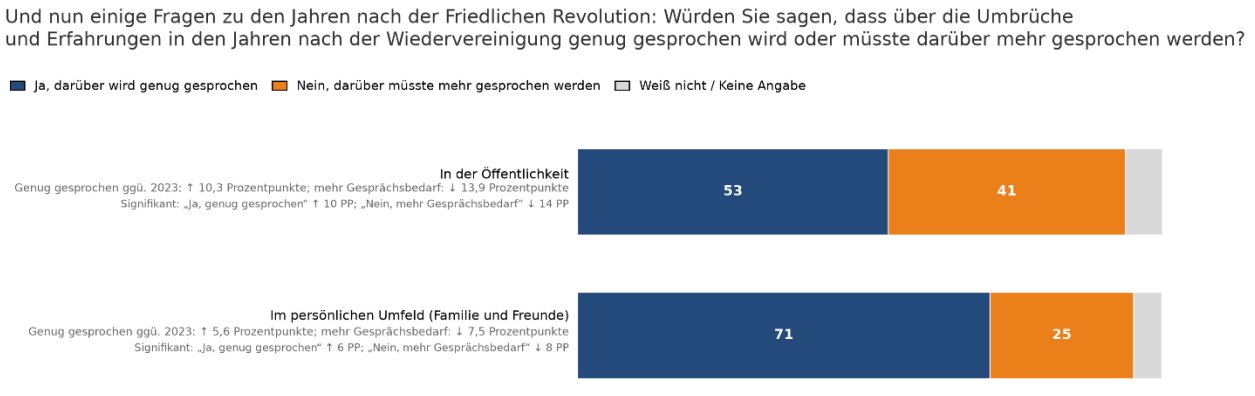
Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Position Sachsens treten Unterschiede nach Bildung und subjektiver sozialer Lage hervor. Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen stimmen häufiger als andere Bildungsgruppen zumindest eher zu, dass die wirtschaftliche Lage Sachsens besser sei als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern (79 Prozent; andere Bildungsgruppen: 47 Prozent bis 66 Prozent). Befragte, die sich der oberen Mittelschicht zurechnen, bewerten die wirtschaftliche Position des Freistaates ebenfalls positiver als Angehörige der unteren oder mittleren Mittelschicht (74 Prozent ggü. 50 Prozent bzw. 65 Prozent).

Zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten bestehen bei einzelnen Aussagen statistisch signifikante Unterschiede. Da diese je nach Aussage unterschiedliche Regionen betreffen, ergibt sich jedoch kein einheitliches räumliches Muster über alle vier Aussagen hinweg.

2.2.2 Rückblick auf die DDR und die Zeit seit der Wiedervereinigung

Die Einschätzung, ob in Deutschland ausreichend über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung gesprochen wird, hat sich seit 2023 deutlich verändert. Im Jahr 2026 sind 53 Prozent der Befragten der Ansicht, dass darüber genug gesprochen werde. 41 Prozent meinen dagegen, das Thema müsse stärker behandelt werden. Im Jahr 2023 überwog noch die entgegengesetzte Einschätzung: Damals hielten 43 Prozent die öffentliche Auseinandersetzung für ausreichend, während 55 Prozent der Auffassung waren, darüber müsse mehr gesprochen werden. Die Veränderungen zwischen beiden Erhebungsjahren sind statistisch signifikant.

Abbildung 8: Gespräche über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz der beiden inhaltlichen Antwortkategorien gegenüber 2023.

Die Bewertung unterscheidet sich insbesondere nach dem formalen Bildungsabschluss. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen meint die Hälfte, dass stärker über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung gesprochen werden müsse. Dieser Anteil fällt höher aus als

unter Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (40 Prozent bzw. 38 Prozent). In diesen beiden Gruppen ist jeweils eine Mehrheit der Ansicht, das Thema werde in Deutschland bereits ausreichend behandelt.

Jüngere Befragte können die Frage häufiger nicht inhaltlich beantworten. Unter den 18- bis 29-Jährigen wählen 11 Prozent die Antwort „Weiß nicht“, ein höherer Anteil als in mehreren älteren Altersgruppen. Dies kann damit zusammenhängen, dass die Frage für Personen ohne eigene Erinnerung an die unmittelbare Nachwendezeit schwieriger zu beurteilen ist. Eine eindeutige Erklärung lässt sich aus den Befragungsdaten jedoch nicht ableiten.

Auch regional bestehen Unterschiede. In Chemnitz sind 59 Prozent der Auffassung, dass mehr über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung gesprochen werden müsse. In Dresden liegt der entsprechende Anteil bei 42 Prozent. Zwischen den Landkreisen unterscheiden sich die Einschätzungen ebenfalls, ohne dass sich daraus ein durchgängiges räumliches Gefälle ableiten lässt.

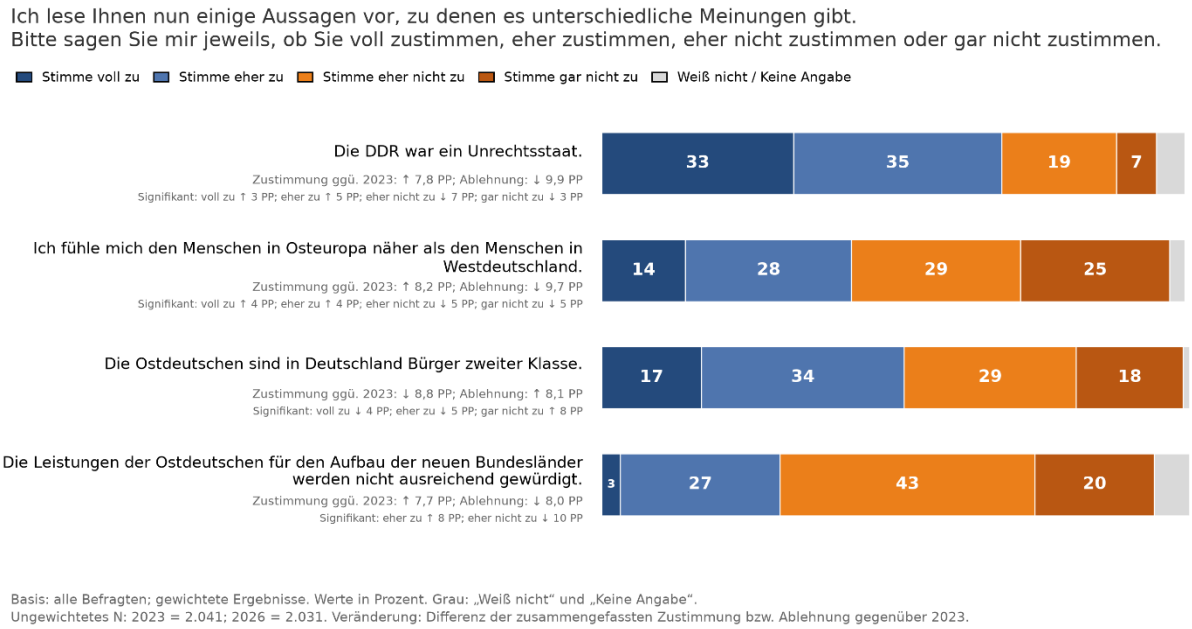
Im persönlichen Umfeld wird die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen nach der Wiedervereinigung deutlich häufiger als ausreichend empfunden als auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. 71 Prozent geben an, dass in ihrer Familie und ihrem Freundeskreis genug über dieses Thema gesprochen werde. Ein Viertel meint dagegen, im persönlichen Umfeld müsse stärker darüber gesprochen werden.

Gegenüber 2023 hat sich auch hier die Einschätzung signifikant verschoben. Der Anteil derjenigen, die den Austausch im persönlichen Umfeld für ausreichend halten, ist von 65 Prozent auf 71 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ging der Anteil, der sich mehr Gespräche wünscht, signifikant um 8 Prozentpunkte zurück. Sowohl auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als auch im persönlichen Umfeld wird der bisherige Austausch 2026 somit häufiger als ausreichend beurteilt.

Unter den 60- bis 69-Jährigen halten 76 Prozent den Austausch im persönlichen Umfeld für ausreichend. Unter den 18- bis 29-Jährigen fällt dieser Anteil niedriger aus (65 Prozent). Unterschiede zeigen sich auch nach der subjektiven sozialen Lage: Befragte, die sich der Unterschicht zurechnen, wünschen sich mit 36 Prozent häufiger eine intensivere Auseinandersetzung als Angehörige der unteren bzw. mittleren Mittelschicht mit 23 Prozent.

Die Aussagen zu Ostdeutschland, der DDR und Osteuropa ergeben ein differenziertes Bild. Der Aussage *Die DDR war ein Unrechtsstaat* stimmen 68 Prozent voll oder eher zu. 51 Prozent stimmen der Aussage *Die Ostdeutschen sind in Deutschland Bürger zweiter Klasse* voll oder eher zu. Der Aussage *Ich fühle mich den Menschen in Osteuropa näher als den Menschen in Westdeutschland* stimmen 42 Prozent voll oder eher zu. Lediglich 30 Prozent stimmen der Aussage *Die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer werden angemessen gewürdigt* voll oder eher zu. 63 Prozent stimmen dieser letzten Aussage eher nicht oder gar nicht zu.

Abbildung 9: Aussagen zu Ostdeutschland und zur DDR



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz der zusammengefassten Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber 2023.

Die Einordnung der DDR als Unrechtsstaat findet 2026 mehr Zustimmung als 2023. Der Anteil uneingeschränkter Zustimmung ist signifikant um 3 Prozentpunkte gestiegen, die eher zustimmende Antwort um 5 Prozentpunkte. Gleichzeitig sank der Anteil „stimme eher nicht zu“ signifikant um 7 Prozentpunkte und die vollständige Ablehnung um 3 Prozentpunkte. Damit handelt es sich nicht lediglich um eine Verschiebung innerhalb der Antwortskala, sondern die Gesamtzustimmung zur Aussage hat sich erhöht.

Die Einordnung der DDR unterscheidet sich nach Alter und Bildungsabschluss. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS stimmen 39 Prozent, unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 42 Prozent vollständig zu. Die uneingeschränkte Zustimmung fällt damit höher aus als unter Befragten mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (28 Prozent bzw. 30 Prozent). Unter den mindestens 80-Jährigen lehnen 19 Prozent die Einordnung der DDR als Unrechtsstaat vollständig ab. Dieser Anteil liegt über den Werten der jüngeren Altersgruppen bis 69 Jahre (3 Prozent bis 7 Prozent).

Das Gefühl, den Menschen in Osteuropa näher zu sein als den Menschen in Westdeutschland, hat gegenüber 2023 zugenommen. Der Anteil uneingeschränkter Zustimmung ist signifikant von 10 Prozent auf 14 Prozent gestiegen, die eher zustimmende Antwort von 24 Prozent auf 28 Prozent. Beide ablehnenden Kategorien gingen signifikant zurück. Mit insgesamt 54 Prozent lehnt dennoch weiterhin eine Mehrheit die Aussage eher oder vollständig ab.

Bei dieser Aussage zeigt sich außerdem ein ausgeprägter Bildungsunterschied. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss stimmen 59 Prozent voll oder eher zu, unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen lediglich 21 Prozent. 45 Prozent dieser Gruppe lehnen die Aussage vollständig ab. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht mit der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Befragte aus der Unter- und unteren Mittelschicht äußern häufiger eine größere Nähe zu Osteuropa als Personen aus der mittleren bzw. oberen Mittelschicht (57 Prozent bzw. 50 Prozent ggü. 35 Prozent bzw. 20 Prozent).

Die Auffassung, Ostdeutsche seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse, ist seit 2023 zurückgegangen. Der Anteil uneingeschränkter Zustimmung sank signifikant von 21 Prozent auf 17 Prozent, die eher zustimmende Antwort von 39 Prozent auf 34 Prozent. Gleichzeitig stieg die vollständige Ablehnung

signifikant von 10 Prozent auf 18 Prozent. Gleichwohl stimmt auch 2026 mit insgesamt 51 Prozent noch gut die Hälfte der Bevölkerung der Aussage voll oder eher zu.

Die Wahrnehmung einer Benachteiligung Ostdeutscher hängt eng mit Bildung und subjektiver sozialer Lage zusammen. Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss stimmen der Aussage häufiger vollständig zu als Personen mit Abitur bzw. Hochschulabschluss (22 Prozent bzw. 19 Prozent ggü. 9 Prozent bzw. 12 Prozent). Besonders deutlich ist der Unterschied nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit: In der Unterschicht stimmen 31 Prozent vollständig zu, Ostdeutsche seien Bürger zweiter Klasse. In der mittleren und oberen Mittelschicht fällt der entsprechende Anteil geringer aus (15 Prozent bzw. 7 Prozent).

Die gesellschaftliche Anerkennung ostdeutscher Aufbauleistungen wird weiterhin überwiegend kritisch beurteilt, fällt 2026 aber etwas weniger negativ aus als 2023. Der Anteil „stimme eher zu“ ist signifikant von 19 Prozent auf 27 Prozent gestiegen, während „stimme eher nicht zu“ von 53 Prozent auf 43 Prozent zurückging. Die vollständige Ablehnung liegt mit 20 Prozent auf einem ähnlichen Niveau wie 2023. Trotz dieser Verschiebung überwiegt weiterhin deutlich die Einschätzung, dass die Leistungen der Ostdeutschen nicht angemessen gewürdigt werden.

Bei dieser Aussage treten Altersunterschiede hervor. Unter den 30- bis 39-Jährigen stimmen insgesamt 39 Prozent der Auffassung voll oder eher zu, dass die Aufbauleistungen angemessen gewürdigt würden; unter den 50- bis 59-Jährigen sind es 29 Prozent und unter den 70- bis 79-Jährigen 21 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil derjenigen, die der Aussage eher nicht oder gar nicht zustimmen, von 53 Prozent bei den 30- bis 39-Jährigen auf 67 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen und 75 Prozent bei den 70- bis 79-Jährigen.

Auch zwischen den Regionen bestehen bei den vier Aussagen Unterschiede. Da diese keinem durchgängigen Stadt-Land-Gefälle folgen und je nach Aussage unterschiedliche Landkreise bzw. kreisfreie Städte betreffen, wird auf eine vollständige Aufzählung der regionalen Einzelwerte verzichtet.

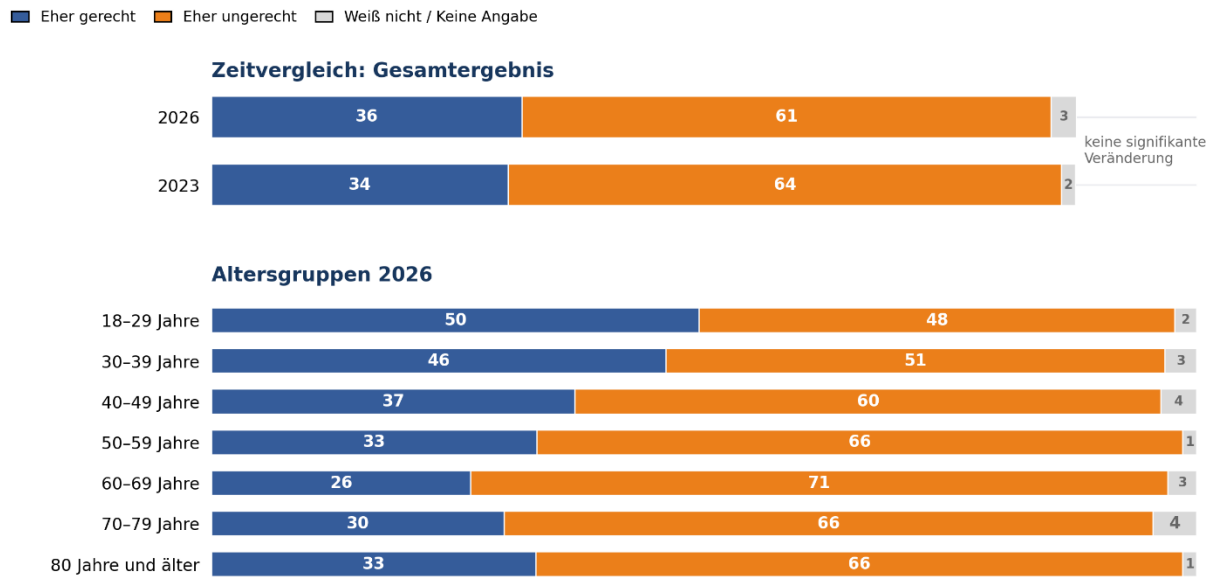
2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der persönlichen Lebensumstände

2.3.1 Gerechtigkeit

Eine Mehrheit der sächsischen Bevölkerung ist weiterhin der Auffassung, dass es in Deutschland insgesamt eher ungerecht zugeht. Im Jahr 2026 beurteilen 61 Prozent die gesellschaftlichen Verhältnisse als eher ungerecht, 36 Prozent als eher gerecht. Das überwiegend kritische Gerechtigkeitsurteil erweist sich damit im Zeitvergleich als stabil.

Abbildung 10: Gerechtigkeit in Deutschland

Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?



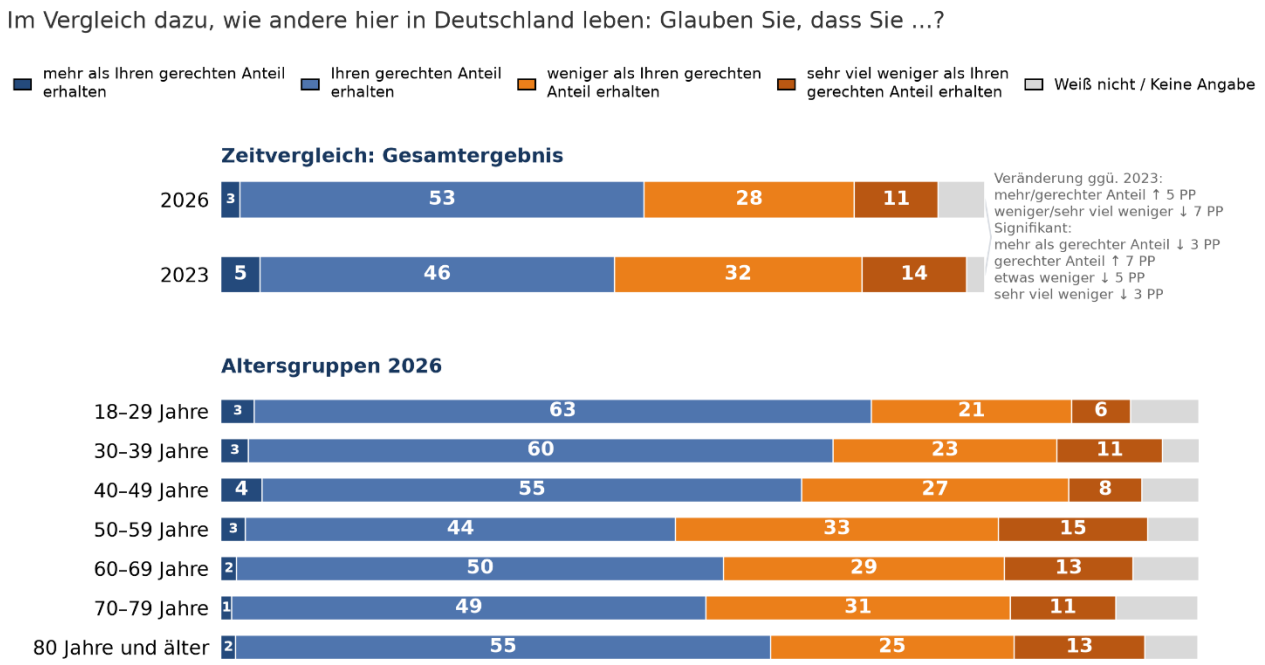
Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Zeitvergleich 2023/2026 ohne signifikante Veränderung.

Jüngere Befragte bewerten die gesellschaftlichen Verhältnisse positiver als ältere. Unter den 18- bis 29-Jährigen halten 50 Prozent Deutschland für eher gerecht, unter den 30- bis 39-Jährigen 46 Prozent. Besonders kritisch urteilen die 60- bis 69-Jährigen, von denen 71 Prozent die Verhältnisse als eher ungerecht bewerten.

Auch nach Bildung und subjektiver sozialer Lage bestehen deutliche Unterschiede. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS halten 49 Prozent die Verhältnisse für eher gerecht, unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 42 Prozent. Bei Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss trifft dies jeweils nur auf etwa ein Drittel zu. In der Unterschicht empfinden 70 Prozent und in der unteren Mittelschicht 66 Prozent die gesellschaftlichen Verhältnisse als eher ungerecht. In der mittleren Mittelschicht liegt dieser Anteil bei 55 Prozent.

Die persönliche Gerechtigkeitsbilanz fällt weniger kritisch aus. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, den eigenen gerechten Anteil zu erhalten. 28 Prozent glauben, etwas weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen, weitere 11 Prozent sehr viel weniger. Lediglich 3 Prozent sind der Auffassung, mehr als ihren gerechten Anteil zu erhalten.

Abbildung 11: Gerechtigkeit persönlich



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031.

Gegenüber 2023 hat sich die persönliche Gerechtigkeitsbilanz verbessert. Der Anteil der Befragten, die nach eigener Einschätzung ihren gerechten Anteil erhalten, ist signifikant um 7 Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig sank der Anteil derjenigen, die angeben, „etwas weniger“ bzw. „sehr viel weniger“ als ihren gerechten Anteil zu erhalten, um 5 Prozentpunkte bzw. um 3 Prozentpunkte. Allerdings ging auch der kleinere Anteil derjenigen, die mehr als ihren gerechten Anteil erhalten, um 3 Prozentpunkte zurück.

Jüngere und höher gebildete Befragte beurteilen ihre persönliche Situation häufiger als gerecht. Unter den 18- bis 29-Jährigen geben 63 Prozent und unter den 30- bis 39-Jährigen 60 Prozent an, ihren gerechten Anteil zu erhalten. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS oder Hochschulabschluss sind es jeweils rund zwei Drittel. Bei Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss liegt der Anteil bei 47 Prozent, bei Personen mit Realschulabschluss bei 49 Prozent.

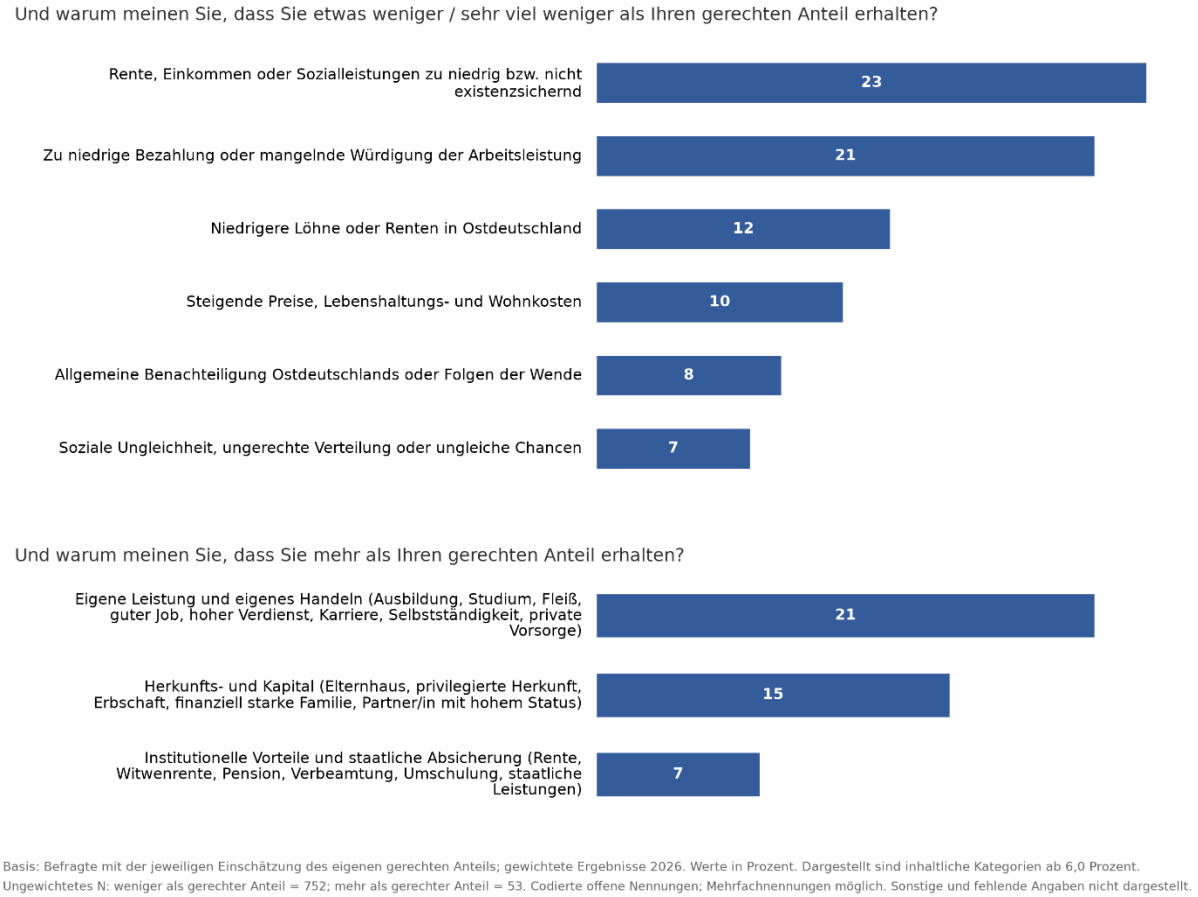
Ein besonders ausgeprägtes Gefälle besteht nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit. In der mittleren und oberen Mittelschicht geben jeweils rund 61 Prozent an, ihren gerechten Anteil zu erhalten. In der Unterschicht trifft dies nur auf 43 Prozent zu. Knapp ein Fünftel der Befragten aus der Unterschicht ist der Auffassung, sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten.

Die Gründe für diese Einschätzungen zeigen, welche konkreten Erfahrungen und Wahrnehmungen hinter der persönlichen Gerechtigkeitsbilanz stehen. Befragte, die nach eigener Einschätzung weniger als ihren gerechten Anteil erhalten, begründen dies vor allem mit zu niedrigen bzw. nicht existenzsichernden Renten, Einkommen oder Sozialleistungen (23 Prozent) sowie mit einer zu geringen Bezahlung oder mangelnden Würdigung ihrer Arbeitsleistung (21 Prozent). Daneben werden niedrigere Löhne und Renten in Ostdeutschland (12 Prozent) sowie gestiegene Lebenshaltungs- und Wohnkosten (10 Prozent) vergleichsweise häufig genannt.

Befragte, die meinen, mehr als ihren gerechten Anteil zu erhalten, führen dies am häufigsten auf die eigene Leistung und das eigene Handeln zurück (21 Prozent). An zweiter Stelle stehen die soziale

Herkunft, Erbschaften oder andere familiäre und finanzielle Vorteile (15 Prozent).[1] Die Ergebnisse beruhen auf offen erhobenen und nachträglich codierten Antworten.

Abbildung 12: Gründe für einen geringeren oder höheren gerechten Anteil



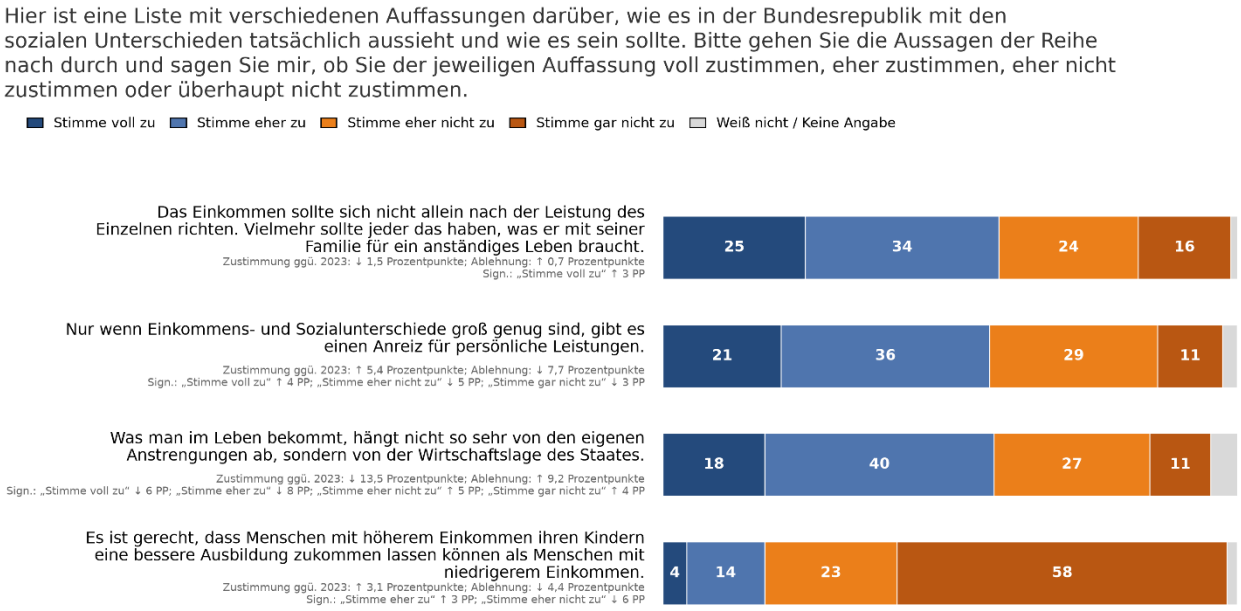
Basis: Befragte mit der jeweiligen Einschätzung des eigenen gerechten Anteils; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Dargestellt sind inhaltliche Kategorien ab 6,0 Prozent.
Ungewichtetes N: weniger als gerechter Anteil = 752; mehr als gerechter Anteil = 53. Codierte offene Nennungen; Mehrfachnennungen möglich. Sonstige und fehlende Angaben nicht dargestellt.

2.3.2 Soziale Unterschiede

Die Einstellungen zu Einkommensunterschieden und sozialer Gerechtigkeit ergeben ein differenziertes Bild. Der Aussage *Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht* stimmen 59 Prozent voll oder eher zu. Zugleich stimmen 57 Prozent der Aussage *Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen* voll oder eher zu.
Eine Mehrheit von 58 Prozent stimmt der Aussage voll oder eher zu *Was man im Leben bekommt, hängt nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage des Staates*. Besonders deutlich wird eine ungleiche Bildungsförderung aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Eltern zurückgewiesen: 81 Prozent stimmen der Aussage *Es ist gerecht, dass Menschen mit höherem Einkommen ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen lassen können als Menschen mit niedrigerem Einkommen* eher nicht oder gar nicht zu. 58 Prozent lehnen diese Aussage vollständig ab.

[1] Die Ergebnisse für Befragte, die nach eigener Einschätzung mehr als ihren gerechten Anteil erhalten, beruhen auf einer kleinen Fallzahl von n = 53 und sind daher nur eingeschränkt belastbar.

Abbildung 13: Auffassungen zu sozialen Unterschieden



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz der zusammengefassten Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber 2023.

Bei der bedarfsorientierten Einkommensverteilung hat sich das Gesamtbild gegenüber 2023 nur wenig verändert. Der Anteil „stimme voll zu" ist signifikant um 3 Prozentpunkte gestiegen.

Die Auffassung, Einkommens- und Statusunterschiede stellten notwendige Leistungsanreize dar, findet 2026 dagegen stärkere Unterstützung. Der Anteil uneingeschränkter Zustimmung ist signifikant von 17 auf 21 Prozent gestiegen. Gleichzeitig sind die beiden ablehnenden Kategorien zurückgegangen.

Die Ansicht, Lebensergebnisse hingen weniger von den eigenen Anstrengungen als von der wirtschaftlichen Lage des Staates ab, trifft 2026 auf geringere Zustimmung. Die uneingeschränkte Zustimmung sank signifikant von 24 Prozent auf 18 Prozent, die eher zustimmende Antwort von 48 Prozent auf 40 Prozent. Beide ablehnenden Kategorien nahmen zu. Den eigenen Anstrengungen wird damit 2026 tendenziell eine größere Bedeutung zugeschrieben als 2023.

Bei der Frage nach einer besseren Ausbildung von Kindern aufgrund des höheren Einkommens ihrer Eltern bleibt die deutliche Ablehnung bestehen. Der Anteil „stimme eher zu" ist allerdings signifikant um 3 Prozentpunkte gestiegen, während „stimme eher nicht zu" von 29 Prozent auf 23 Prozent zurückging. Die uneingeschränkte Ablehnung liegt mit 58 Prozent auf einem ähnlichen Niveau wie 2023.

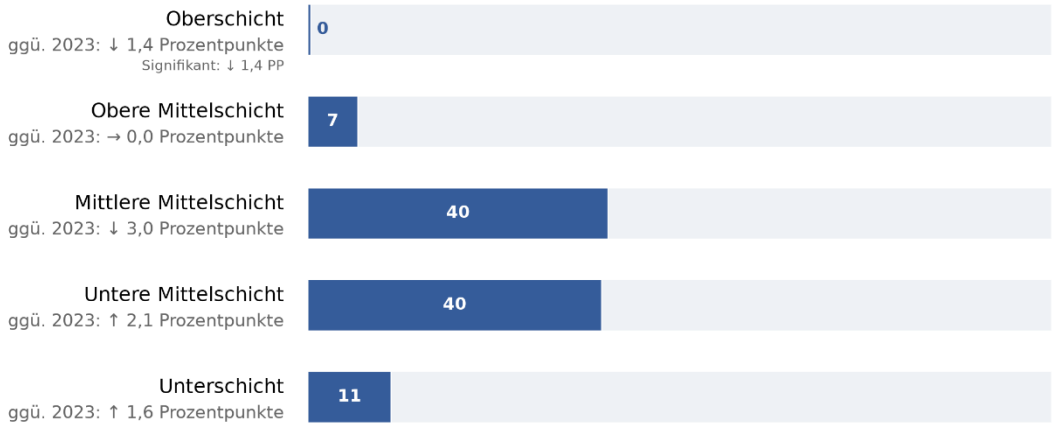
Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen betreffen vor allem die Stärke der Zustimmung. Frauen stimmen einer bedarfsorientierten Einkommensverteilung häufiger vollständig zu als Männer (29 Prozent gegenüber 21 Prozent). Besonders hoch fällt die Zustimmung unter Personen aus, die sich der Unterschicht zurechnen (47 Prozent). Männer unterstützen dagegen häufiger uneingeschränkt die Auffassung, größere Einkommens- und Statusunterschiede seien als Leistungsanreiz erforderlich (25 Prozent gegenüber 17 Prozent der Frauen).

2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit[2]

Die große Mehrheit der sächsischen Bevölkerung ordnet sich 2026 einer der beiden mittleren Schichten zu. Jeweils 40 Prozent rechnen sich der unteren bzw. der mittleren Mittelschicht zu. 11 Prozent verorten sich in der Unterschicht und 7 Prozent in der oberen Mittelschicht. Weniger als ein Prozent ordnet sich der Oberschicht zu.

Abbildung 14: Subjektive Schichtzugehörigkeit

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt: die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht und die Oberschicht.
Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst eher zu?



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“ nicht dargestellt.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: Differenz gegenüber 2023; Signifikanz: 95 %, Holm.

Gegenüber 2023 ist die Verteilung weitgehend stabil geblieben. Die subjektive Schichtzugehörigkeit hängt eng mit dem Bildungsabschluss und der Erwerbssituation zusammen. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss rechnen sich 28 Prozent der Unterschicht und 49 Prozent der unteren Mittelschicht zu. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ordnen sich dagegen 57 Prozent der mittleren und 23 Prozent der oberen Mittelschicht zu.

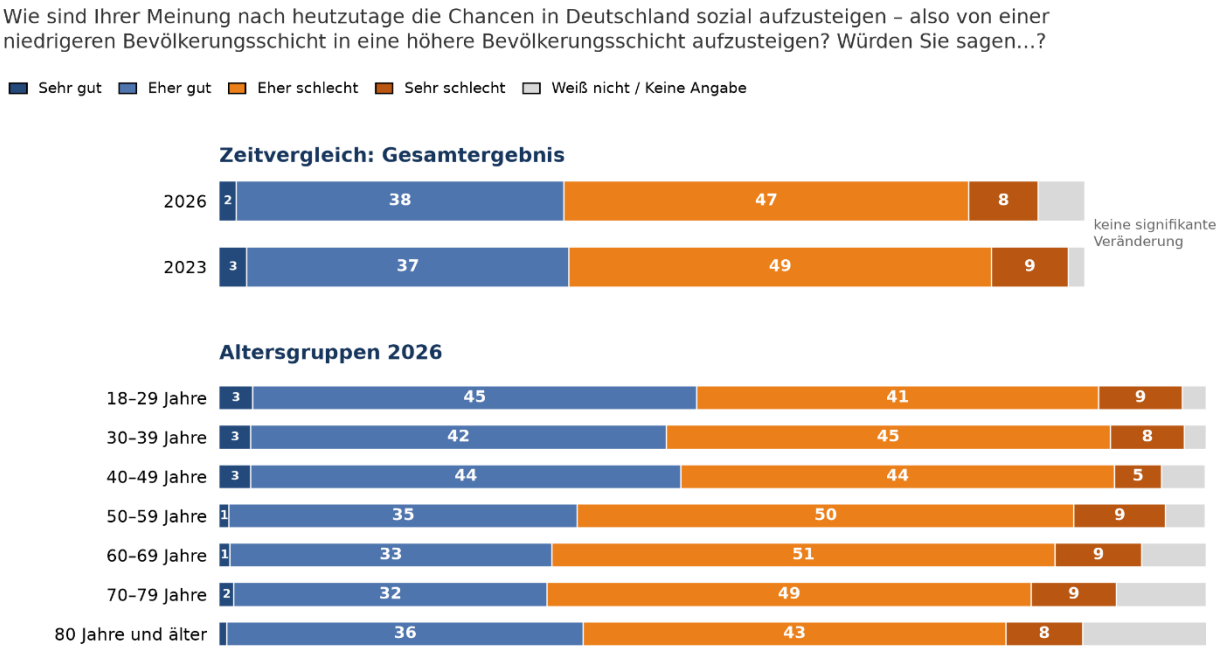
Vorübergehend Arbeitslose und nicht berufstätige Personen zählen sich überdurchschnittlich häufig zur Unterschicht (33 Prozent bzw. 30 Prozent). Unter Voll- und Teilzeitbeschäftigten ist die Einordnung in die mittlere Mittelschicht deutlich verbreiteter (jeweils 46 Prozent).

2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität

Die allgemeinen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs in Deutschland werden weiterhin überwiegend kritisch beurteilt. 40 Prozent schätzen die Chancen, von einer niedrigeren in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen, als sehr oder eher gut ein. Mehr als die Hälfte beurteilt die allgemeinen Aufstiegschancen als eher oder sehr schlecht. Der entsprechende Anteil liegt 2026 bei 55 Prozent, nach 59 Prozent im Jahr 2023. Gegenüber 2023 ist die Gesamtverteilung stabil geblieben.

[2] Zur Erfassung der Schichtzugehörigkeit wurden die Befragten gebeten, ihre soziale Position selbst einzuschätzen. Die Selbsteinschätzung ermöglicht es, die subjektive Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen zu erfassen.

Abbildung 15: Chancen für sozialen Aufstieg in Deutschland



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Zeitvergleich 2023/2026 ohne signifikante Veränderung.

Jüngere Befragte schätzen die allgemeinen Aufstiegschancen positiver ein als ältere. Unter den 18- bis 29-Jährigen bewertet fast die Hälfte die Chancen als sehr oder eher gut (48 Prozent). Befragte mit Abitur bzw. EOS oder Hochschulabschluss urteilen ebenfalls positiver als Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (jeweils 52 Prozent ggü. 29 Prozent bzw. 38 Prozent). Besonders kritisch äußern sich vorübergehend Arbeitslose und Befragte aus der Unterschicht (jeweils 20 Prozent positive Bewertungen).

Die persönlichen Aufstiegschancen werden noch etwas zurückhaltender bewertet. 36 Prozent schätzen ihre eigenen Möglichkeiten als sehr oder eher gut ein, 53 Prozent als eher oder sehr schlecht.

Gegenüber 2023 hat sich die Beurteilung der persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten verschlechtert. Der Anteil „eher gut“ ist von 38 Prozent auf 33 Prozent gesunken. Die Unterschiede sind jedoch nicht statistisch signifikant.

Abbildung 16: Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg



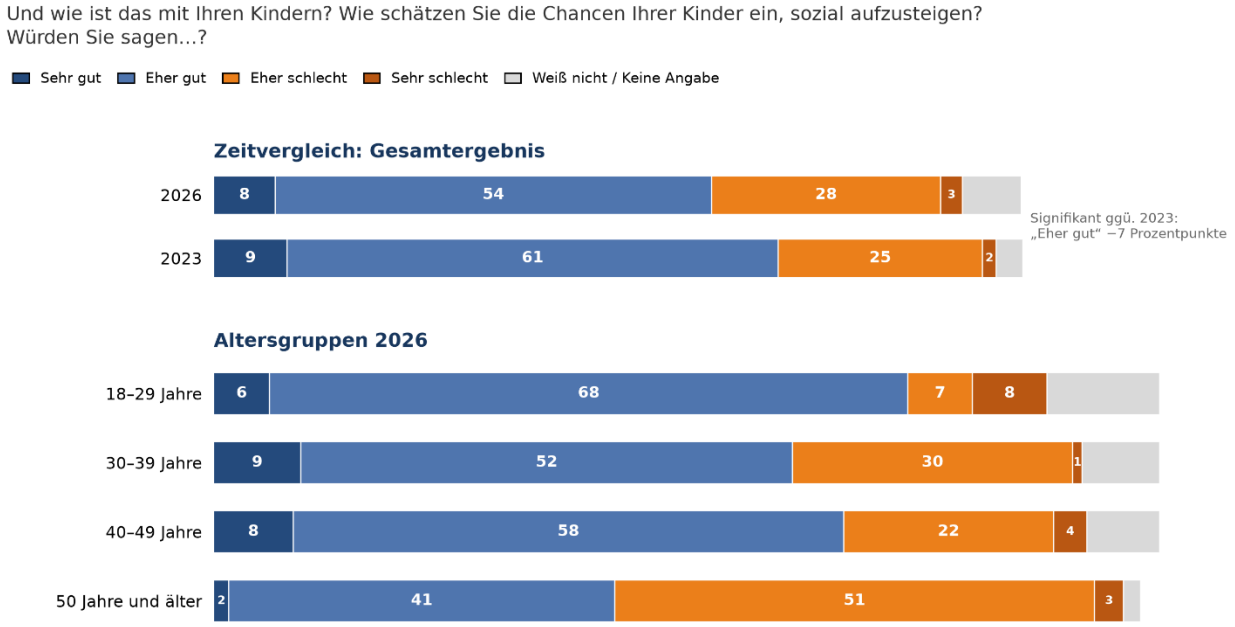
Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Zeitvergleich 2023/2026 ohne signifikante Veränderung.

Das Alter spielt bei der Einschätzung der persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten eine zentrale Rolle. Unter den 18- bis 29-Jährigen bewerten 62 Prozent und unter den 30- bis 39-Jährigen 52 Prozent ihre Chancen als sehr oder eher gut. Mit zunehmendem Alter geht dieser Anteil deutlich zurück (60- bis 69-Jährige: 20 Prozent). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass sozialer Aufstieg für ältere oder bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen eine andere praktische Bedeutung haben kann.

Auch Bildung und subjektive Schichtzugehörigkeit stehen in einem engen Zusammenhang mit der Einschätzung. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen bewerten 57 Prozent ihre persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten positiv. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss sind es lediglich rund 12 Prozent. In der oberen Mittelschicht sehen 73 Prozent gute persönliche Aufstiegschancen, in der Unterschicht etwa 13 Prozent.

Unter den Befragten mit minderjährigen Kindern beurteilen 62 Prozent die sozialen Aufstiegschancen ihrer Kinder als sehr oder eher gut. 31 Prozent bewerten sie als eher oder sehr schlecht. Der Anteil „eher gut“ ist gegenüber 2023 signifikant von 61 Prozent auf 54 Prozent gesunken.

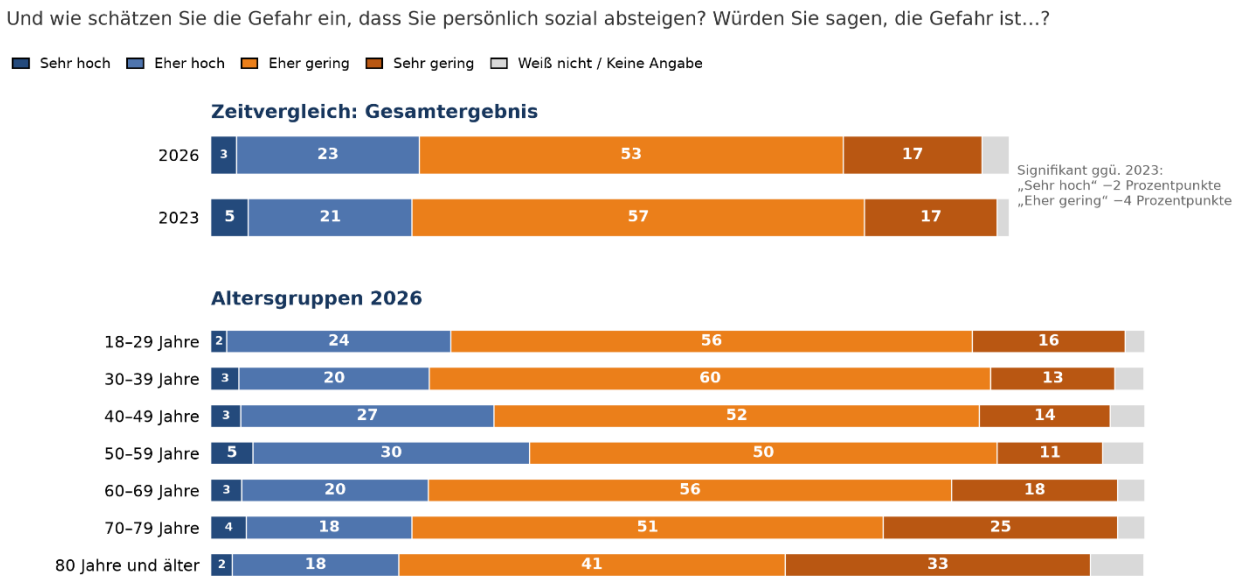
Abbildung 17: Chancen der eigenen Kinder für sozialen Aufstieg



Basis: Befragte mit Kindern unter 18 Jahren; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 475; 2026 = 439. Altersgruppe 50 Jahre und älter: n = 54. Signifikante Veränderungen gegenüber 2023 auf dem 95-Prozent-Niveau.

Die persönliche Gefahr eines sozialen Abstiegs wird von der Mehrheit als gering eingeschätzt. 70 Prozent halten die Gefahr für eher oder sehr gering, 26 Prozent für eher oder sehr hoch. Gegenüber 2023 ergibt sich keine Verschärfung. Der Anteil „sehr hoch“ ist signifikant um 2 Prozentpunkte gesunken, während zugleich der Anteil „eher gering“ signifikant um 4 Prozentpunkte zurückging.

Abbildung 18: Persönliche Gefahr eines sozialen Abstiegs



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Signifikante Veränderungen gegenüber 2023 auf dem 95-Prozent-Niveau.

Vorübergehend Arbeitslose weisen die deutlich höchste Abstiegsangst auf. In dieser Gruppe bewerten 50 Prozent die persönliche Gefahr als eher hoch und 9 Prozent als sehr hoch. Auch Personen mit

niedrigerem Bildungsabschluss sehen häufiger ein erhöhtes Risiko (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 34 Prozent; Realschulabschluss: 28 Prozent; Abitur bzw. EOS: 16 Prozent; Hochschulabschluss: 18 Prozent). In der Unterschicht halten 47 Prozent die persönliche Abstiegsgefahr für sehr oder eher hoch.

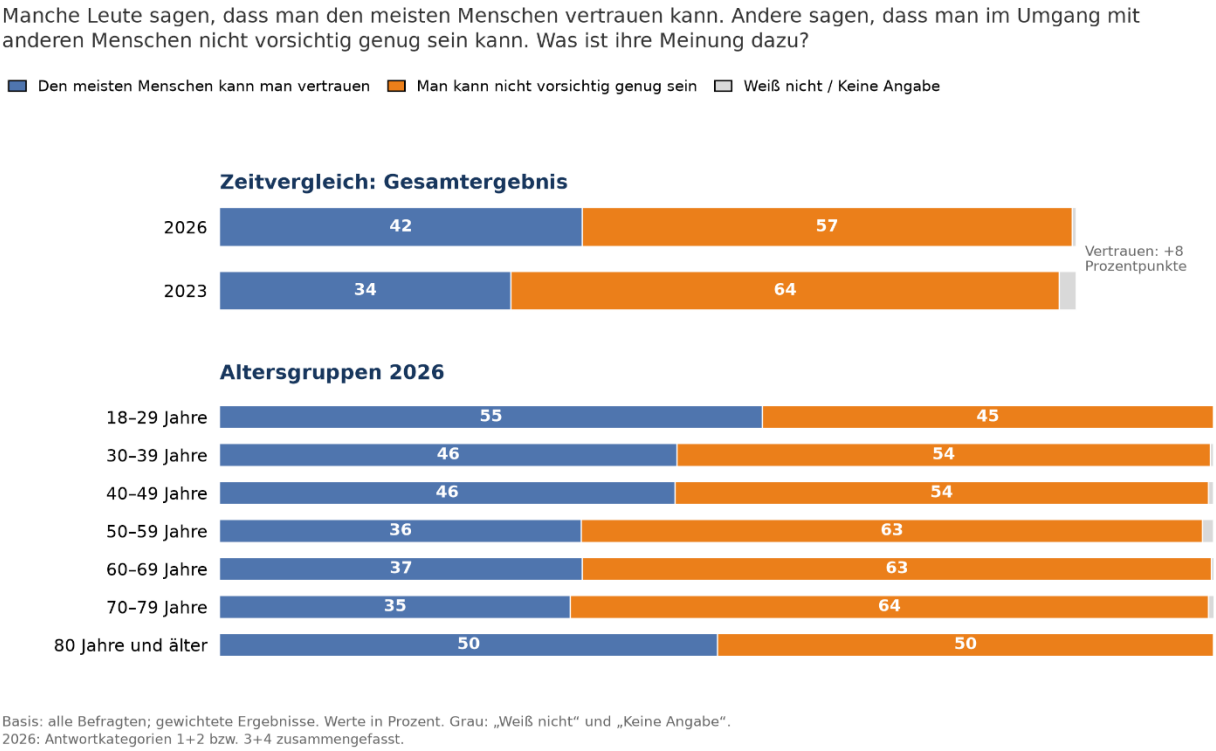
Unter den Befragten mit minderjährigen Kindern halten 26 Prozent die Gefahr eines sozialen Abstiegs ihrer Kinder für sehr oder eher hoch. 68 Prozent schätzen sie als eher oder sehr gering ein. Gegenüber 2023 hat sich die Verteilung nicht statistisch signifikant verändert. Aufgrund der kleineren Auswertungsbasis werden Unterschiede zwischen einzelnen Untergruppen bei dieser Frage nur zurückhaltend interpretiert.

2.3.5 Sozialvertrauen und persönliche Lebensumstände

Das Vertrauen in andere Menschen hat gegenüber 2023 zugenommen. 2026 sind 42 Prozent der Ansicht, *dass man den meisten Menschen vertrauen kann*, 8 Prozentpunkte mehr als 2023. Mit 57 Prozent meint jedoch weiterhin eine Mehrheit, *dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann*.

Zwischen den Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Unter den 18- bis 29-Jährigen vertrauen 55 Prozent den meisten Menschen. In den Altersgruppen zwischen 50 und 79 Jahren liegt dieser Anteil dagegen nur zwischen 35 und 37 Prozent. Bei den Befragten ab 80 Jahren fällt das Sozialvertrauen mit 50 Prozent wieder höher aus.

Abbildung 19: Sozialvertrauen

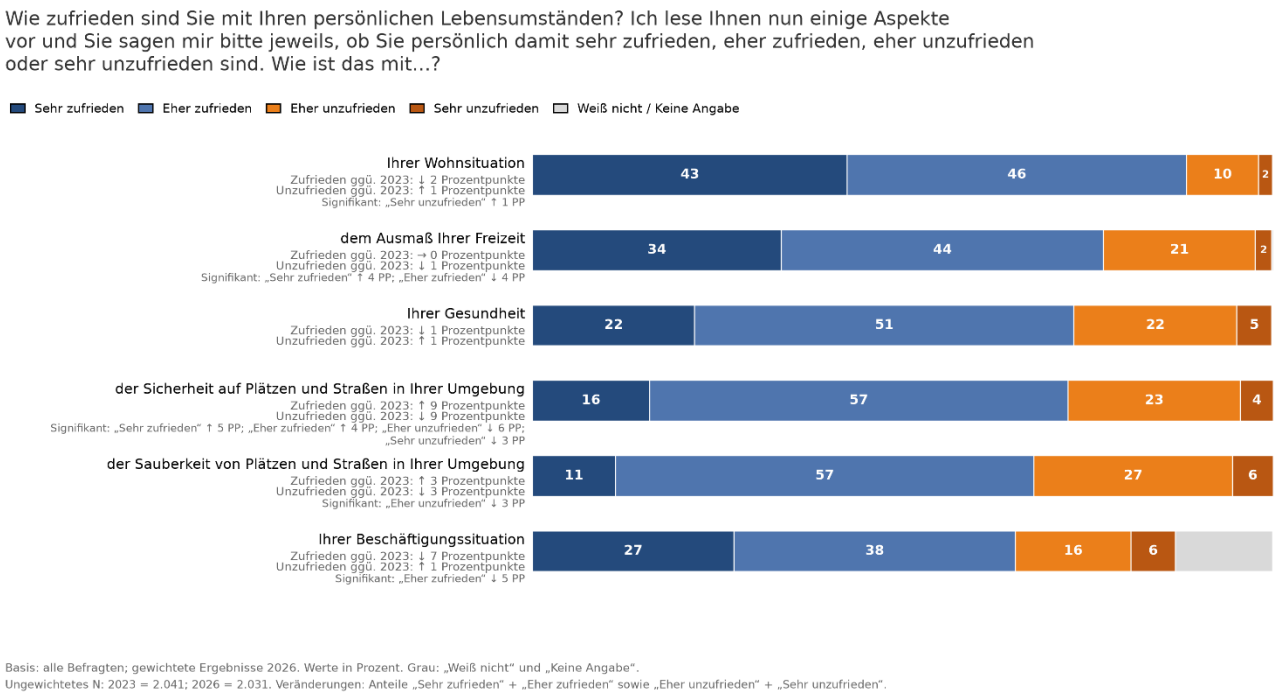


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
2026: Antwortkategorien 1+2 bzw. 3+4 zusammengefasst.

Die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensumständen fällt je nach Lebensbereich sehr unterschiedlich aus. Am positivsten werden die Wohnsituation, das Ausmaß der Freizeit, die eigene Gesundheit und die Sicherheit im unmittelbaren Umfeld beurteilt. Deutlich kritischer fallen die Bewertungen der finanziellen Situation, der sozialen Absicherung, der ärztlichen Versorgung und insbesondere der Lebenshaltungskosten aus.

Mit der eigenen Wohnsituation sind 89 Prozent der Befragten sehr oder eher zufrieden. 78 Prozent äußern sich zufrieden mit dem Ausmaß ihrer Freizeit, 73 Prozent mit ihrer Gesundheit. Mit der Sicherheit auf Plätzen und Straßen in der eigenen Umgebung sind 73 Prozent zufrieden, mit der Sauberkeit 68 Prozent. Die eigene Beschäftigungssituation bewerten 65 Prozent positiv, wobei die Frage für Personen außerhalb des Erwerbslebens nur eingeschränkt anwendbar ist.

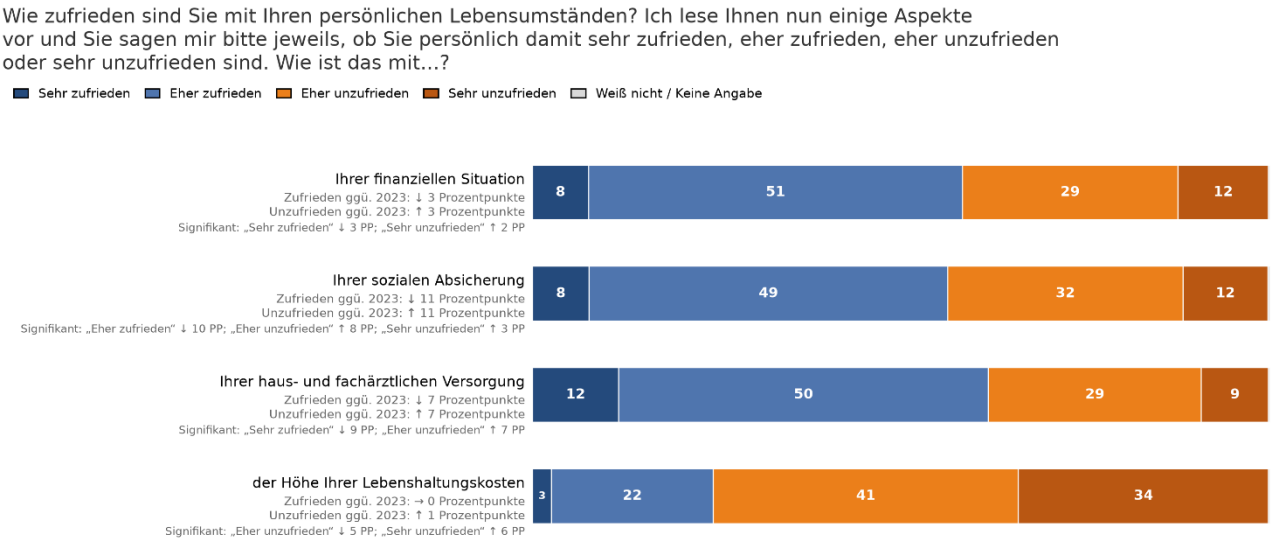
Abbildung 20: Persönliche Lebensumstände I



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderungen: Anteile „Sehr zufrieden" + „Eher zufrieden" sowie „Eher unzufrieden" + „Sehr unzufrieden".

Mit der haus- und fachärztlichen Versorgung sind 62 Prozent sehr oder eher zufrieden. Die eigene finanzielle Situation bewerten 59 Prozent positiv, die soziale Absicherung 57 Prozent. Am kritischsten werden die Lebenshaltungskosten beurteilt: Nur 25 Prozent sind mit deren Höhe sehr oder eher zufrieden, während drei Viertel eher oder sehr unzufrieden sind.

Abbildung 21: Persönliche Lebensumstände II



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderungen: Anteile „Sehr zufrieden" + „Eher zufrieden" sowie „Eher unzufrieden" + „Sehr unzufrieden".

Gegenüber 2023 hat sich die Bewertung einzelner Lebensbereiche unterschiedlich entwickelt. Bei der Wohnsituation und der Gesundheit bestehen keine grundlegenden Veränderungen. Mit dem Ausmaß ihrer Freizeit sind weiterhin 77 Prozent zufrieden; der Anteil der sehr Zufriedenen ist signifikant von 30 auf 34 Prozent gestiegen.

Die Zufriedenheit mit der Sicherheit auf Plätzen und Straßen hat sich verbessert. Der Anteil der sehr Zufriedenen stieg signifikant von 11 Prozent auf 16 Prozent, der Anteil der eher Zufriedenen von 53 Prozent auf 57 Prozent. Gleichzeitig gingen beide Antwortkategorien für Unzufriedenheit zurück.

Die haus- und fachärztliche Versorgung wird dagegen kritischer beurteilt. Der Anteil der sehr Zufriedenen ist signifikant von 21 Prozent auf 12 Prozent gesunken, während der Anteil der eher Unzufriedenen von 22 Prozent auf 29 Prozent stieg. Zwischen einzelnen Regionen bestehen deutliche Unterschiede, ohne dass sich daraus ein durchgängiges Stadt-Land-Gefälle ableiten lässt.

Auch die finanzielle Situation wird etwas schlechter bewertet. Der Anteil der sehr Zufriedenen ist signifikant von 10 Prozent auf 8 Prozent gesunken, während der Anteil der sehr Unzufriedenen von 10 Prozent auf 12 Prozent stieg. Deutlicher fällt die Verschlechterung bei der sozialen Absicherung aus. Der Anteil „eher zufrieden" ging von 58 Prozent auf 49 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg „eher unzufrieden" von 24 Prozent auf 32 Prozent und „sehr unzufrieden" von 8 Prozent auf 12 Prozent.

Bei den Lebenshaltungskosten bleibt das bereits 2023 hohe Unzufriedenheitsniveau bestehen. Allerdings hat sich die Intensität der Bewertung verändert. Der Anteil „eher unzufrieden" ist signifikant von 46 Prozent auf 41 Prozent gesunken, während „sehr unzufrieden" von 28 Prozent auf 34 Prozent stieg. Die Belastung durch die Lebenshaltungskosten wird 2026 somit häufiger in der äußersten negativen Kategorie ausgedrückt.

Über mehrere Lebensbereiche hinweg zeigt sich ein deutliches soziales Gefälle. Befragte mit höherem Bildungsabschluss, Erwerbstätige sowie Personen aus der mittleren oder oberen Mittelschicht bewerten ihre finanzielle Situation, soziale Absicherung und Gesundheit häufiger positiv. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der finanziellen Situation (Hochschulabschluss: 84 Prozent ggü. Hauptschulabschluss oder

ohne Abschluss: 39 Prozent; Vollzeitbeschäftigte: 64 Prozent ggü. vorübergehend Arbeitslose: 12 Prozent; obere Mittelschicht: 91 Prozent ggü. Unterschicht: 26 Prozent).

2.3.6 Wichtigstes Problem und größte Chance für Sachsen

Die Antworten auf die offene Frage[3] nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen verteilen sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Themen. Ein einzelnes dominierendes Problem lässt sich nicht erkennen. Am häufigsten beziehen sich die Nennungen jedoch auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt.

14 Prozent nennen die wirtschaftliche Entwicklung, die Situation von Unternehmen oder den industriellen Strukturwandel. Ebenfalls rund 14 Prozent verweisen auf den Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze, Löhne oder den Fachkräftemangel. Damit stehen wirtschaftliche und arbeitsmarktbezogene Herausforderungen an der Spitze der wahrgenommenen Probleme. Die beiden Kategorien dürfen allerdings nicht addiert werden, da eine Antwort mehreren Themenbereichen zugeordnet werden konnte.

Abbildung 22: Wichtigstes Problem in Sachsen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Dargestellt sind inhaltliche Kategorien ab 6,0 Prozent.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.031. Codierte offene Nennungen; Mehrfachnennungen möglich.

An dritter Stelle folgen Migration und Zuwanderung mit zwölf Prozent. Zehn Prozent der Befragten nennen Themen aus den Bereichen politische Unzufriedenheit, Demokratie, Verwaltung oder öffentliche Finanzen. Neun Prozent sehen das wichtigste Problem in der Infrastruktur, der Wohnsituation, den Bedingungen in ländlichen Räumen oder der Verfügbarkeit öffentlicher Angebote. Jeweils 8 Prozent verweisen auf Inflation, Lebenshaltungs- und Energiekosten bzw. auf die AfD, Rechtsextremismus und politische Radikalisierung. Weitere Themen werden jeweils von weniger als 6 Prozent der Befragten genannt und sind in der Abbildung nicht einzeln ausgewiesen.

Insgesamt zeigen die offenen Antworten, dass die wahrgenommenen Probleme Sachsens mehrere Ebenen betreffen. Wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Fachkräftesicherung stehen neben

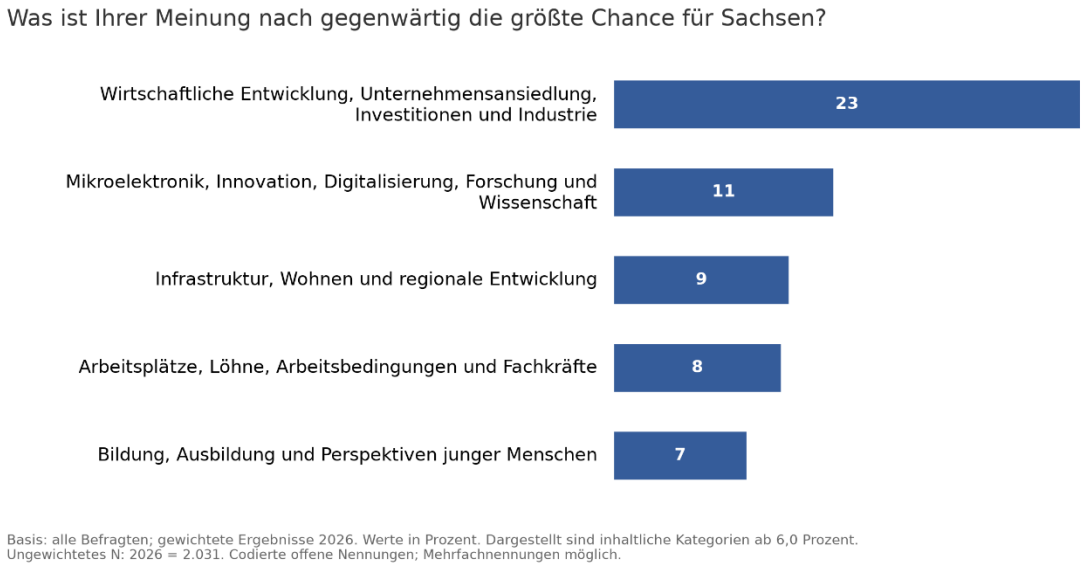
[3] Die Ergebnisse beruhen auf spontanen Antworten. Sie zeigen, welche Chancen den Befragten bei einer offenen Frage unmittelbar in den Sinn kommen. Daraus lässt sich nicht ableiten, dass andere, seltener genannte Bereiche als unwichtig angesehen werden. Bei einer gezielten Abfrage vorgegebener Chancen könnte sich eine andere Rangfolge ergeben.

Fragen der Zuwanderung, der politischen Ordnung, der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Radikalisierung. Auffällig ist insbesondere der deutliche Rückgang der Nennungen zu Migration und Zuwanderung gegenüber 2023 (2026: 12 Prozent; 2023: 25 Prozent[4]).

Auch die Antworten auf die offene Frage nach der gegenwärtig größten Chance für Sachsen verteilen sich auf unterschiedliche Themenbereiche. Die größten Chancen bilden hier zum Teil eine Schnittmenge mit den genannten größten Problemen in Sachsen. Am häufigsten werden hier wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten genannt. Eine einzelne, von einer Mehrheit geteilte Zukunftschance lässt sich aus den Ergebnissen jedoch nicht ableiten.

23 Prozent der Befragten sehen die größte Chance in der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ansiedlung von Unternehmen, zusätzlichen Investitionen oder der industriellen Entwicklung. Dieser Themenbereich wird mit deutlichem Abstand am häufigsten genannt.

Abbildung 23: Größte Chance für Sachsen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Dargestellt sind inhaltliche Kategorien ab 6,0 Prozent.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.031. Codierte offene Nennungen; Mehrfachnennungen möglich.

11 Prozent verbinden Sachsens Zukunftschancen mit Mikroelektronik, Innovation, Digitalisierung, Forschung oder Wissenschaft. Damit werden insbesondere technologie- und wissensbasierte Entwicklungen als wichtige Perspektive für den Freistaat wahrgenommen.

Von den Befragten nennen 9 Prozent Verbesserungen bei Infrastruktur, Wohnen oder regionaler Entwicklung. Jeweils rund 8 Prozent sehen besondere Chancen in der Sicherung von Arbeitsplätzen, besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen bzw. in der Gewinnung und Bindung von Fachkräften. 7 Prozent verweisen auf Bildung, Ausbildung und die Perspektiven junger Menschen.

Weitere Themenbereiche werden jeweils von weniger als 6 Prozent der Befragten genannt und sind in der Abbildung nicht einzeln ausgewiesen. Dazu gehören unter anderem politische Veränderungen und stärkere Bürgernähe, die sächsische Identität und Eigenständigkeit, soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Klima-, Umwelt- und Energiethemen.

Insgesamt konzentrieren sich die wahrgenommenen Chancen Sachsens besonders auf wirtschaftliche Modernisierung, technologische Innovation und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig zeigen

[4] Der Wert für das Jahr 2023 beruht auf einem abweichenden Codierschema und kann daher nur eingeschränkt mit dem aktuellen Wert des Sachsen-Monitors 2026 verglichen werden. Der Unterschied gibt einen Hinweis auf eine mögliche Entwicklung, erlaubt jedoch keinen uneingeschränkten Zeitvergleich.

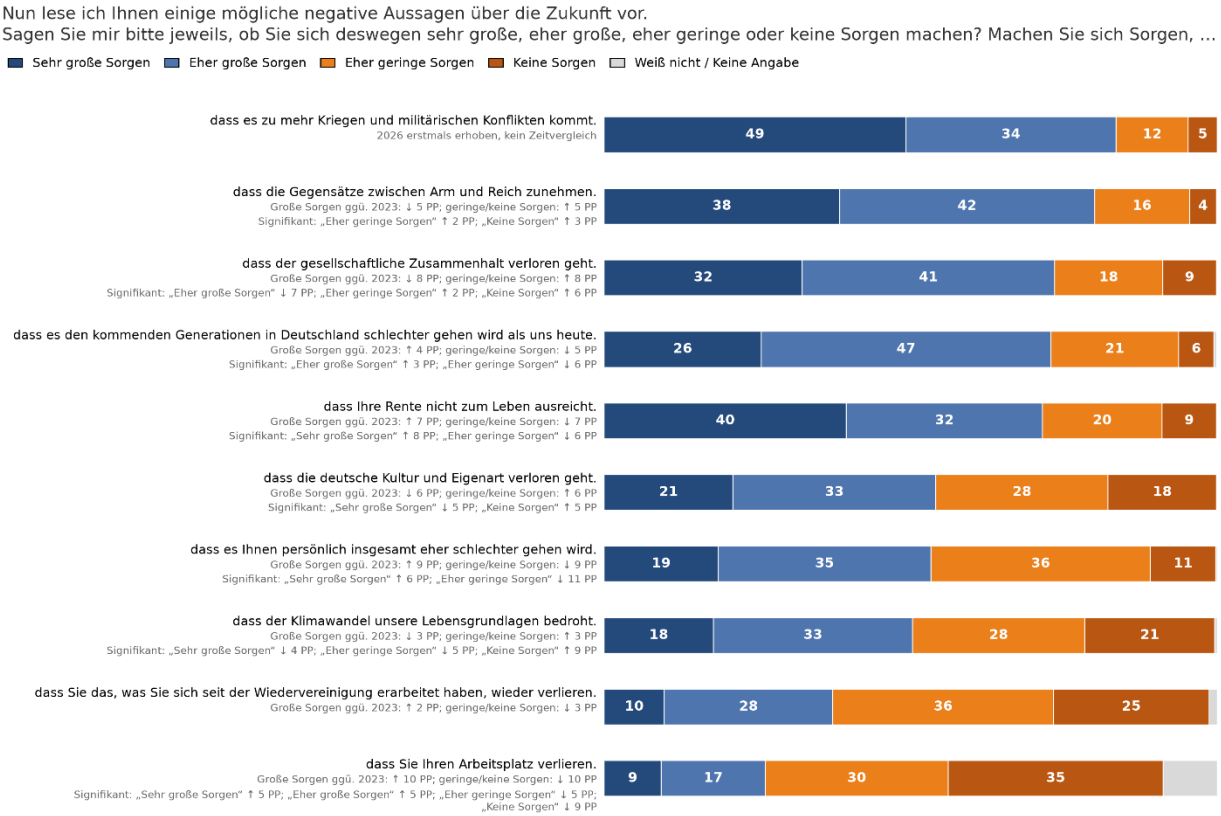
die offenen Antworten, dass diese Bereiche eng mit Fragen der Infrastruktur, der regionalen Entwicklung und der Zukunftsperspektiven junger Menschen verbunden werden. Wirtschaftliche Entwicklung wird damit nicht allein als Wachstum von Unternehmen verstanden, sondern auch als Zusammenspiel von Investitionen, Forschung, Beschäftigung, Fachkräftesicherung und öffentlichen Rahmenbedingungen.

2.3.7 Sorgen mit Blick auf die Zukunft

Die Zukunftssorgen betreffen vor allem internationale Kriege und Konflikte, soziale Ungleichheit, die Lebensbedingungen kommender Generationen und die soziale Absicherung. Die 2026 erstmals erhobene Sorge, *dass es zu mehr Kriegen und militärischen Konflikten kommt*, erreicht das höchste Besorgnisniveau: 49 Prozent machen sich sehr große und weitere 34 Prozent eher große Sorgen. Insgesamt äußern damit 83 Prozent große Sorgen.

Auch die Sorge, *dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen*, ist weit verbreitet: 80 Prozent äußern sehr oder eher große Sorgen. 73 Prozent sorgen sich darum, *dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht*, 73 Prozent darum, *dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute*, und 72 Prozent darum, *dass ihre Rente nicht zum Leben ausreicht*.

Abbildung 24: Sorgen mit Blick auf die Zukunft



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Sehr große Sorgen" + „Eher große Sorgen" sowie „Eher geringe Sorgen" + „Keine Sorgen".

Die Sorge um eine nicht ausreichende Rente hat gegenüber 2023 zugenommen. Der Anteil sehr großer Sorgen ist signifikant um 8 Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil eher geringer Sorgen von 26 Prozent auf 20 Prozent zurückging. Besonders verbreitet ist die Sorge unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren sozialen Lagen (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 76 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 48 Prozent; Unterschicht: 89 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 40 Prozent).

Auch die Sorge, *dass es einem persönlich insgesamt eher schlechter gehen wird*, hat sich verstärkt. 54 Prozent äußern sehr oder eher große Sorgen. Der Anteil sehr großer Sorgen stieg signifikant von 13 Prozent auf 19 Prozent, während der Anteil eher geringer Sorgen um 11 Prozentpunkte sank.

Die Sorge, *dass man seinen Arbeitsplatz verliert*, hat ebenfalls zugenommen. Der Anteil sehr großer Sorgen stieg signifikant von 4 Prozent auf 9 Prozent und der Anteil eher großer Sorgen von 12 Prozent auf 17 Prozent. Insgesamt machen sich 26 Prozent sehr oder eher große Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass dieses Item für Personen außerhalb des Erwerbslebens nur eingeschränkt relevant ist.

Die Sorge, dass es kommenden Generationen schlechter gehen könnte, bleibt stark verbreitet. Der Anteil eher großer Sorgen ist signifikant von 44 Prozent auf 47 Prozent gestiegen, während der Anteil eher geringer Sorgen von 27 Prozent auf 21 Prozent zurückging. Bei der Sorge vor zunehmenden Gegensätzen zwischen Arm und Reich haben sich die beiden Kategorien großer Sorgen dagegen nicht signifikant erhöht. Das Besorgnisniveau bleibt dennoch außerordentlich hoch.

Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt hat sich die Besorgnis etwas abgeschwächt, ohne ihre hohe Bedeutung zu verlieren. Der Anteil eher großer Sorgen sank signifikant von 48 Prozent auf 41 Prozent, während der Anteil ohne Sorgen von 3 Prozent auf 9 Prozent stieg. Insgesamt machen sich weiterhin knapp drei Viertel der Befragten große Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Sorge, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht, ist gegenüber 2023 zurückgegangen. Im Jahr 2026 äußern 54 Prozent sehr oder eher große Sorgen. Der Anteil sehr großer Sorgen sank signifikant von 26 Prozent auf 21 Prozent, während der Anteil ohne Sorgen von 13 Prozent auf 18 Prozent stieg. Auch die sehr große Sorge, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen bedroht, ist zurückgegangen. Gleichzeitig wuchs der Anteil derjenigen, die sich deswegen keine Sorgen machen, signifikant um 9 Prozentpunkte.

Die Befürchtung, das seit der Wiedervereinigung Erarbeitete wieder zu verlieren, hat sich nicht statistisch signifikant verändert. 38 Prozent äußern sehr oder eher große Sorgen, während eine Mehrheit eher geringe oder keine Sorgen hat.

Über die unterschiedlichen Themen hinweg zeigt sich erneut ein soziales Gefälle. Persönliche und wirtschaftliche Sorgen fallen unter Befragten aus unteren sozialen Lagen, bei Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in wirtschaftlich unsicheren Erwerbssituationen besonders stark aus. So befürchten 81 Prozent der Befragten aus der Unterschicht, dass es ihnen persönlich schlechter gehen wird (ggü. 25 Prozent in der oberen Mittelschicht). Die Sorge vor dem Klimawandel ist dagegen unter jüngeren und höher gebildeten Befragten häufiger ausgeprägt (18- bis 29-Jährige: 63 Prozent; Hochschulabschluss: 67 Prozent; Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 38 Prozent).

Dass Zukunftssorgen nicht auf Sachsen beschränkt sind, zeigt der nahezu zeitgleich erhobene ARD-DeutschlandTrend vom Juli 2026[5]. Bundesweit äußerten 66 Prozent große Sorgen, dass der Klimawandel die Lebensgrundlagen zerstört. 48 Prozent befürchteten Geldprobleme im Alter, unter den Erwerbstätigen sorgten sich 23 Prozent um den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Die Befunde sind wegen abweichender Frageformulierungen und Grundgesamtheiten nicht unmittelbar vergleichbar, weisen aber auf ähnliche bundesweite Sorgenlagen hin.

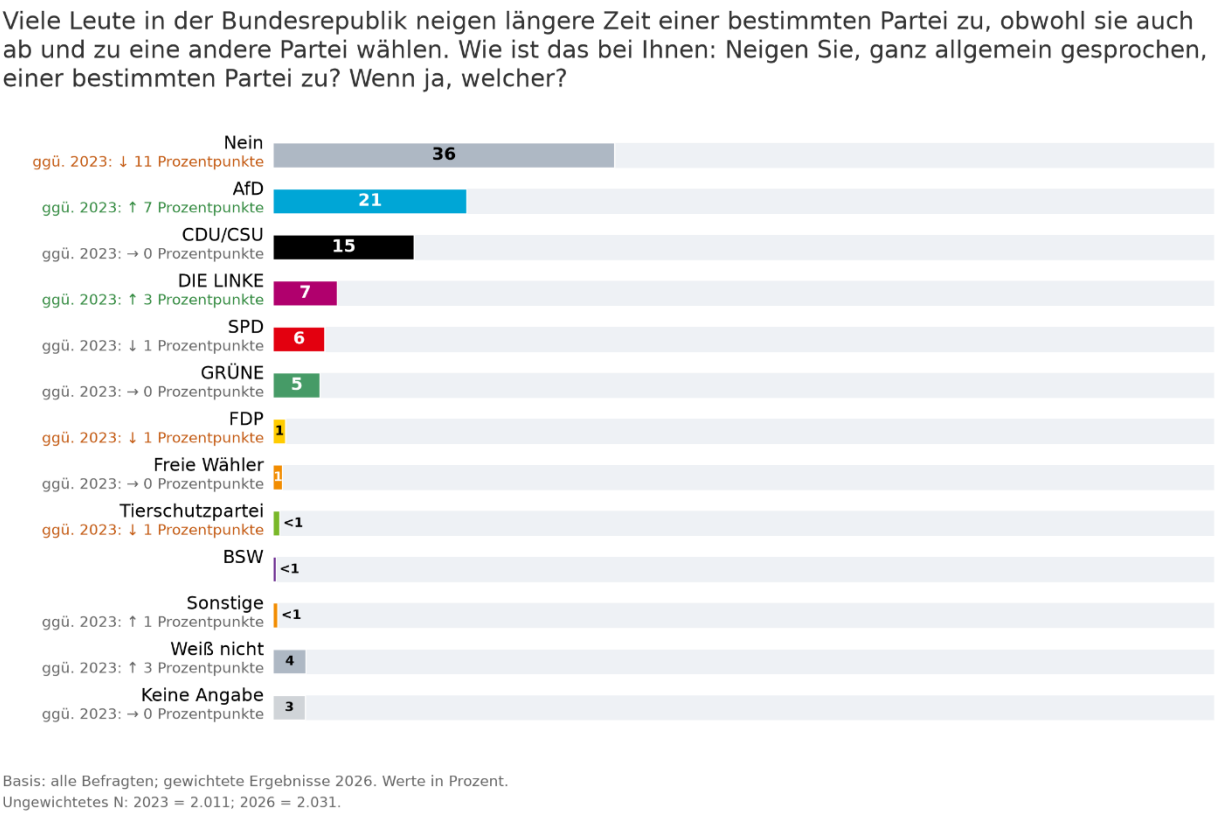
[5] https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-222.pdf, aufgerufen am 14.10.2026.

2.4 Politisches Interesse und politische Partizipation

2.4.1 Politisches Interesse und Wahrnehmung der Politik

Die längerfristige Bindung an eine politische Partei bleibt bei einem erheblichen Teil der sächsischen Bevölkerung schwach ausgeprägt. Im Jahr 2026 geben 36 Prozent an, keiner bestimmten Partei zuzuneigen. 21 Prozent nennen eine Bindung an die AfD, 15 Prozent an die CDU bzw. CSU und 7 Prozent an die Linke. 6 Prozent neigen der SPD zu und 5 Prozent den Grünen. Die FDP und die Freien Wähler erreichen jeweils etwa 1 Prozent. Weitere Parteien werden nur von kleinen Anteilen genannt. Die Ergebnisse beschreiben eine längerfristige Parteineigung und sind nicht als aktuelle Wahlabsicht oder Wahlprognose zu verstehen.

Abbildung 25: Parteibindung



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.011; 2026 = 2.031.

Gegenüber 2023 ist der Anteil der Befragten ohne Parteibindung signifikant um 11 Prozentpunkte zurückgegangen. Gleichzeitig haben die längerfristigen Bindungen an die AfD (7 Prozentpunkte Anstieg) und an die Linke (3 Prozentpunkte Anstieg) zugenommen. Bei den übrigen größeren Parteien zeigen sich keine statistisch signifikanten Veränderungen.

Die Parteibindung unterscheidet sich deutlich zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Männer nennen mit 27 Prozent häufiger eine Bindung an die AfD als Frauen (15 Prozent). Unter vorübergehend Arbeitslosen beträgt der entsprechende Anteil 42 Prozent und liegt damit höher als in den übrigen Erwerbsgruppen. Auch unter Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss ist die Bindung an die AfD stärker verbreitet als unter Befragten mit Abitur bzw. Hochschulabschluss (27 Prozent bzw. 23 Prozent ggü. jeweils 11 Prozent).

Die Bindung an CDU bzw. CSU tritt vor allem unter älteren Befragten auf. Von den 60- bis 69-Jährigen nennen 20 Prozent, von den 70- bis 79-Jährigen 28 Prozent und von den mindestens 80-Jährigen 26

Prozent eine entsprechende Parteineigung. Unter Rentnerinnen und Rentnern bzw. Pensionärinnen und Pensionären liegt der Anteil ebenfalls bei 26 Prozent. Eine längerfristige Neigung zu den Grünen findet sich häufiger unter Personen mit höherem Bildungsabschluss und in höheren sozialen Lagen. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen beträgt der Anteil 17 Prozent, in der oberen Mittelschicht 20 Prozent. Die Linke weist dagegen eine besonders starke Bindung unter jüngeren Befragten auf. Unter den 18- bis 29-Jährigen nennen 20 Prozent die Linke, ein höherer Anteil als in allen älteren Altersgruppen.

Das politische Interesse hat sich gegenüber 2023 nicht statistisch signifikant verändert. Im Jahr 2026 interessieren sich 10 Prozent sehr stark und 33 Prozent stark für Politik. 46 Prozent geben ein geringes politisches Interesse an, weitere 11 Prozent interessieren sich nach eigener Aussage gar nicht für Politik. Damit stehen 43 Prozent mit sehr starkem oder starkem Interesse einer Mehrheit von 57 Prozent mit geringem oder fehlendem Interesse gegenüber.

Zwischen Männern und Frauen besteht ein deutlicher Unterschied. Von den Männern interessieren sich 54 Prozent sehr stark oder stark für Politik, bei den Frauen sind es 32 Prozent. Männer wählen beide positiven Antwortkategorien häufiger, während Frauen häufiger ein geringes oder fehlendes Interesse angeben.

Besonders ausgeprägt ist das Verhältnis mit dem Bildungsabschluss. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen interessieren sich 71 Prozent sehr stark oder stark für Politik. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss trifft dies nur auf etwa ein Viertel zu. 17 Prozent dieser Gruppe geben an, sich gar nicht für Politik zu interessieren. Ein vergleichbares Gefälle besteht nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit. In der oberen Mittelschicht äußern 73 Prozent ein sehr starkes oder starkes politisches Interesse, in der Unterschicht lediglich rund ein Viertel.

Unter den 18- bis 29-Jährigen fällt vor allem der Anteil ohne politisches Interesse auf. 21 Prozent dieser Altersgruppe geben an, sich gar nicht für Politik zu interessieren. Dieser Anteil liegt über den Werten der Altersgruppen zwischen 30 und 79 Jahren (8 Prozent bis 11 Prozent). Daraus folgt allerdings nicht, dass junge Menschen generell politisch desinteressiert sind. Die Ergebnisse zeigen vielmehr eine stärkere Spreizung des politischen Interesses innerhalb der jüngsten Altersgruppe.

Die wahrgenommene politische Urteilskompetenz unterscheidet sich stark nach Geschlecht und Bildung. 27 Prozent der Männer stimmen vollständig zu, *wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können*. Unter Frauen liegt der entsprechende Anteil bei rund 10 Prozent. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen stimmen 40 Prozent vollständig zu. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss geben dagegen häufiger an, politische Fragen eher nicht oder gar nicht einschätzen zu können (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 39 Prozent; Realschulabschluss: 31 Prozent; Hochschulabschluss: 10 Prozent).

Personen mit Abitur bzw. EOS oder Hochschulabschluss stimmen der Aussage Die meisten Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung häufiger eher zu als Befragte mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (24 Prozent bzw. 25 Prozent ggü. 14 Prozent bzw. 16 Prozent). Das insgesamt kritische Urteil wird dadurch jedoch nicht umgekehrt.

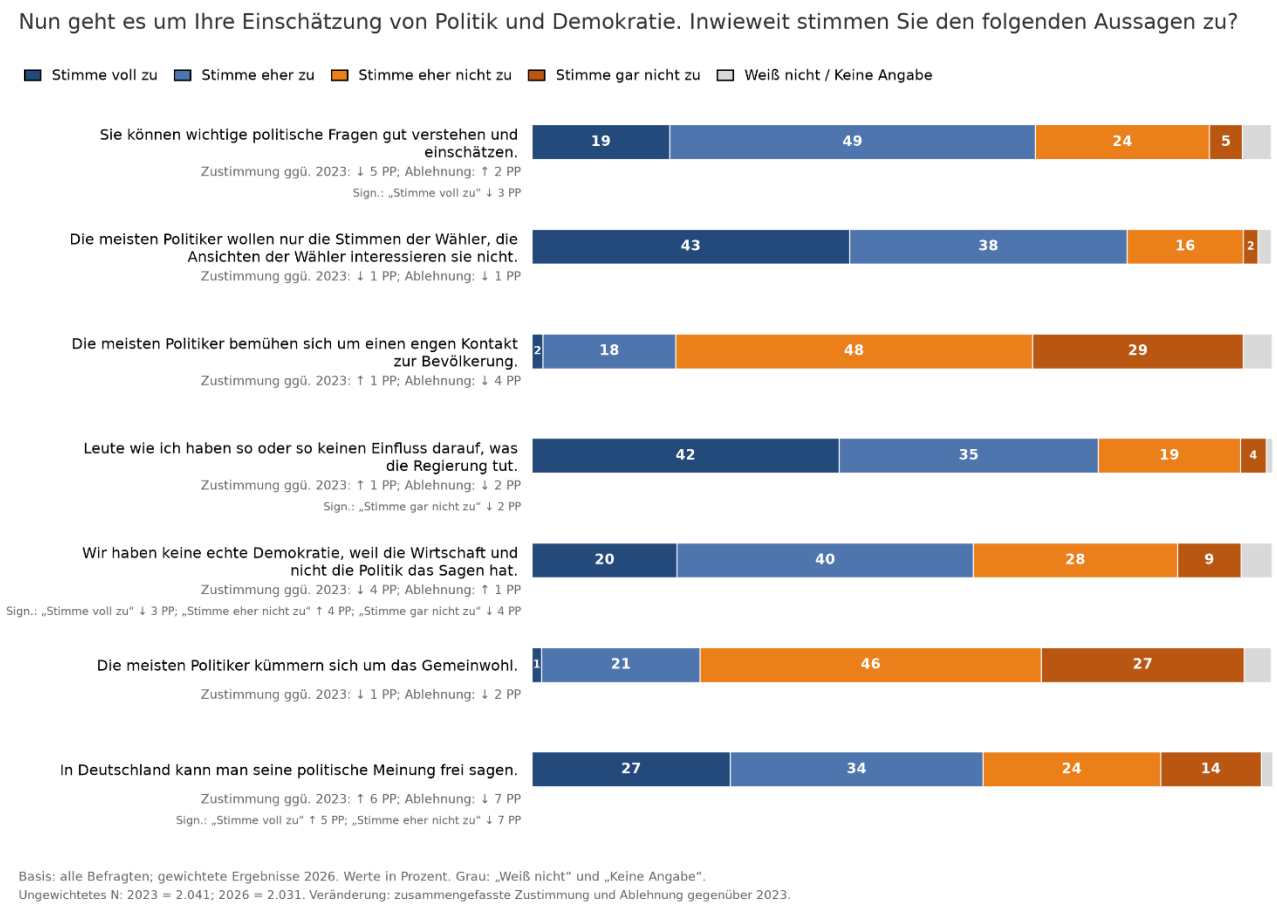
Die Zustimmung zur Aussage, *dass Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut*, weist ein deutliches soziales Gefälle auf. In der Unterschicht stimmen 54 Prozent und in der unteren Mittelschicht 51 Prozent vollständig zu. In der mittleren und oberen Mittelschicht fallen die entsprechenden Anteile geringer aus (32 Prozent bzw. 23 Prozent). Auch Personen mit Hauptschul- oder

Realschulabschluss äußern häufiger uneingeschränkte Zustimmung als Personen mit Abitur bzw. Hochschulabschluss (54 Prozent bzw. 46 Prozent ggü. 26 Prozent bzw. 24 Prozent).

Jüngere und höher gebildete Befragte erkennen die Möglichkeit freier politischer Meinungsäußerung häufiger vollständig an. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen stimmen 43 Prozent uneingeschränkt zu. Bei den 18- bis 29-Jährigen und den 30- bis 39-Jährigen liegt der entsprechende Anteil jeweils bei 35 Prozent.

Insgesamt verbinden sich damit unterschiedliche Befunde: Eine Mehrheit traut sich zu, politische Fragen zu verstehen, und erkennt die Möglichkeit freier politischer Meinungsäußerung an. Gleichzeitig ist das Gefühl geringer politischer Einflussmöglichkeiten und die Distanz gegenüber Politikerinnen und Politikern weiterhin weit verbreitet.

Abbildung 26: Einstellungen zur Politik

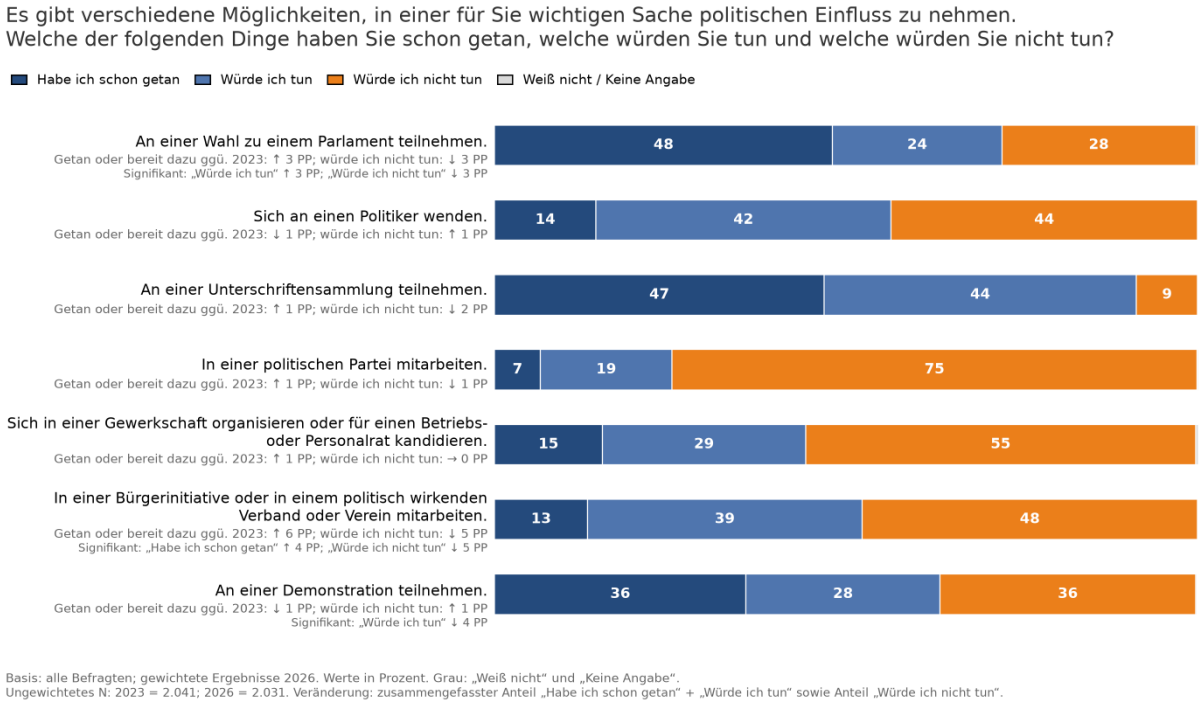


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Zustimmung und Ablehnung gegenüber 2023.

2.4.2 Politische Partizipation

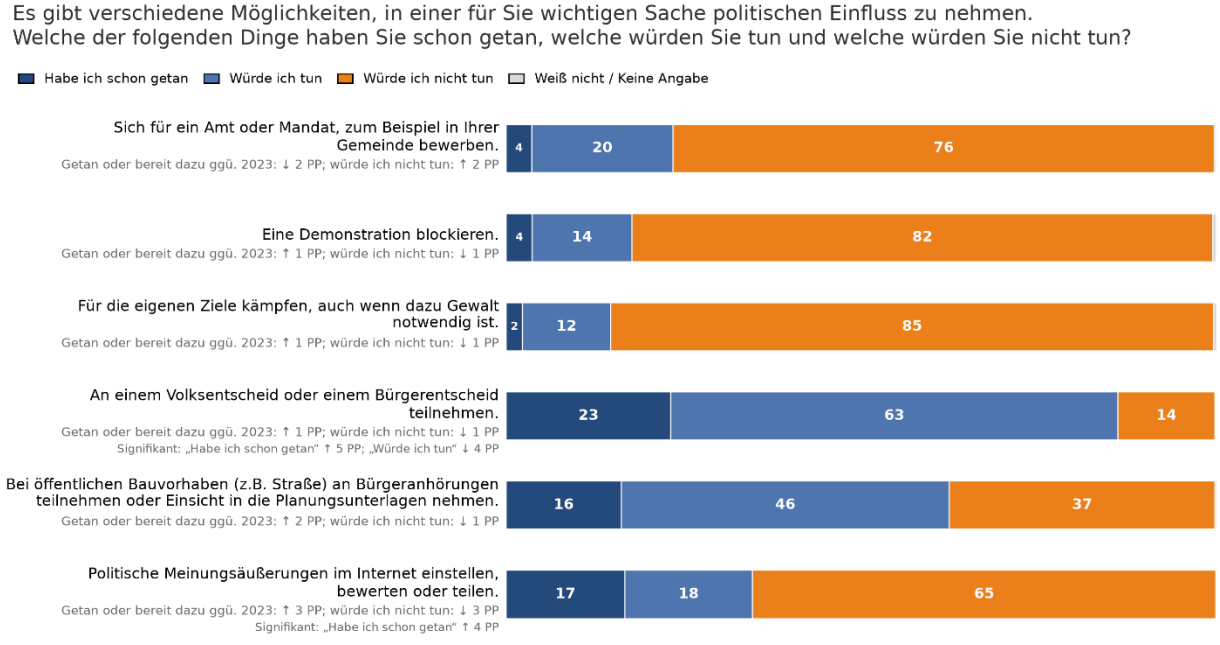
Die Bereitschaft zu politischer Beteiligung hängt stark von der jeweiligen Aktivität ab. Besonders breit akzeptiert sind institutionelle und niedrigschwellige Beteiligungsformen. Unterschriftensammlungen, Volks- und Bürgerentscheide sowie die Teilnahme an Parlamentswahlen erreichen die höchsten Anteile bereits Beteiligter oder grundsätzlich Beteiligungsbereiter. Die Mitarbeit in Parteien, eine Kandidatur für ein politisches Amt und konfliktorientierte Beteiligungsformen stoßen dagegen auf deutlich geringere Bereitschaft.

Abbildung 27: Politische Beteiligung I



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasster Anteil „Habe ich schon getan" + „Würde ich tun" sowie Anteil „Würde ich nicht tun".

Abbildung 28: Politische Beteiligung II



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasster Anteil „Habe ich schon getan" + „Würde ich tun" sowie Anteil „Würde ich nicht tun".

Über die Beteiligungsformen hinweg zeigen sich deutliche Unterschiede nach Bildung und politischem Interesse. Höher gebildete und politisch stärker interessierte Befragte berichten bei vielen institutionellen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten häufiger eigene Erfahrungen oder eine grundsätzliche Bereitschaft.

Das Alter wirkt je nach Beteiligungsform unterschiedlich. Ältere Befragte verfügen häufiger über Erfahrungen mit Wahlen und traditionellen Beteiligungswegen. Jüngere Befragte nutzen häufiger digitale

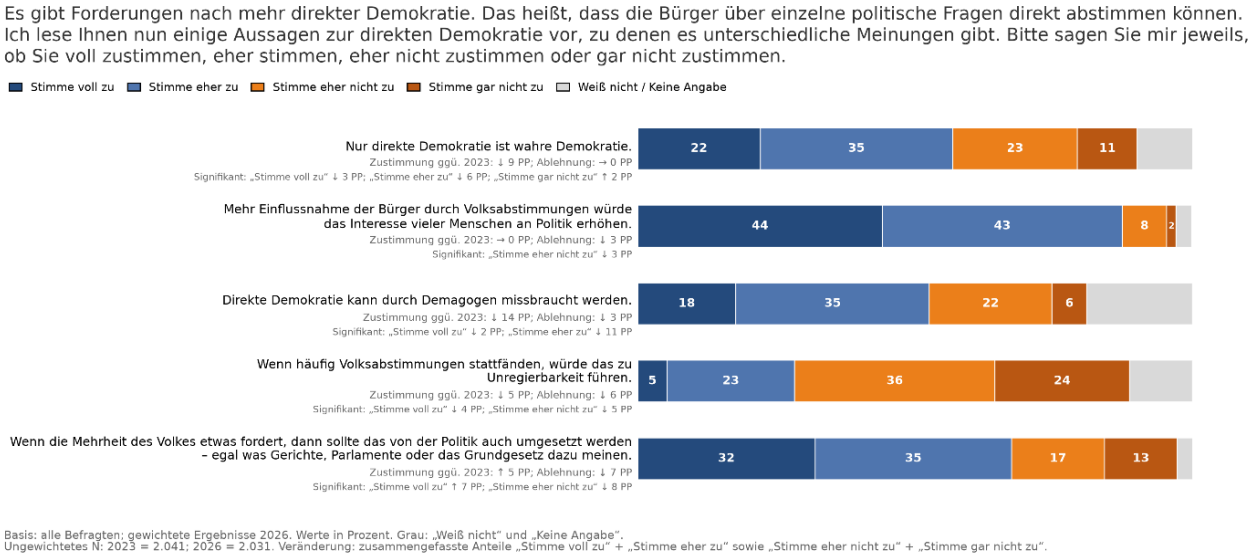
Formen politischer Meinungsäußerung und zeigen bei einzelnen nicht institutionellen Beteiligungsformen eine höhere Bereitschaft.

2.4.3 Einstellungen zur direkten Demokratie

Die Unterstützung direkter politischer Beteiligung bleibt hoch. Gleichzeitig werden mögliche Risiken direktdemokratischer Verfahren unterschiedlich bewertet. Der Aussage *Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen* stimmen 87 Prozent voll oder eher zu. Die Aussage *Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie* findet bei 57 Prozent Zustimmung.

Der Aussage *Wenn die Mehrheit des Volkes etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden, egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen* stimmen 67 Prozent voll oder eher zu. 53 Prozent stimmen der Aussage *Direkte Demokratie kann durch Demagogen missbraucht werden* voll oder eher zu. Lediglich 28 Prozent stimmen der Aussage *Wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen* voll oder eher zu. Eine Mehrheit von 60 Prozent lehnt diese Befürchtung ab.

Abbildung 29: Einstellungen zur direkten Demokratie



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" sowie „Stimme eher nicht zu" + „Stimme gar nicht zu".

Gegenüber 2023 hat die Auffassung, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie, an Zustimmung verloren. Sowohl die uneingeschränkte Zustimmung (3 Prozentpunkte Rückgang) als auch die eher zustimmende Antwort (6 Prozentpunkte Rückgang) sind signifikant zurückgegangen, während die vollständige Ablehnung signifikant von 9 Prozent auf 11 Prozent zunahm. Die weiterhin mehrheitliche Zustimmung fällt damit weniger geschlossen aus als 2023.

Die Erwartung, Volksabstimmungen könnten das politische Interesse erhöhen, bleibt nahezu unverändert stark verbreitet. Bei den beiden zustimmenden Kategorien zeigen sich keine signifikanten Veränderungen. Die eher ablehnende Antwort ist gegenüber 2023 signifikant von 11 Prozent auf 8 Prozent zurückgegangen.

Die Zustimmung zur Aussage, direkte Demokratie könne durch Demagogen missbraucht werden, ist dagegen gesunken. Sowohl die uneingeschränkte Zustimmung (2 Prozentpunkte Rückgang) als auch die eher zustimmende Antwort (11 Prozentpunkte Rückgang) gingen signifikant zurück.

Auch die Befürchtung, häufige Volksabstimmungen könnten zur Unregierbarkeit führen, wird 2026 seltener uneingeschränkt geteilt (5 Prozent ggü. 10 Prozent im Jahr 2023). Zugleich ist die eher ablehnende Antwort signifikant um 5 Prozentpunkte zurückgegangen. Insgesamt sieht die Mehrheit in häufigen Volksabstimmungen weiterhin keine Gefahr der Unregierbarkeit.

Stärker geworden ist dagegen die Forderung nach einer unmittelbaren Umsetzung von Mehrheitsentscheidungen. Der Anteil der uneingeschränkten Zustimmung ist gegenüber 2023 signifikant von 25 Prozent um 7 Prozentpunkte gestiegen, während die eher ablehnende Antwort von 25 Prozent auf 17 Prozent zurückging. Die breite Unterstützung direktdemokratischer Beteiligung verbindet sich damit bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung mit einem Verständnis des Mehrheitswillens, das rechtsstaatliche und verfassungsmäßige Begrenzungen in den Hintergrund rückt.

Die Einstellungen unterscheiden sich insbesondere nach Bildung. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss stimmen häufiger der Aussage zu, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie. Sie unterstützen außerdem häufiger eine unmittelbare Umsetzung von Mehrheitsforderungen. Höher gebildete Befragte erkennen dagegen häufiger die Gefahr eines Missbrauchs direktdemokratischer Verfahren.

Die Unterstützung direkter Demokratie fällt zudem besonders hoch unter Befragten aus, die sich politisch einflusslos fühlen oder den Institutionen der repräsentativen Demokratie distanziert gegenüberstehen. Die Ergebnisse beschreiben Unterschiede zwischen den Befragtengruppen. Rückschlüsse auf die Wirkungsrichtung oder ursächliche Einflüsse sind nicht möglich.

2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie / Institutionenvertrauen

2.5.1 Bewertung der Demokratie

Die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie ist in Sachsen weiterhin stark ausgeprägt. Im Jahr 2026 halten 87 Prozent der Befragten die Demokratie unabhängig davon, wie gut oder schlecht sie gegenwärtig funktioniert, für eine gute Regierungsform. 8 Prozent bewerten sie als schlechte Regierungsform. Gegenüber 2023 ist der positive Anteil signifikant um 4 Prozentpunkte auf 87 Prozent gestiegen, während die negative Bewertung signifikant von 14 Prozent auf 8 Prozent zurückgegangen ist.

Höher gebildete Befragte bewerten die Demokratie häufiger als gute Regierungsform. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS halten 94 Prozent und unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 95 Prozent die Demokratie für eine gute Regierungsform. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss liegt dieser Anteil bei 83 Prozent. Unterschiede zeigen sich auch nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit: In der oberen Mittelschicht bewerten 90 Prozent die Demokratie als gute Regierungsform, in der Unterschicht 80 Prozent. Allerdings hält damit auch in den unteren Bildungs- und Schichtgruppen jeweils eine klare Mehrheit die Demokratie grundsätzlich für eine gute Regierungsform.

Die hohe grundsätzliche Unterstützung geht nicht mit einer entsprechend hohen Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis einher. Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, sind 44 Prozent sehr oder eher zufrieden. 54 Prozent äußern sich eher oder sehr unzufrieden. Damit überwiegt unter den Befragten in Sachsen die Unzufriedenheit.

Dieses Stimmungsbild entspricht weitgehend dem bundesweiten Meinungsbild. Im ARD-Deutschland-Trend vom Oktober 2025 waren 42 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr zufrieden oder zufrieden, 56 Prozent waren weniger oder gar nicht zufrieden.[6] Die im

[6] https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-190.pdf, aufgerufen am 14.10.2026.

Sachsen-Monitor ermittelten Werte weichen davon nur geringfügig ab. Die überwiegend kritische Bewertung der demokratischen Praxis ist damit keine sächsische Besonderheit.

Innerhalb dieses insgesamt kritischen Stimmungsbildes hat sich die Bewertung in Sachsen gegenüber 2023 in einzelnen Antwortkategorien verbessert. Der Anteil der sehr Zufriedenen ist signifikant von 3 Prozent auf 6 Prozent gestiegen, während die eher unzufriedene Antwort von 45 Prozent auf 39 Prozent zurückging. Der Anteil der sehr Unzufriedenen hat sich dagegen nicht statistisch signifikant verändert und liegt 2026 bei 15 Prozent. Die Entwicklung betrifft damit vor allem die Intensität der Bewertung und stellt keine grundlegende Umkehr des Gesamtbildes dar.

Abbildung 30: Funktionieren der Demokratie in Deutschland

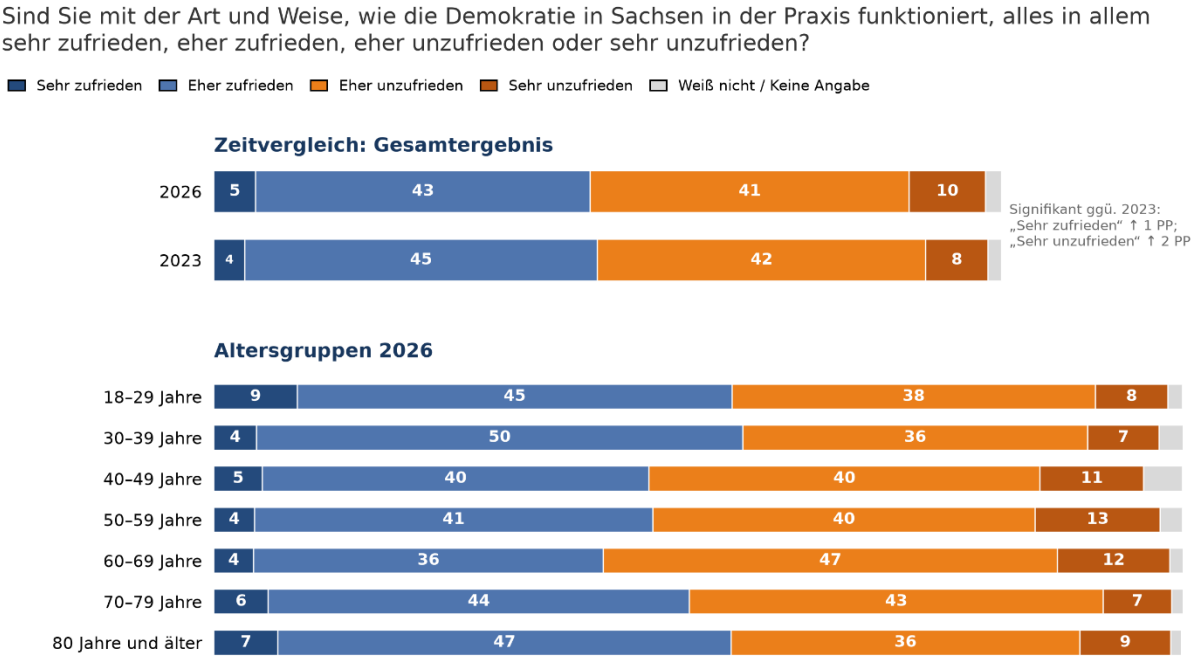


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031.

Mit der Funktionsweise der Demokratie in Sachsen sind 48 Prozent sehr oder eher zufrieden. 51 Prozent äußern sich eher oder sehr unzufrieden. Zufriedenheit und Unzufriedenheit halten sich damit auf Landesebene annähernd die Waage.

Gegenüber 2023 sind sowohl der Anteil der sehr Zufriedenen (1 Prozentpunkt Anstieg) als auch der Anteil der sehr Unzufriedenen (2 Prozentpunkte Anstieg) signifikant gestiegen. Die beiden mittleren Antwortkategorien haben sich dagegen nicht statistisch signifikant verändert. Die Einschätzungen haben sich somit stärker polarisiert, ohne dass sich eine eindeutige Verbesserung oder Verschlechterung der zusammengefassten Demokratiezufriedenheit ergibt.

Abbildung 31: Funktionieren der Demokratie in Sachsen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031.

Die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis unterscheidet sich deutlich nach Bildung und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS und Hochschulabschluss sind 60 Prozent bzw. 63 Prozent zufrieden, unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss und mit Realschulabschluss nur 45 Prozent bzw. 41 Prozent. In der mittleren und oberen Mittelschicht äußert sich jeweils rund 55 Prozent zufrieden, in der Unterschicht und unteren Mittelschicht sind es dagegen nur 44 Prozent bzw. 41 Prozent.

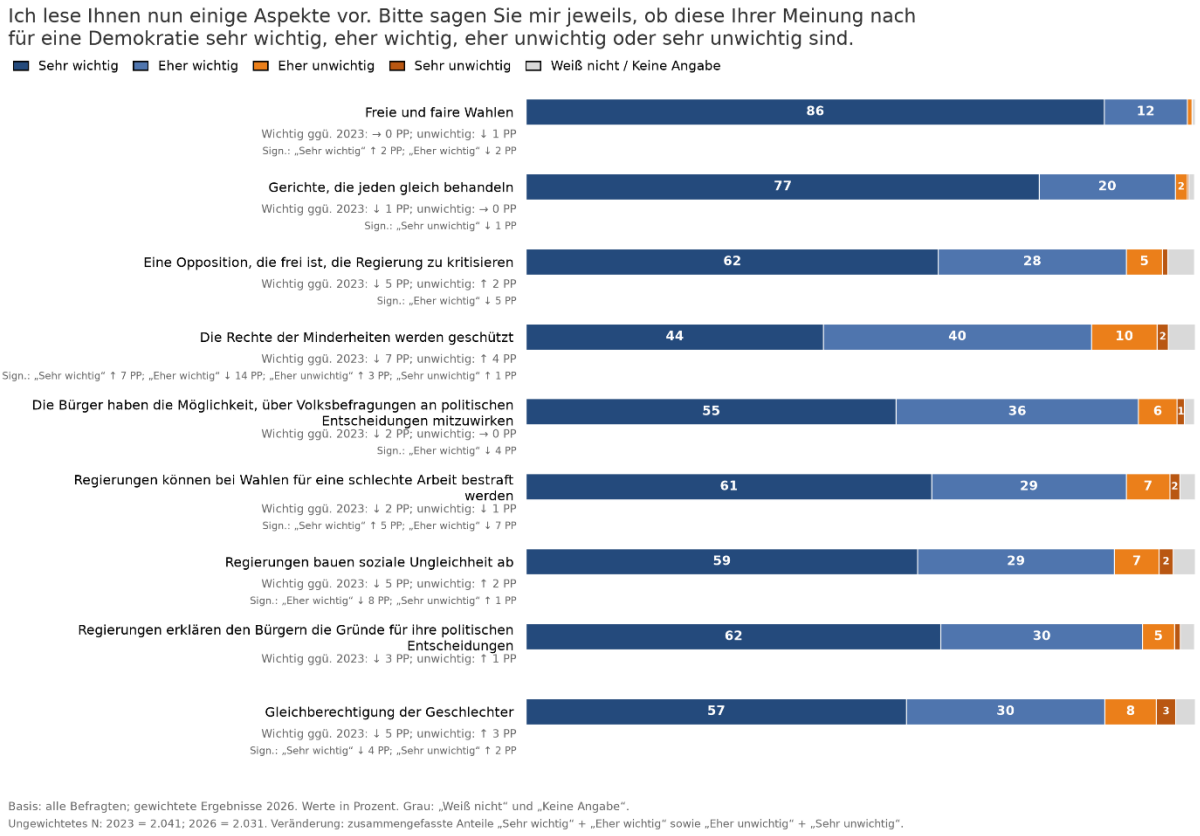
Die Ergebnisse verdeutlichen eine zentrale Unterscheidung: Die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie als Regierungsform ist deutlich stärker ausgeprägt als die Zufriedenheit mit ihrer aktuellen praktischen Funktionsweise. Die verbreitete Kritik an politischen Akteuren, Entscheidungen und Institutionen darf deshalb nicht mit einer generellen Ablehnung der demokratischen Ordnung gleichgesetzt werden.

2.5.2 Erwartungen an die Demokratie und ihre wahrgenommene Umsetzung

Die Bevölkerung stellt hohe Anforderungen an eine Demokratie. Nahezu alle Befragten halten *freie und faire Wahlen* sowie *Gerichte, die jeden gleich behandeln*, für sehr oder eher wichtig. Jeweils rund 9 von 10 Befragten messen außerdem einer frei kritisierenden Opposition, der Möglichkeit zur Abwahl schlecht arbeitender Regierungen, der Erklärung politischer Entscheidungen und der Beteiligung über Volksbefragungen große Bedeutung bei.

Auch sozialstaatliche und gesellschaftspolitische Prinzipien gehören für deutliche Mehrheiten zum Demokratieverständnis. 88 Prozent halten es für sehr oder eher wichtig, dass *Regierungen soziale Ungleichheit abbauen*. 87 Prozent messen der *Gleichberechtigung der Geschlechter* und 84 Prozent dem Aspekt *Die Rechte der Minderheiten werden geschützt* große Bedeutung bei. Das Demokratieverständnis beschränkt sich somit nicht auf Wahlen und Mehrheitsentscheidungen, sondern umfasst auch rechtsstaatliche, soziale und minderheitenbezogene Anforderungen.

Abbildung 32: Wichtige Aspekte einer Demokratie



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Sehr wichtig“ + „Eher wichtig“ sowie „Eher unwichtig“ + „Sehr unwichtig“.

Freie und faire Wahlen werden 2026 noch häufiger als besonders wichtig eingestuft als 2023. Der Anteil „sehr wichtig“ ist signifikant um 2 Prozentpunkte gestiegen. Auch die Möglichkeit, Regierungen bei Wahlen für schlechte Arbeit zu bestrafen, wird häufiger mit der höchsten Wichtigkeitskategorie bewertet. Der entsprechende Anteil ist signifikant um 5 Prozentpunkte gestiegen.

Beim Schutz der Rechte von Minderheiten zeigt sich eine stärkere Differenzierung. Der Anteil der Befragten, die den Minderheitenschutz für sehr wichtig halten, ist signifikant um 7 Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig hat auch der Anteil der Befragten leicht zugenommen, die dieses Prinzip für eher unwichtig (3 Prozentpunkte Anstieg) oder sehr unwichtig (1 Prozentpunkt Anstieg) halten. Die Entwicklung weist damit nicht auf einen einfachen Bedeutungsgewinn, sondern auf eine stärkere Polarisierung der Bewertungen hin.

Die Möglichkeit, über Volksbefragungen an politischen Entscheidungen mitzuwirken, wird weiterhin als besonders wichtig eingestuft. Im Jahr 2026 wählen 55 Prozent die höchste Wichtigkeitskategorie, weitere 36 Prozent halten diesen Aspekt für eher wichtig. Die Gesamtbedeutung direktdemokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten bleibt damit hoch.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird weiterhin von einer deutlichen Mehrheit als wichtig angesehen. Der Anteil derjenigen, die sie für sehr wichtig halten, ist gegenüber 2023 allerdings signifikant um 4 Prozentpunkte gesunken. Zugleich ist der kleine Anteil derjenigen, die die Gleichberechtigung für sehr unwichtig halten, signifikant um 2 Prozentpunkte gestiegen. Die breite grundsätzliche Unterstützung bleibt bestehen, fällt aber weniger uneingeschränkt aus als 2023.

Bei freien und fairen Wahlen sowie bei der Gleichbehandlung durch Gerichte unterscheiden sich die Bevölkerungsgruppen vor allem in der Stärke der Zustimmung. Die grundsätzliche Einstufung als wichtig

ist nahezu durchgängig verbreitet. Größere Unterschiede zeigen sich beim Schutz von Minderheiten und bei der Gleichberechtigung der Geschlechter. So stufen Frauen die Gleichberechtigung häufiger als sehr wichtig ein als Männer (63 Prozent ggü. 50 Prozent). Unter den 18- bis 29-Jährigen beträgt der Anteil 64 Prozent, unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 73 Prozent gegenüber 41 Prozent bei Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss.

Politische Beteiligungsmöglichkeiten über Volksbefragungen werden besonders häufig von Befragten als sehr wichtig eingestuft, die sich von der repräsentativen Politik wenig berücksichtigt fühlen. Den hohen Erwartungen an demokratische Beteiligung und demokratische Prinzipien steht eine kritischere Bewertung ihrer Umsetzung gegenüber. Am positivsten werden freie und faire Wahlen beurteilt: 80 Prozent sehen dieses Prinzip in Deutschland als voll oder eher umgesetzt an. 69 Prozent bewerten die Möglichkeit einer frei kritisierenden Opposition positiv, 66 Prozent den Schutz der Rechte von Minderheiten und 65 Prozent die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Gleichbehandlung durch Gerichte wird 2026 positiver eingeschätzt als 2023. Der Anteil „eher umgesetzt“ ist signifikant um 6 Prozentpunkte gestiegen, während „eher nicht umgesetzt“ von 35 Prozent auf 29 Prozent und „gar nicht umgesetzt“ von 10 Prozent auf 7 Prozent zurückgingen. Insgesamt sehen 58 Prozent die Gleichbehandlung durch Gerichte als voll oder eher verwirklicht an. 36 Prozent erkennen dagegen Umsetzungsdefizite.

Auch die freie Kritik der Opposition wird positiver bewertet als 2023. Der Anteil „eher nicht umgesetzt“ ist signifikant von 28 Prozent auf 20 Prozent und der Anteil „gar nicht umgesetzt“ von 7 Prozent auf 5 Prozent zurückgegangen. Im Jahr 2026 sehen 69 Prozent eine frei kritisierende Opposition als voll oder eher umgesetzt an, während 25 Prozent dieses Prinzip für eher nicht oder gar nicht verwirklicht halten.

Beim Schutz von Minderheiten überwiegt ebenfalls die positive Einschätzung. 66 Prozent sehen dieses Prinzip als voll oder eher umgesetzt an, 26 Prozent erkennen Defizite. Gegenüber 2023 haben sich die inhaltlichen Antwortkategorien nicht statistisch signifikant verändert.

Deutlich kritischer werden die Beteiligungsmöglichkeiten über Volksbefragungen beurteilt. Zwar ist der Anteil „eher umgesetzt“ gegenüber 2023 signifikant von 15 Prozent auf 23 Prozent gestiegen und der Anteil „gar nicht umgesetzt“ von 38 Prozent auf 28 Prozent zurückgegangen. Dennoch sehen 2026 nur 26 Prozent ausreichende Beteiligungsmöglichkeiten als voll oder eher verwirklicht an. 72 Prozent halten sie für eher nicht oder gar nicht umgesetzt.

Auch die Möglichkeit, Regierungen bei Wahlen für schlechte Arbeit zu bestrafen, wird etwas positiver bewertet als 2023. Der Anteil „eher umgesetzt“ ist signifikant um 8 Prozentpunkte gestiegen, während „eher nicht umgesetzt“ um 3 Prozentpunkte und „gar nicht umgesetzt“ um 7 Prozentpunkte zurückgingen. Dennoch sehen nur 37 Prozent dieses Prinzip als voll oder eher verwirklicht an. 59 Prozent erkennen weiterhin ein Umsetzungsdefizit.

Bei der Erklärung politischer Entscheidungen zeigt sich ebenfalls eine leichte Verbesserung. Der Anteil „eher umgesetzt“ ist signifikant von 20 Prozent auf 25 Prozent gestiegen, während „eher nicht umgesetzt“ von 53 Prozent auf 46 Prozent zurückging. Im Jahr 2026 halten dennoch nur 27 Prozent die Erklärung politischer Entscheidungen für voll oder eher ausreichend umgesetzt. 70 Prozent sind der Auffassung, dieses demokratische Prinzip werde eher nicht oder gar nicht verwirklicht.

Besonders groß ist die Lücke beim Abbau sozialer Ungleichheit. Lediglich 17 Prozent bewerten dessen Umsetzung positiv. 77 Prozent sehen das Prinzip als eher nicht oder gar nicht verwirklicht an. Gegenüber 2023 ist keine Verbesserung festzustellen; der Anteil „eher umgesetzt“ ist signifikant von 18 Prozent auf 16 Prozent zurückgegangen.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter sehen 65 Prozent als voll oder eher umgesetzt an. Gegenüber 2023 ist der Anteil „voll umgesetzt“ signifikant um 3 Prozentpunkte gestiegen, während „eher umgesetzt“ von 51 Prozent auf 47 Prozent und „eher nicht umgesetzt“ von 29 Prozent auf 26 Prozent zurückgingen. Die Entwicklung weist damit vor allem auf eine Verschiebung innerhalb der Antwortskala und nicht auf einen eindeutigen Gesamttrend hin.

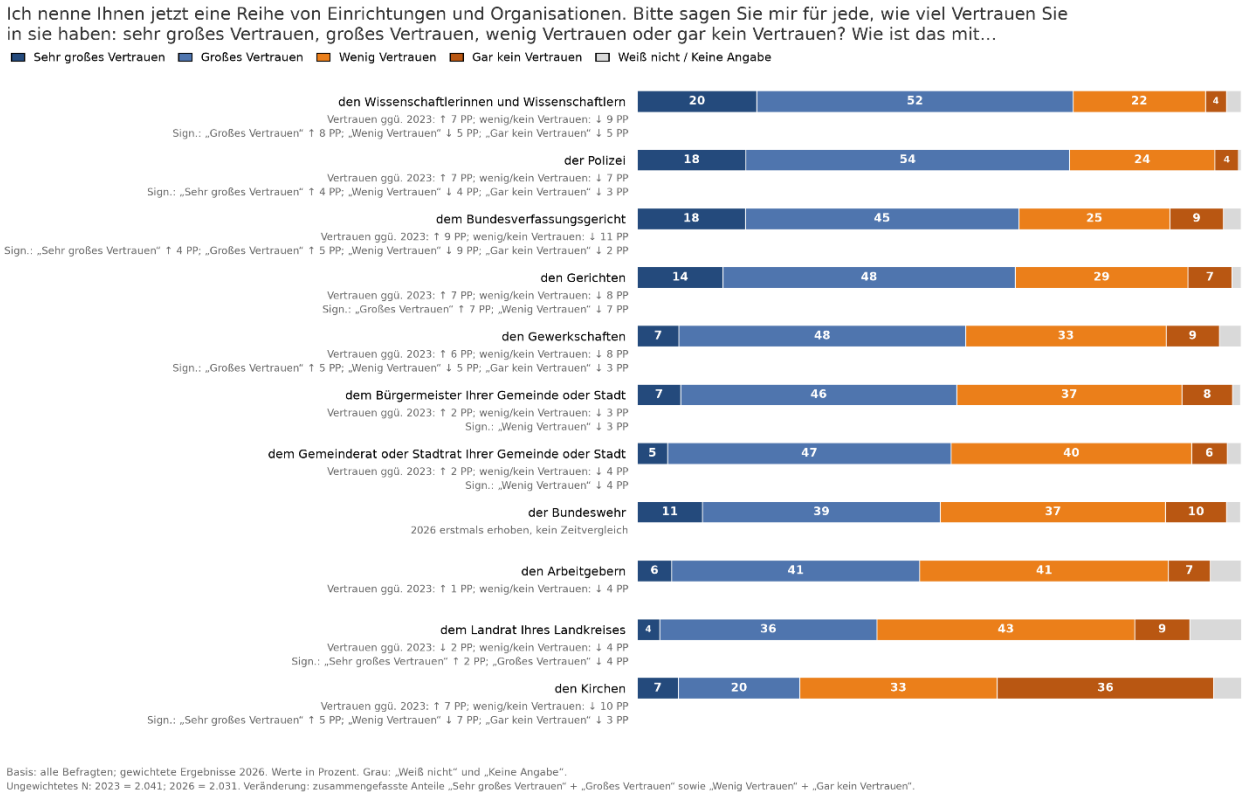
Über die einzelnen Prinzipien hinweg zeigt sich eine erhebliche Differenz zwischen normativer Bedeutung und wahrgenommener Umsetzung. Besonders groß fällt diese Lücke beim Abbau sozialer Ungleichheit, bei der Erklärung politischer Entscheidungen und bei den Beteiligungsmöglichkeiten über Volksbefragungen aus. Freie und faire Wahlen sowie die freie Kritik durch die Opposition werden dagegen vergleichsweise häufig als umgesetzt wahrgenommen.

Die wahrgenommene Umsetzung unterscheidet sich nach Bildung und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Höher gebildete Befragte sowie Angehörige der mittleren und oberen Mittelschicht bewerten freie Wahlen, rechtsstaatliche Institutionen und eine frei arbeitende Opposition häufiger positiv. Beim Abbau sozialer Ungleichheit und bei der Erklärung politischer Entscheidungen fällt das Urteil in nahezu allen Gruppen kritisch aus. Befragte aus den unteren Schichten sehen jedoch besonders häufig deutliche Umsetzungsdefizite.

2.5.3 Vertrauen in demokratische und gesellschaftliche Institutionen

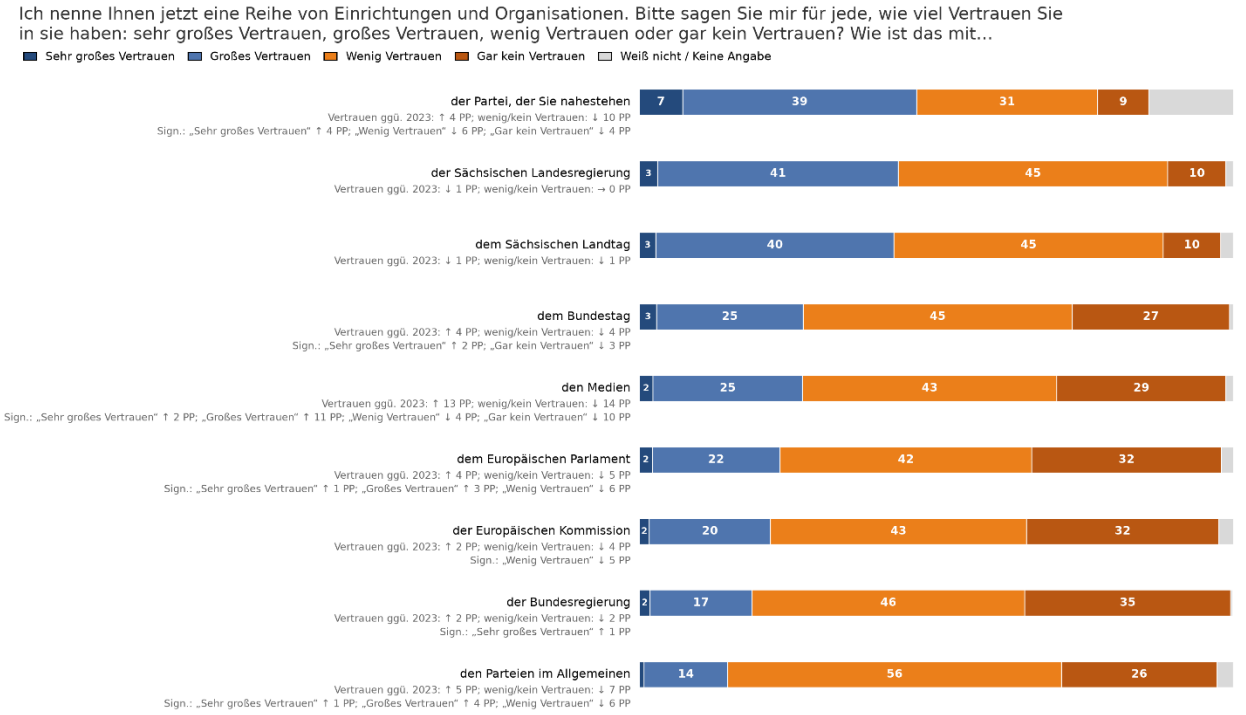
Das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen ist stark abgestuft. Besonders großes Vertrauen genießen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Polizei, die Gerichte und das Bundesverfassungsgericht. Deutlich geringer fällt das Vertrauen in Regierungen, Parlamente, Medien, europäische Institutionen und politische Parteien aus.

Abbildung 33: Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen I



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Sehr großes Vertrauen" + „Großes Vertrauen" sowie „Wenig Vertrauen" + „Gar kein Vertrauen".

Abbildung 34: Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen II



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Sehr großes Vertrauen" + „Großes Vertrauen" sowie „Wenig Vertrauen" + „Gar kein Vertrauen".

Wie schon in den vorherigen Sachsen-Monitoren bestätigt sich die zentrale Erkenntnis: Je weiter entfernt Parlamente und Regierungen vom lokalen Umfeld der Befragten sind, desto geringer sind die Vertrauenswerte in diese Stellen.

Das Institutionenvertrauen zeigt deutliche Unterschiede in Bezug auf Bildung, soziale Lage und Demokratiezufriedenheit der Befragten. Höher gebildete Befragte und Personen aus höheren sozialen Lagen vertrauen insbesondere den Gerichten, dem Bundesverfassungsgericht, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den europäischen Institutionen häufiger. In unteren Bildungs- und Soziallagen ist das Vertrauen in politische Institutionen und Medien häufiger gering. Die Polizei und kommunale Institutionen erreichen dagegen auch in politisch skeptischen Gruppen vergleichsweise hohe Vertrauenswerte.

2.5.4 Autoritäre und demokratische Einstellungen

Die Einstellungen zu Demokratie, Autorität und politischer Ordnung ergeben ein widersprüchliches Bild. Zentrale offen antidemokratische Positionen werden von großen Mehrheiten abgelehnt. Gleichzeitig finden autoritäre und stark ordnungspolitische Aussagen teilweise erhebliche Zustimmung.

Der Aussage *Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert* stimmen 22 Prozent voll oder eher zu. 75 Prozent lehnen sie eher oder vollständig ab. Die Formulierung wurde 2026 gegenüber dem früheren allgemeinen „Starke-Hand“-Item substanziell verändert. Ein unmittelbarer Zeitvergleich ist deshalb nicht zulässig.

Eine Diktatur wird 2026 seltener als mögliche Alternative zur Demokratie akzeptiert als 2023. Der Aussage *Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform* stimmen 13 Prozent voll oder eher zu. 84 Prozent lehnen diese Auffassung ab, darunter 63 Prozent vollständig. Sowohl die vollständige Zustimmung (2 Prozentpunkte Rückgang) als auch die eher zustimmende Antwort (3 Prozentpunkte Rückgang) sind gegenüber 2023 signifikant zurückgegangen, während die vollständige Ablehnung signifikant von 58 Prozent auf 63 Prozent zunahm.

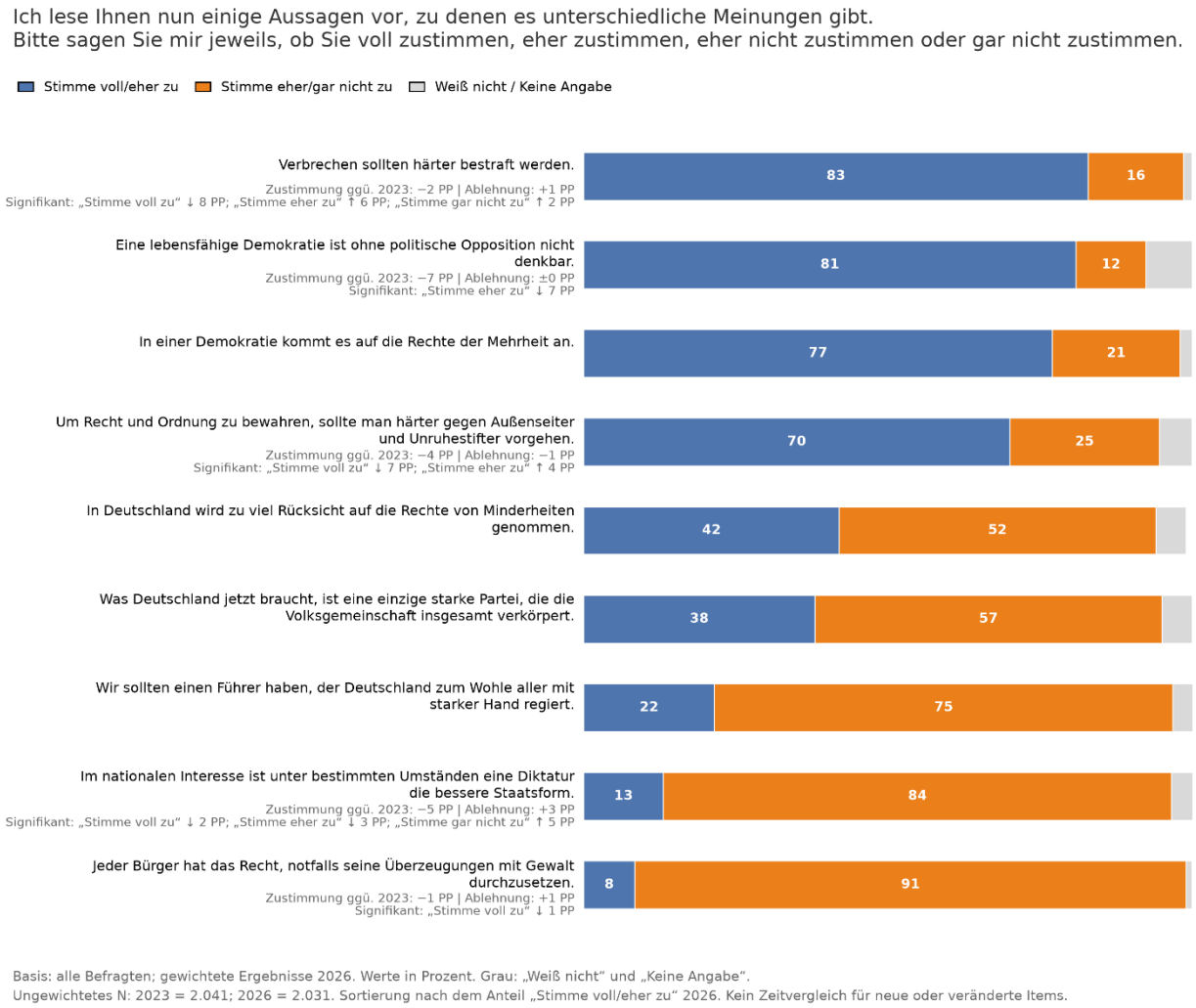
Auch die Zustimmung zur Aussage *Jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen* fällt gering aus. 8 Prozent stimmen voll oder eher zu, während 91 Prozent die Aussage ablehnen. 75 Prozent widersprechen vollständig. Die uneingeschränkte Zustimmung ist gegenüber 2023 signifikant um 1 Prozentpunkt zurückgegangen.

Die Bedeutung einer politischen Opposition wird dagegen von einer großen Mehrheit anerkannt. Der Aussage *Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar* stimmen 81 Prozent voll oder eher zu, 12 Prozent lehnen sie ab. Höher gebildete Befragte stimmen häufiger vollständig zu (Abitur bzw. EOS: 60 Prozent; Hochschulabschluss: 66 Prozent; Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 39 Prozent; Realschulabschluss: 43 Prozent).

Neben diesen demokratischen Orientierungen bestehen ausgeprägte ordnungspolitische Einstellungen. Der Aussage *Verbrechen sollten härter bestraft werden* stimmen 83 Prozent voll oder eher zu, darunter 48 Prozent vollständig. Die Forderung nach härteren Strafen ist über nahezu alle Bevölkerungsgruppen hinweg verbreitet.

Der Aussage *Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen* stimmen 70 Prozent voll oder eher zu, darunter 29 Prozent vollständig. Die vollständige Zustimmung fällt unter Befragten mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren Schichten häufiger aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 40 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 17 Prozent; Unterschicht: 45 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 18 Prozent), ist jedoch nicht auf diese Gruppen beschränkt.

Abbildung 35: Autoritäre und demokratische Einstellungen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll/eher zu“ 2026. Kein Zeitvergleich für neue oder veränderte Items.

Der Aussage *Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert* stimmen 38 Prozent voll oder eher zu. 57 Prozent lehnen sie eher oder vollständig ab. Die Zustimmung fällt unter Befragten mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren Schichten häufiger aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 51 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 14 Prozent; Unterschicht: 51 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 28 Prozent).

Die Rechte der Mehrheit und der Schutz von Minderheiten wurden 2026 erstmals durch zwei getrennte Aussagen erfasst. Im Jahr 2023 waren beide Aussagen irrtümlich zu einem gemeinsamen Item verbunden. Aufgrund der veränderten Bedeutung ist kein valider Zeitvergleich möglich.

Im Jahr 2026 stimmen 77 Prozent der Aussage *In einer Demokratie kommt es auf die Rechte der Mehrheit an* voll oder eher zu. 21 Prozent lehnen sie ab. Das Ergebnis ist nicht automatisch als Ablehnung von Minderheitenrechten zu interpretieren, da die Formulierung ausschließlich nach der Bedeutung der Mehrheitsrechte fragt.

Die Aussage *In Deutschland wird zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten genommen* findet bei 42 Prozent volle oder eher Zustimmung; 52 Prozent lehnen sie eher oder vollständig ab. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss sowie mit Realschulabschluss stimmen häufiger zu als Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (49 Prozent bzw. 45 Prozent ggü. 30 Prozent).

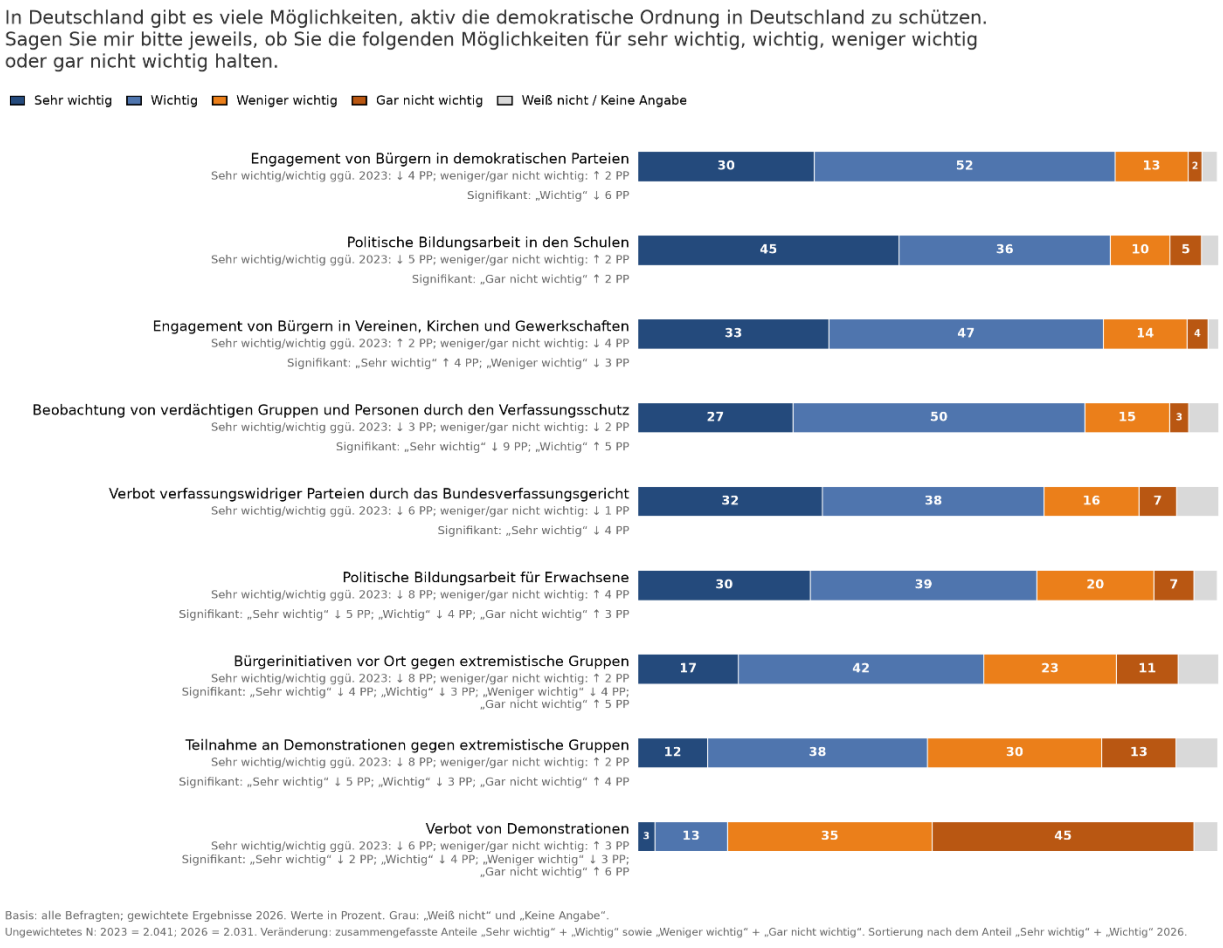
Insgesamt verbindet sich eine breite Anerkennung demokratischer Wahlen und politischer Opposition mit einer teilweise starken Zustimmung zu autoritären Ordnungs- und Mehrheitsvorstellungen. Die Ablehnung einer Diktatur hat sich gegenüber 2023 verstärkt. Bei der politischen Gewalt ist dagegen die uneingeschränkte Zustimmung zurückgegangen. Gleichzeitig finden Forderungen nach härteren Strafen, einem härteren Vorgehen gegen gesellschaftliche Außenseiter und einer einzigen starken Partei weiterhin erhebliche Unterstützung.

2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und Toleranz

2.6.1 Schutz der demokratischen Ordnung

Die meisten abgefragten Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Ordnung werden von einer deutlichen Mehrheit der sächsischen Bevölkerung als wichtig angesehen. Die größte Unterstützung erfahren politische Bildungsarbeit, das Engagement in demokratischen Parteien und die Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Rechtsstaatliche Maßnahmen wie die Beobachtung extremistischer Gruppen durch den Verfassungsschutz und das Verbot verfassungswidriger Parteien finden ebenfalls breite Zustimmung. Ein allgemeines Verbot von Demonstrationen wird dagegen mehrheitlich abgelehnt.

Abbildung 36: Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Ordnung



81 Prozent halten *politische Bildungsarbeit in den Schulen* für sehr wichtig oder wichtig. Das *Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien* bewerten 82 Prozent als sehr wichtig oder wichtig, das *Engagement von Bürgern in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften* 80 Prozent. Der *Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz* messen 77 Prozent große Bedeutung bei. Ein

Verbot verfassungswidriger Parteien durch das Bundesverfassungsgericht halten 70 Prozent für sehr wichtig oder wichtig.

Politische Bildungsarbeit für Erwachsene wird von 69 Prozent als sehr wichtig oder wichtig bewertet. *Bürgerinitiativen vor Ort gegen extremistische Gruppen* schreiben 59 Prozent eine hohe Bedeutung zu. Bei der *Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen* ist die Bevölkerung nahezu geteilt: 50 Prozent halten sie für sehr wichtig oder wichtig, 43 Prozent für weniger wichtig oder gar nicht wichtig.

Ein *allgemeines Verbot von Demonstrationen* findet dagegen nur geringe Unterstützung. 16 Prozent halten ein solches Verbot für sehr wichtig oder wichtig, während 80 Prozent es als weniger wichtig oder gar nicht wichtig einstufen. Die Bevölkerung unterscheidet damit deutlich zwischen gezielten rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Extremismus und einer allgemeinen Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Gegenüber 2023 hat sich die Bewertung einzelner Maßnahmen unterschiedlich entwickelt. Bei mehreren Instrumenten ist der Anteil der höchsten Wichtigkeitskategorie zurückgegangen, ohne dass die grundsätzliche mehrheitliche Unterstützung verloren gegangen ist. Gleichzeitig können mehr Befragte einzelne Maßnahmen nicht eindeutig beurteilen.

Bei der Beobachtung verdächtiger Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz ist der Anteil „sehr wichtig“ signifikant um 9 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil „wichtig“ signifikant um 5 Prozentpunkte. Die zusammengefasste Unterstützung bleibt damit hoch, wird aber seltener in der stärksten Antwortkategorie ausgedrückt.

Auch bei einem Verbot verfassungswidriger Parteien durch das Bundesverfassungsgericht ist der Anteil „sehr wichtig“ signifikant von 36 Prozent auf 32 Prozent zurückgegangen. Mit insgesamt 70 Prozent, die ein solches Verbot für sehr wichtig oder wichtig halten, bleibt die grundsätzliche Unterstützung dieses rechtsstaatlichen Instruments dennoch mehrheitlich bestehen.

Die politische Bildungsarbeit für Erwachsene sowie Bürgerinitiativen gegen extremistische Gruppen erfahren 2026 eine geringere Unterstützung als 2023. Der zusammengefasste Anteil „sehr wichtig“ und „wichtig“ sank bei der politischen Bildungsarbeit für Erwachsene und bei den Bürgerinitiativen um 8 Prozentpunkte. Bei den Bürgerinitiativen stieg zugleich der Anteil „gar nicht wichtig“ signifikant um 5 Prozentpunkte.

Auch die Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen wird zurückhaltender bewertet. Der zusammengefasste Anteil „sehr wichtig“ und „wichtig“ ist von 58 Prozent auf 50 Prozent zurückgegangen, während der Anteil „gar nicht wichtig“ signifikant um 5 Prozentpunkte stieg. Die Unterstützung liegt 2026 damit nur noch bei rund der Hälfte.

Positiver hat sich dagegen die Bewertung des Engagements in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften entwickelt. Der Anteil „sehr wichtig“ ist signifikant um 4 Prozentpunkte gestiegen, während „weniger wichtig“ von 17 Prozent auf 14 Prozent zurückging. Die Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Organisationen gehört damit zu den Maßnahmen, deren Bedeutung 2026 stärker hervorgehoben wird.

Ein allgemeines Demonstrationsverbot wird noch deutlicher zurückgewiesen als 2023. Der Anteil „gar nicht wichtig“ ist signifikant um 6 Prozentpunkte gestiegen. Die geringere Unterstützung eines Demonstrationsverbots steht damit im Gegensatz zur abgeschwächten Bewertung von Demonstrationen gegen extremistische Gruppen: Die Bevölkerung lehnt eine allgemeine Einschränkung des

Demonstrationsrechts stärker ab, misst der aktiven Teilnahme an Gegendemonstrationen aber ebenfalls weniger Bedeutung bei.

Die Bewertungen unterscheiden sich insbesondere nach Bildungsabschluss, subjektiver Schichtzugehörigkeit und Alter. Höher gebildete Befragte messen politischer Bildung, zivilgesellschaftlichem Engagement und rechtsstaatlichen Maßnahmen gegen Extremismus häufiger große Bedeutung bei. Ein allgemeines Demonstrationsverbot wird von ihnen besonders deutlich abgelehnt.

Ältere Befragte stufen die Beobachtung extremistischer Gruppen und rechtsstaatliche Verbotsmaßnahmen teilweise häufiger als sehr wichtig ein. Jüngere Befragte bewerten zivilgesellschaftliche und demonstrative Beteiligungsformen häufiger positiv. Ein einheitliches Altersmuster über alle Maßnahmen hinweg besteht jedoch nicht.

2.6.2 Ressentiments und gesellschaftliche Toleranz

Die Einstellungen gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und zu nationalistischen Positionen ergeben kein einheitliches Bild. Die meisten offen abwertenden oder rassistischen Aussagen werden von Mehrheiten zurückgewiesen. Einzelne Aussagen finden jedoch weiterhin Zustimmung. Gegenüber 2023 entwickeln sich die Ergebnisse je nach Einstellungsbereich unterschiedlich. Eine allgemeine Zu- oder Abnahme sämtlicher Ressentiments lässt sich nicht feststellen.

Sozialdarwinistische und antisemitische Einstellungen

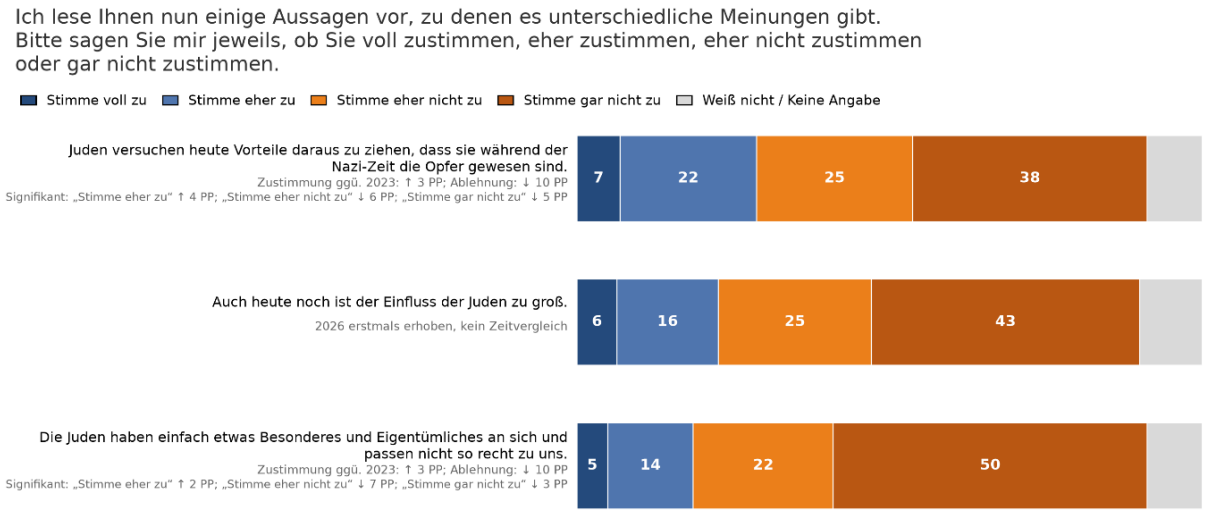
Die Aussage *Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen* wird weiterhin von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. Im Jahr 2026 widersprechen 77 Prozent eher oder vollständig, während 18 Prozent zustimmen. Gegenüber 2023 ist die eher zustimmende Antwort signifikant um 2 Prozentpunkte gestiegen, während die eher ablehnende Antwort um 6 Prozentpunkte zurückging. Die vollständige Ablehnung bleibt mit 49 Prozent nahezu unverändert.

Auch die antisemitischen Aussagen werden mehrheitlich zurückgewiesen. Einer Aussage, die jüdische Menschen als grundsätzlich nicht zur deutschen Gesellschaft passend beschreibt, widersprechen 72 Prozent. 19 Prozent stimmen ihr voll oder eher zu. Gegenüber 2023 ist die eher zustimmende Antwort signifikant gestiegen (2 Prozentpunkte Anstieg). Gleichzeitig gingen beide ablehnenden Kategorien zurück (7 Prozentpunkte und 3 Prozentpunkte Rückgang).

Der Aussage, *jüdische Menschen versuchen heute Vorteile aus ihrer Verfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus zu ziehen*, stimmen 29 Prozent voll oder eher zu. 63 Prozent lehnen sie ab. Gegenüber 2023 ist die eher zustimmende Antwort signifikant gestiegen (18 Prozent auf 22 Prozent). Gleichzeitig gingen beide ablehnenden Kategorien zurück („stimme eher nicht zu“: 6 Prozentpunkte Rückgang; „stimme gar nicht zu“: 5 Prozentpunkte Rückgang).

Über die antisemitischen Items hinweg fällt die Zustimmung unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren subjektiven Schichtzugehörigkeiten höher aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 27 Prozent bis 39 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 8 Prozent bis 17 Prozent; Unterschicht: 31 Prozent bis 43 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 13 Prozent bis 21 Prozent).

Abbildung 37: Aussagen zu Antisemitismus



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" sowie „Stimme eher nicht zu" + „Stimme gar nicht zu".
Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" 2026.

Einstellungen zu Gleichstellung und gesellschaftlicher Vielfalt

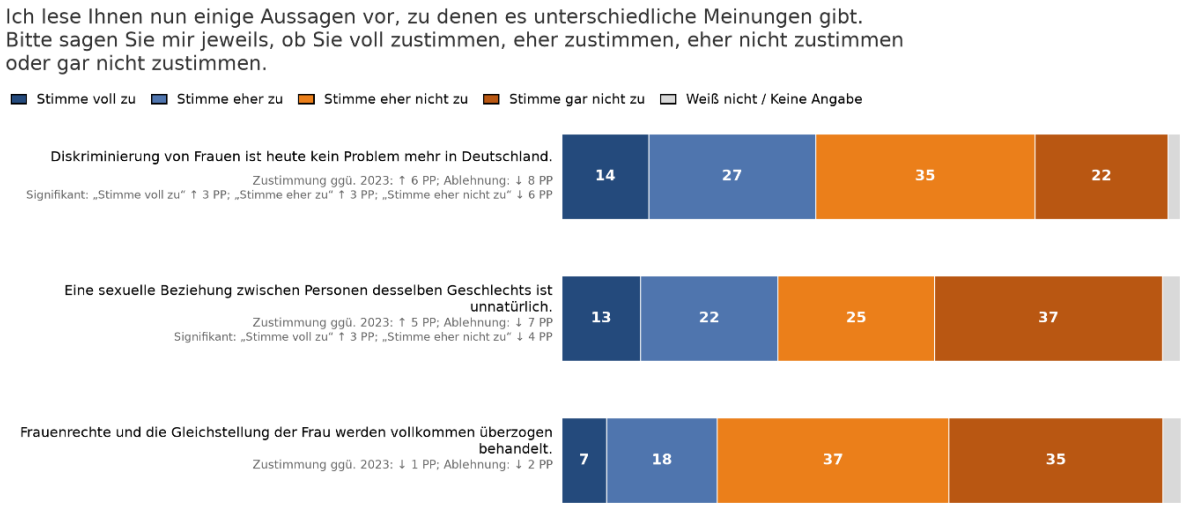
Bei der Wahrnehmung geschlechtsspezifischer Diskriminierung zeigt sich eine Veränderung gegenüber 2023. Im Jahr 2026 stimmen 41 Prozent der Aussage *Diskriminierung von Frauen ist heute kein Problem mehr in Deutschland* voll oder eher zu. 57 Prozent widersprechen. Beide zustimmenden Kategorien sind gegenüber 2023 signifikant um 3 Prozentpunkte gestiegen, während die eher ablehnende Antwort zurückging (41 Prozent auf 35 Prozent).

Frauen widersprechen dieser Aussage häufiger als Männer (67 Prozent ggü. 46 Prozent). Auch höher gebildete Befragte erkennen häufiger weiterhin bestehende Benachteiligungen. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss stimmen dagegen häufiger zu, das Problem sei weitgehend überwunden, als Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (58 Prozent ggü. 33 Prozent).

Im Jahr 2026 stimmen 25 Prozent der Aussage *Frauenrechte und die Gleichstellung der Frau werden vollkommen überzogen behandelt* voll oder eher zu. 72 Prozent lehnen sie ab. Die vier inhaltlichen Antwortkategorien haben sich gegenüber 2023 nicht statistisch signifikant verändert. Gestiegen ist lediglich der Anteil ohne eindeutige Einschätzung.

Auch bei dieser Aussage bestehen deutliche Unterschiede nach Geschlecht und Bildung. Männer stimmen häufiger zu als Frauen (34 Prozent ggü. 17 Prozent), während Frauen die Aussage häufiger vollständig ablehnen (42 Prozent ggü. 27 Prozent). Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen fällt die vollständige Ablehnung ebenfalls höher aus als unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss (49 Prozent ggü. 22 Prozent).

Abbildung 38: Einstellungen zu Gleichstellung und gesellschaftlicher Vielfalt



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu“ + „Stimme eher zu“ sowie „Stimme eher nicht zu“ + „Stimme gar nicht zu“.
Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll zu“ + „Stimme eher zu“ 2026.

Einstellungen gegenüber muslimischem Leben

Die Einstellungen gegenüber muslimischem Leben und Zuwanderung fallen geteilt aus. Einer Aussage, die *ein Gefühl kultureller Fremdheit aufgrund der Anwesenheit muslimischer Menschen* beschreibt, stimmen 51 Prozent voll oder eher zu. 47 Prozent lehnen sie ab. Gegenüber 2023 ist die uneingeschränkte Zustimmung signifikant zurückgegangen (5 Prozentpunkte Rückgang).

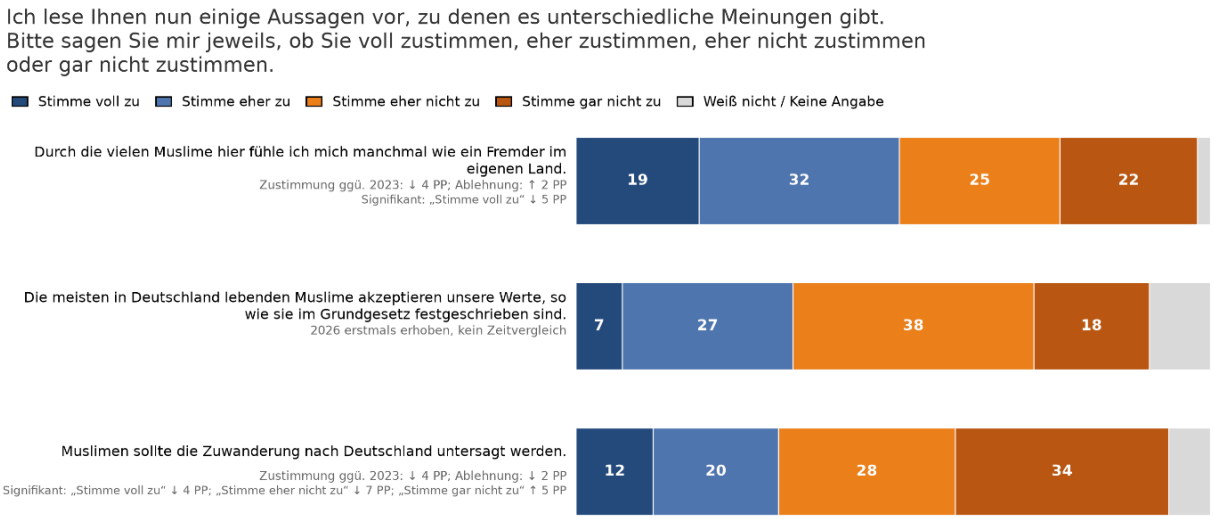
Die Zustimmung fällt unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren Schichten höher aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 60 Prozent; Realschulabschluss: 59 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 28 Prozent; untere Mittelschicht: 62 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 31 Prozent). Auch zwischen den Regionen bestehen Unterschiede, jedoch ohne ein durchgängiges räumliches Muster.

Die Forderung, *muslimischen Menschen grundsätzlich die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen*, findet bei 32 Prozent volle oder eher Zustimmung. 62 Prozent lehnen sie ab. Gegenüber 2023 ist die uneingeschränkte Zustimmung signifikant zurückgegangen (4 Prozentpunkte Rückgang), während die vollständige Ablehnung zunahm (5 Prozentpunkte Anstieg).

Die Zustimmung zu einem allgemeinen Zuwanderungsverbot fällt unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren Schichten höher aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 43 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 13 Prozent; Unterschicht: 43 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 22 Prozent). In der Gesamtbevölkerung überwiegt jedoch die Ablehnung.

Die 2026 neu eingeführte Aussage *Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind* findet bei 34 Prozent volle oder eher Zustimmung. 56 Prozent lehnen sie eher oder vollständig ab.

Abbildung 39: Einstellungen gegenüber muslimischem Leben

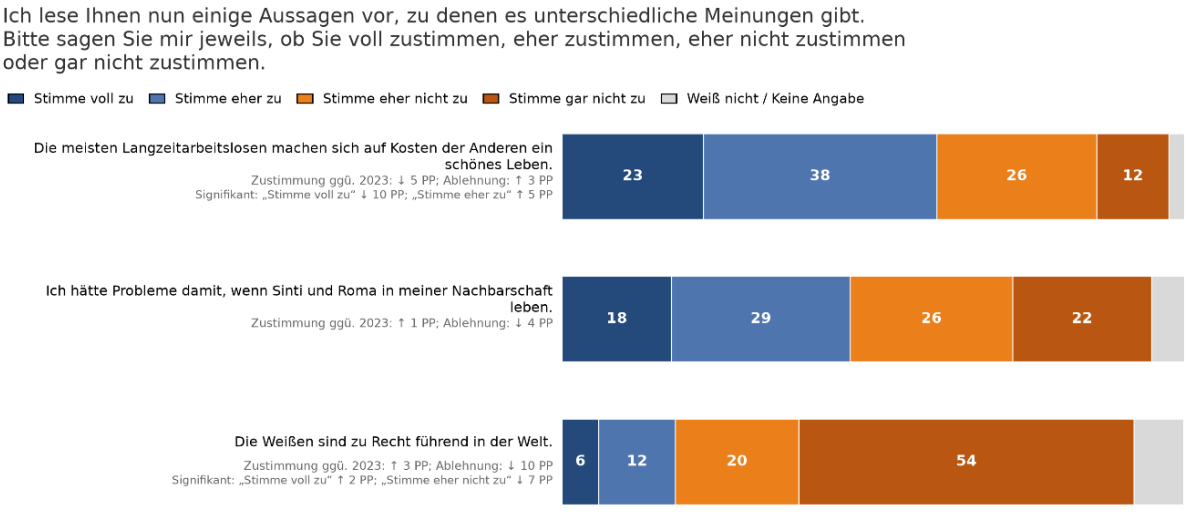


Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" sowie „Stimme eher nicht zu" + „Stimme gar nicht zu".
Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" 2026.

Weitere Formen gruppenbezogener Abwertung

Die untersuchten Formen gruppenbezogener Abwertung unterscheiden sich deutlich in ihrer Verbreitung. Der Aussage *Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben* stimmen 61 Prozent voll oder eher zu, 38 Prozent lehnen sie eher oder vollständig ab. Bei der Aussage *Ich hätte Probleme damit, wenn Sinti und Roma in meiner Nachbarschaft leben*, sind Zustimmung und Ablehnung annähernd ausgeglichen: 47 Prozent stimmen voll oder eher zu, 48 Prozent eher nicht oder gar nicht. Die rassistische Überlegenheitsvorstellung *Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt* wird dagegen von 74 Prozent eher oder vollständig abgelehnt; 18 Prozent stimmen ihr voll oder eher zu.

Abbildung 40: Weitere Formen gruppenbezogener Abwertung



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht" und „Keine Angabe".
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" sowie „Stimme eher nicht zu" + „Stimme gar nicht zu".
Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll zu" + „Stimme eher zu" 2026.

Gegenüber 2023 ist die Zustimmung zur pauschalen Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen um 5 Prozentpunkte zurückgegangen, während die Ablehnung um 3 Prozentpunkte gestiegen ist. Dabei hat sich auch die Intensität der Zustimmung verändert: Der Anteil „stimme voll zu“ sank signifikant (10 Prozentpunkte Rückgang), während „stimme eher zu“ zunahm (5 Prozentpunkte Anstieg). Die Zustimmung fällt unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss höher aus (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss: 68 Prozent; Realschulabschluss: 67 Prozent ggü. Hochschulabschluss: 39 Prozent).

Bei der Aussage zu Sinti und Roma in der eigenen Nachbarschaft haben sich die inhaltlichen Antwortkategorien gegenüber 2023 nicht statistisch signifikant verändert. Vorbehalte treten unter Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren Schichten häufiger auf. Höher gebildete Befragte lehnen die Aussage häufiger vollständig ab.

Bei der rassistischen Überlegenheitsvorstellung ist der Anteil „stimme voll zu“ gegenüber 2023 signifikant gestiegen (2 Prozentpunkte Anstieg), während der Anteil „stimme eher nicht zu“ signifikant zurückging (7 Prozentpunkte Rückgang). Die zusammengefasste Zustimmung hat sich dagegen nicht statistisch signifikant verändert.

Geschichtsrevisionistische, nationalistische und ausgrenzende Einstellungen

Eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen findet 2026 weniger Zustimmung als 2023. Der entsprechenden Aussage stimmen 12 Prozent voll oder eher zu. 83 Prozent lehnen sie ab, darunter 59 Prozent vollständig. Beide zustimmenden Kategorien sind gegenüber 2023 signifikant zurückgegangen, während die vollständige Ablehnung um 6 Prozentpunkte stieg. Der Anteil ohne Einschätzung hat allerdings ebenfalls zugenommen.

Die Vorstellung *Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind* hat gegenüber 2023 an Zustimmung gewonnen. Im Jahr 2026 stimmen 49 Prozent voll oder eher zu, 48 Prozent lehnen die Aussage ab. Die uneingeschränkte Zustimmung ist signifikant gestiegen (5 Prozentpunkte Anstieg), während die eher ablehnende Antwort zurückging (9 Prozentpunkte Rückgang).

Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und in unteren sozialen Lagen stimmen häufiger zu. Höher gebildete und jüngere Befragte lehnen eine unterschiedliche Zuteilung von Rechten häufiger ab.

Das Item *Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht* wurde 2026 gegenüber dem entsprechenden nationalistischen Item des Jahres 2023 inhaltlich verändert. Ein unmittelbarer Zeitvergleich ist daher nicht zulässig. Im Jahr 2026 stimmen 42 Prozent voll oder eher zu, während 53 Prozent das Item eher oder vollständig ablehnen.

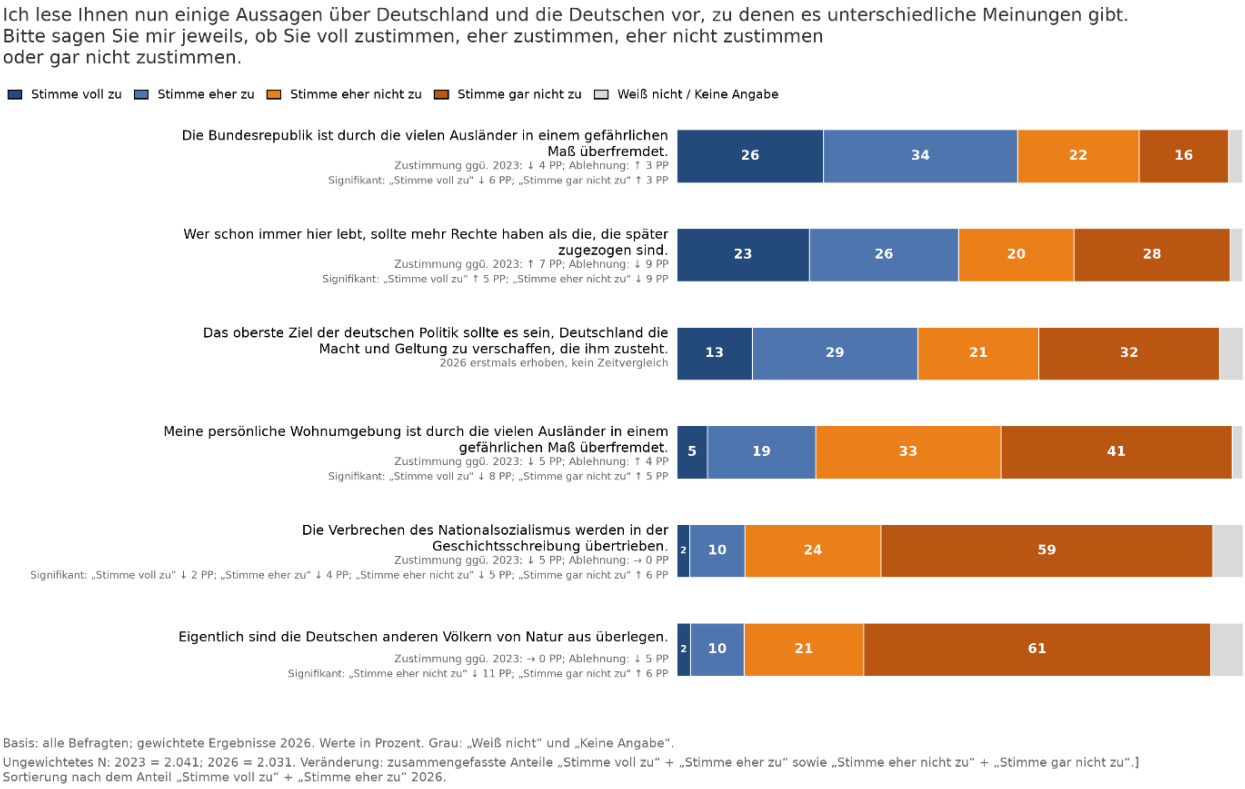
Die Vorstellung einer natürlichen Überlegenheit der Deutschen gegenüber anderen Völkern wird weiterhin von einer großen Mehrheit abgelehnt. Der Aussage *Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen* widersprechen im Jahr 2026 insgesamt 82 Prozent, darunter 61 Prozent vollständig. 12 Prozent stimmen voll oder eher zu. Gegenüber 2023 ist die vollständige Ablehnung signifikant gestiegen (6 Prozentpunkte Anstieg), während die eher ablehnende Antwort zurückging (11 Prozentpunkte Rückgang). Die zusammengefasste Zustimmung hat sich nicht statistisch signifikant verändert.

Dem Item, *die Bundesrepublik sei durch Zuwanderung in einem gefährlichen Maß „überfremdet“*, stimmen 60 Prozent voll oder eher zu. 38 Prozent lehnen sie ab. Gegenüber 2023 ist die uneingeschränkte Zustimmung signifikant zurückgegangen (6 Prozentpunkte Rückgang), während die vollständige Ablehnung zunahm (3 Prozentpunkte Anstieg). Die zusammengefasste Zustimmung bleibt dennoch mehrheitlich.

Die Einschätzung des unmittelbaren Wohnumfeldes fällt deutlich weniger kritisch aus. Der Vorstellung, *die persönliche Wohnumgebung sei durch Zuwanderung in einem gefährlichen Maß „überfremdet“*, stimmen 24 Prozent voll oder eher zu. 74 Prozent lehnen sie ab. Gegenüber 2023 ist die uneingeschränkte Zustimmung signifikant zurückgegangen (8 Prozentpunkte Rückgang), während die vollständige Ablehnung zunahm (5 Prozentpunkte Anstieg).

Die deutliche Differenz zwischen der allgemeinen Bewertung Deutschlands und der Wahrnehmung der eigenen Wohnumgebung zeigt, dass abstrakte gesellschaftliche Einschätzungen und Erfahrungen im unmittelbaren Lebensumfeld auseinanderfallen können.

Abbildung 41: Nationalistische und ausgrenzende Einstellungen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2023 = 2.041; 2026 = 2.031. Veränderung: zusammengefasste Anteile „Stimme voll zu“ + „Stimme eher zu“ sowie „Stimme eher nicht zu“ + „Stimme gar nicht zu“.]
Sortierung nach dem Anteil „Stimme voll zu“ + „Stimme eher zu“ 2026.

2.7 Mediennutzung und Informationsquellen

2.7.1 Nutzung unterschiedlicher Medienangebote

Die Nutzung verschiedener Medien- und Informationsangebote wurde 2026 erstmals in dieser Form erhoben. Während im Sachsen-Monitor 2023 die wahrgenommene Glaubwürdigkeit unterschiedlicher Mediengattungen untersucht wurde, erfasst die aktuelle Befragung, wie häufig diese Angebote zur aktiven Information über Politik genutzt werden. Da beide Fragen unterschiedliche Sachverhalte messen, ist ein unmittelbarer Zeitvergleich nicht möglich.

Am weitesten verbreitet sind Angebote öffentlich-rechtlicher Sender. 52 Prozent nutzen diese häufig und weitere 23 Prozent gelegentlich. Damit greifen drei Viertel der Befragten mindestens gelegentlich auf öffentlich-rechtliche Angebote im Radio, Fernsehen oder Internet zurück. 13 Prozent geben an, diese Angebote nie zur politischen Information zu nutzen.

An zweiter Stelle stehen die Angebote privater Sender. 37 Prozent nutzen sie häufig und 29 Prozent gelegentlich. Insgesamt greifen damit rund zwei Drittel mindestens gelegentlich auf private Radio-, Fernseh- oder Onlineangebote zurück. Ein Fünftel nutzt sie nie.

Tageszeitungen in gedruckter oder digitaler Form werden von 28 Prozent häufig und von 19 Prozent gelegentlich genutzt. Damit erreicht die Tagespresse knapp die Hälfte der Bevölkerung mindestens gelegentlich. Ein Drittel gibt an, Tageszeitungen nie zur politischen Information zu verwenden.

Soziale Medien werden von 23 Prozent häufig und von 22 Prozent gelegentlich genutzt. Damit greifen 45 Prozent mindestens gelegentlich auf Angebote wie Facebook, Instagram, X oder TikTok zurück. 40 Prozent nutzen soziale Medien nach eigener Aussage nie zur politischen Information.

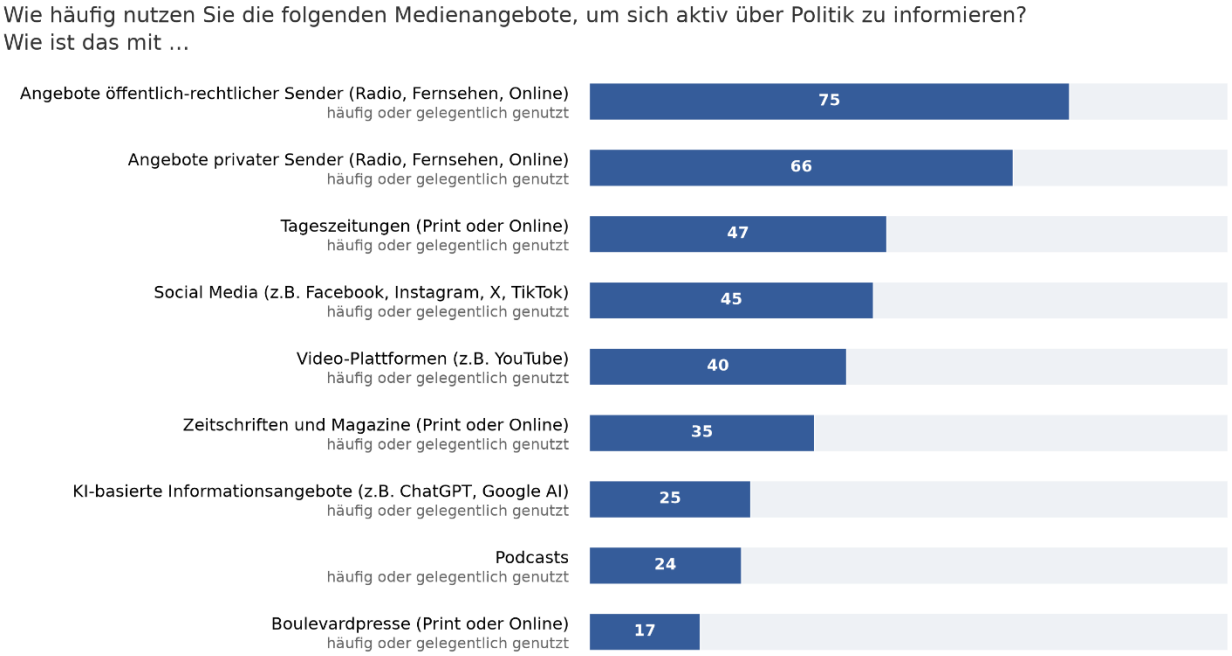
Video-Plattformen erreichen eine ähnlich große Bevölkerungsgruppe. 16 Prozent nutzen sie häufig und 24 Prozent gelegentlich. Insgesamt greifen 40 Prozent mindestens gelegentlich auf Angebote wie YouTube zurück. Ein ebenso großer Anteil nutzt Video-Plattformen nie zur politischen Information.

Zeitschriften und Magazine werden seltener genutzt. 11 Prozent greifen häufig und 24 Prozent gelegentlich auf entsprechende Print- oder Onlineangebote zurück. Damit nutzt gut ein Drittel diese Angebote mindestens gelegentlich, während 35 Prozent sie nie verwenden.

KI-basierte Informationsangebote haben bereits einen Teil der Bevölkerung erreicht. 6 Prozent nutzen Angebote wie ChatGPT oder Google AI häufig, 19 Prozent gelegentlich und weitere 18 Prozent selten. Insgesamt verfügen damit 43 Prozent zumindest über seltene Nutzungserfahrungen. Eine Mehrheit von 55 Prozent verwendet solche Angebote nie zur politischen Information.

Podcasts zählen noch nicht zum Medienalltag einer Mehrheit. 8 Prozent hören sie häufig und 16 Prozent gelegentlich, während 60 Prozent Podcasts nie zur politischen Information nutzen. Die Boulevardpresse weist die geringste regelmäßige Reichweite auf: 4 Prozent nutzen sie häufig und 13 Prozent gelegentlich. 56 Prozent geben an, Boulevardangebote nie zu verwenden.

Abbildung 42: Nutzung unterschiedlicher Medienangebote zur politischen Information



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Dargestellt: Anteil „Nutze ich häufig“ + „Nutze ich gelegentlich“.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.031. „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“ nicht dargestellt. Sortierung nach dem dargestellten Anteil 2026.

Die Ergebnisse zeigen insgesamt ein vielfältiges Medienrepertoire. Klassische Rundfunkangebote erreichen weiterhin die größten regelmäßigen Nutzergruppen. Tageszeitungen nehmen eine mittlere Position ein. Digitale Plattformen werden von einem erheblichen Teil der Bevölkerung genutzt, ihre Bedeutung unterscheidet sich jedoch stark zwischen den Altersgruppen. Podcasts und KI-basierte Angebote erreichen bislang kleinere regelmäßige Nutzergruppen.

Besonders deutlich wird der Altersunterschied bei der Nutzung öffentlich-rechtlicher Angebote. Unter den 18- bis 29-Jährigen nutzt weniger als ein Viertel diese häufig. Bei den 60- bis 69-Jährigen beträgt der entsprechende Anteil 65 Prozent, bei den 70- bis 79-Jährigen 78 Prozent und unter den mindestens 80-Jährigen 82 Prozent.

Umgekehrt geben 31 Prozent der 18- bis 29-Jährigen an, öffentlich-rechtliche Angebote nie zur politischen Information zu nutzen. Dieser Anteil liegt über den Werten aller älteren Altersgruppen. Unter Personen in Ausbildung beträgt der Nichtnutzungsanteil 34 Prozent. Von den Rentnerinnen und Rentnern bzw. Pensionärinnen und Pensionären greifen dagegen 76 Prozent häufig auf öffentlich-rechtliche Angebote zurück.

Frauen nutzen öffentlich-rechtliche Angebote mit 55 Prozent häufiger regelmäßig als Männer. Auch unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ist die häufige Nutzung mit 63 Prozent vergleichsweise stark ausgeprägt. Ein durchgängiges Bildungsgefälle besteht jedoch nicht, da auch Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss überdurchschnittlich häufig eine regelmäßige Nutzung angeben.

Private Sender erreichen ebenfalls breite Bevölkerungsgruppen, weisen aber ein weniger lineares Altersmuster auf. Die häufige Nutzung fällt unter den 50- bis 59-Jährigen und den 60- bis 69-Jährigen mit 46 Prozent bzw. 44 Prozent besonders hoch aus. Unter den 18- bis 29-Jährigen liegt sie bei 22 Prozent.

Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss nutzen private Sender mit 44 Prozent häufiger regelmäßig als Personen mit Hochschulabschluss (27 Prozent).

2.7.2 KI-basierte Informationsangebote

KI-basierte Informationsangebote wie ChatGPT oder Google AI wurden 2026 erstmals als eigene Medienkategorie erhoben. 6 Prozent nutzen sie häufig, 19 Prozent gelegentlich und 18 Prozent selten zur politischen Information. Eine Mehrheit von 55 Prozent gibt an, solche Angebote nie zu verwenden.

Bei der Nutzung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Unter den 18- bis 29-Jährigen nutzen 16 Prozent KI-basierte Informationsangebote häufig und 30 Prozent gelegentlich. Damit verwendet knapp die Hälfte dieser Altersgruppe solche Angebote mindestens gelegentlich. Unter den 30- bis 39-Jährigen beträgt der entsprechende Anteil 34 Prozent.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Nutzung deutlich. Unter den 70- bis 79-Jährigen verwenden 82 Prozent keine KI-basierten Informationsangebote, bei den mindestens 80-Jährigen sind es 89 Prozent. Unter Rentnerinnen und Rentnern bzw. Pensionärinnen und Pensionären liegt der Nichtnutzungsanteil bei 80 Prozent.

Personen in Ausbildung weisen mit 18 Prozent den höchsten Anteil häufiger Nutzung auf. Weitere 28 Prozent dieser Gruppe nutzen KI-Angebote gelegentlich. Auch unter Vollzeitbeschäftigten fällt die Nutzung höher aus als unter Personen im Ruhestand.

Männer verwenden KI-basierte Informationsangebote häufiger als Frauen. 8 Prozent der Männer nutzen sie häufig, während dies bei Frauen nur 5 Prozent sind. Auch bei der gelegentlichen Nutzung liegen Männer mit 22 Prozent vor Frauen (16 Prozent). Frauen geben entsprechend häufiger an, solche Angebote nie zu verwenden (59 Prozent ggü. 51 Prozent der Männer).

Auch nach Bildungsabschluss zeigen sich Unterschiede. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS nutzen 10 Prozent die Angebote häufig und 28 Prozent gelegentlich. Bei Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen betragen die entsprechenden Anteile 11 Prozent und 20 Prozent. Unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss verwenden dagegen 68 Prozent keine KI-basierten Informationsangebote.

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede bei der Nutzung neuer Informationsangebote. Besonders groß fallen diese zwischen den Alters- und Bildungsgruppen aus. Da es sich um eine Querschnittserhebung handelt, lässt sich nicht bestimmen, ob die Unterschiede vor allem auf technische Fähigkeiten, Zugangsmöglichkeiten, berufliche Anforderungen, Informationsbedürfnisse oder andere Faktoren zurückgehen.

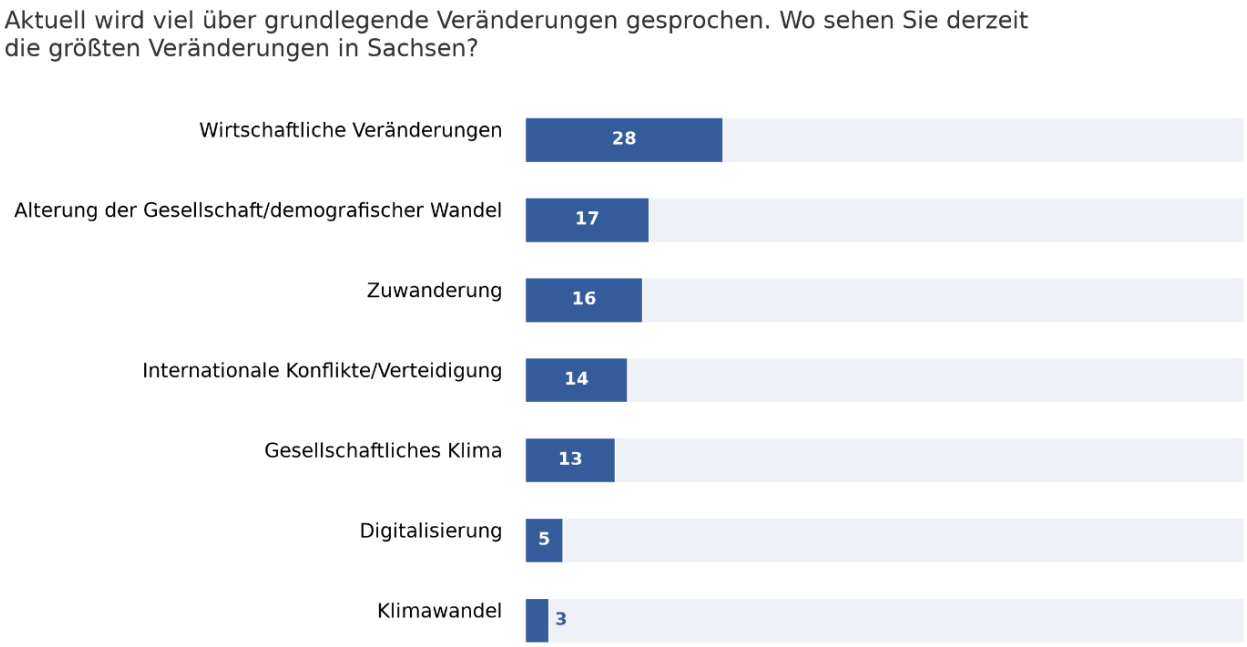
2.8 Zusatzteil: Transformation

Das vom Beirat zum Sachsen-Monitor ausgewählte Sonderthema "Transformation" untersucht, in welchen Bereichen die Bevölkerung die größten Veränderungen wahrnimmt, wie diese Veränderungen persönlich erlebt werden und wie die Befragten ihre eigene Anpassungsfähigkeit einschätzen. Weitere Fragen betreffen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie die künftige internationale Zusammenarbeit und die Verteidigungspolitik.

2.8.1 Wahrgenommene Veränderungsbereiche

Da die Befragten bei den wahrgenommenen Veränderungsbereichen genau einen Bereich auswählen sollten, bildet das Ergebnis ausschließlich den jeweils vorrangig wahrgenommenen Veränderungsbereich ab.

Abbildung 43: Wahrgenommene Bereiche der größten Veränderungen in Sachsen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Es sollte genau ein Bereich genannt werden.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.025. „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“ nicht dargestellt. Sortierung nach dem Anteil 2026.

Die vorrangig wahrgenommenen Veränderungen in Sachsen unterscheiden sich insbesondere nach Alter, Bildung und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Jüngere und höher gebildete Befragte nennen häufiger Digitalisierung und technologische Veränderungen. Ältere Befragte verweisen häufiger auf den demografischen Wandel sowie auf internationale Konflikte und Verteidigungsfragen. Wirtschaftliche Veränderungen werden über die Bevölkerungsgruppen hinweg häufig genannt.

Auch bei der Wahrnehmung von Zuwanderung und Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas bestehen Unterschiede nach dem Bildungsabschluss. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss nennen häufiger Zuwanderung als vorrangigen Veränderungsbereich als Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (23 Prozent ggü. 8 Prozent). Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen verweisen dagegen häufiger auf Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas als Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss (23 Prozent ggü. 7 Prozent). Diese Ergebnisse beschreiben unterschiedliche Wahrnehmungsschwerpunkte und erlauben keine Aussage darüber, wie die jeweiligen Entwicklungen politisch oder gesellschaftlich bewertet werden.

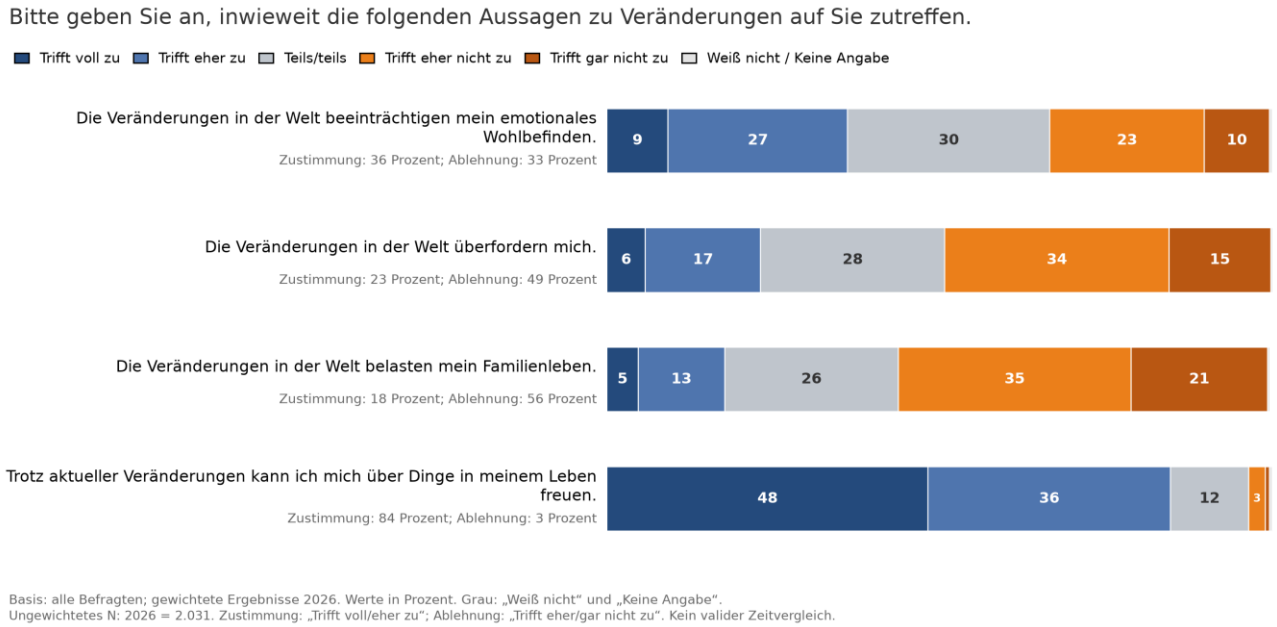
2.8.2 Persönliche Belastung durch Veränderungen

Die gesellschaftlichen und globalen Veränderungen beeinträchtigen das emotionale Wohlbefinden eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Der Aussage *Die Veränderungen in der Welt beeinträchtigen mein emotionales Wohlbefinden* stimmen 36 Prozent voll oder eher zu. 30 Prozent antworten mit „teils/teils“, während 33 Prozent eher oder vollständig widersprechen. Die Antworten verteilen sich damit relativ gleichmäßig auf eine eindeutige Belastung, eine ambivalente Bewertung und eine geringe bzw. fehlende Belastung.

Eine Belastung des Familienlebens wird von einem kleineren Teil der Bevölkerung wahrgenommen. Der Aussage *Die Veränderungen in der Welt belasten mein Familienleben* stimmen 18 Prozent voll oder eher zu. 26 Prozent antworten mit „teils/teils“, während 56 Prozent eher oder vollständig widersprechen.

Trotz der wahrgenommenen Veränderungen bewahrt eine große Mehrheit eine positive Orientierung im persönlichen Alltag. Der Aussage *Trotz aktueller Veränderungen kann ich mich über Dinge in meinem Leben freuen* stimmen 84 Prozent voll oder eher zu. Knapp die Hälfte stimmt vollständig zu. Nur 3 Prozent widersprechen.

Abbildung 44: Persönliche Belastung durch Veränderungen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.031. Zustimmung: „Trifft voll/eher zu“; Ablehnung: „Trifft eher/gar nicht zu“. Kein valider Zeitvergleich.

Die Belastung wird nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen wahrgenommen. Frauen berichten häufiger eine Beeinträchtigung ihres emotionalen Wohlbefindens als Männer (41 Prozent ggü. 31 Prozent). Besonders hoch fällt die Zustimmung in der Unterschicht aus (54 Prozent). In der mittleren und oberen Mittelschicht wird die Aussage dagegen häufiger vollständig abgelehnt als in der Unterschicht (14 Prozent bzw. 13 Prozent ggü. 5 Prozent).

Auch ein Gefühl der Überforderung wird nur von einem Teil der Bevölkerung berichtet. 23 Prozent stimmen der entsprechenden Aussage voll oder eher zu. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss stimmen der Aussage häufiger zu als Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (34 Prozent ggü. 14 Prozent). Besonders deutlich ist der Unterschied nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit: In der Unterschicht stimmen 44 Prozent zu, in der oberen Mittelschicht 18 Prozent.

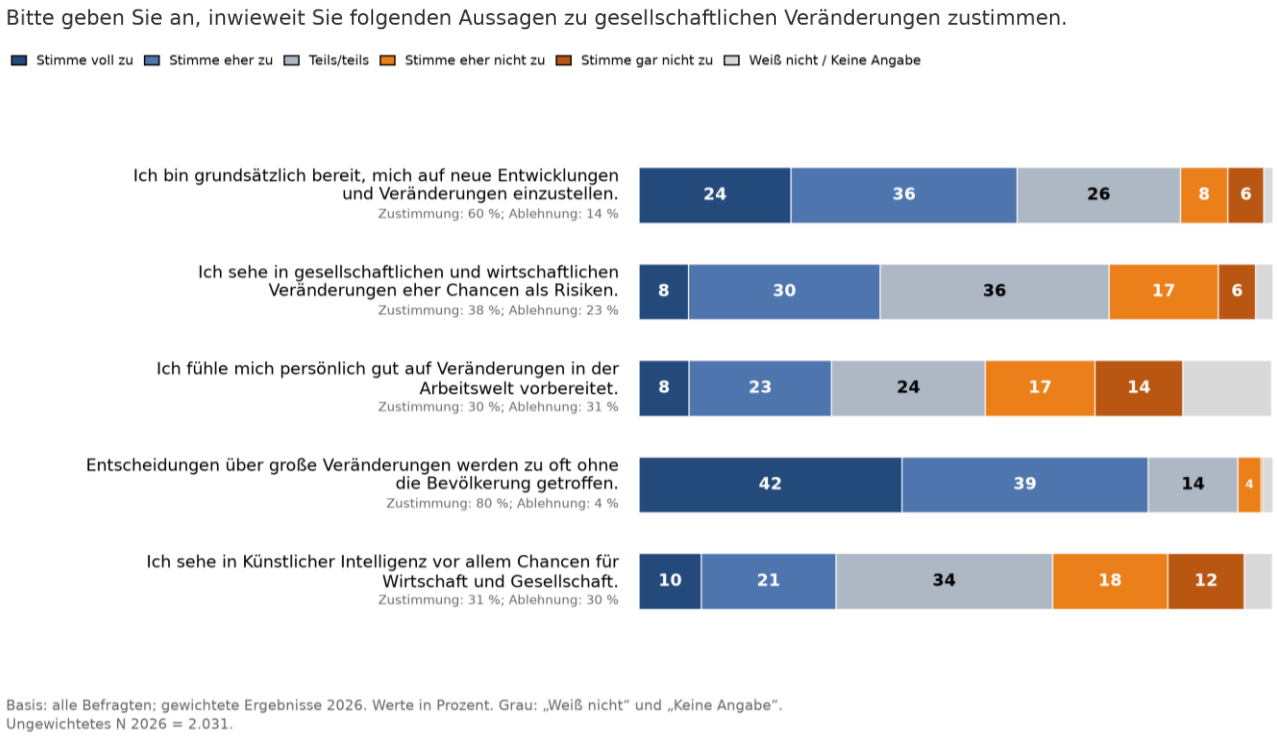
Auch eine Belastung des Familienlebens wird von vorübergehend Arbeitslosen und Befragten aus der Unterschicht häufiger berichtet (33 Prozent bzw. 37 Prozent). Bei der Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Item je nach Lebensform eine unterschiedliche Bedeutung besitzen kann. Die Gruppenunterschiede dürfen daher nicht ausschließlich als Ausdruck unterschiedlicher Belastbarkeit verstanden werden.

Die hohe Zustimmung zur fortbestehenden Lebensfreude zeigt, dass gesellschaftliche Belastungen nicht automatisch mit einer umfassenden Beeinträchtigung des persönlichen Alltags einhergehen. Auch in Gruppen, die häufiger Überforderung oder emotionales Unwohlsein äußern, stimmt eine deutliche Mehrheit der positiven Aussage zu.

2.8.3 Einstellungen und Anpassungsfähigkeit gegenüber Veränderungen

Die Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen fallen ambivalent aus. Eine Mehrheit zeigt sich grundsätzlich bereit, sich auf neue Entwicklungen einzustellen. Deutlich zurückhaltender werden Veränderungen als Chance sowie die eigene Vorbereitung auf Veränderungen in der Arbeitswelt bewertet. Besonders verbreitet ist der Eindruck, dass Entscheidungen über große Veränderungen zu häufig ohne Beteiligung der Bevölkerung getroffen werden. Auch die Chancen Künstlicher Intelligenz für Wirtschaft und Gesellschaft werden unterschiedlich beurteilt.

Abbildung 45: Einstellungen und Anpassungsfähigkeit gegenüber Veränderungen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N 2026 = 2.031.

Die Offenheit gegenüber Veränderungen fällt unter jüngeren und höher gebildeten Befragten stärker aus. Unter den 18- bis 29-Jährigen stimmen 86 Prozent voll oder eher zu, unter den 70- bis 79-Jährigen 33 Prozent. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen beträgt die Zustimmung 87 Prozent, unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss 35 Prozent. Auch nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit bestehen deutliche Unterschiede (obere Mittelschicht: 84 Prozent ggü. Unterschicht: 39 Prozent).

Eine chancenorientierte Sicht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen tritt häufiger unter jüngeren und höher gebildeten Befragten auf. Unter den 18- bis 29-Jährigen stimmen 57 Prozent voll oder eher zu, unter den 60- bis 69-Jährigen 29 Prozent. Unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen beträgt die Zustimmung 58 Prozent, unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss 22 Prozent. Auch nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit zeigen sich deutliche Unterschiede (obere Mittelschicht: 60 Prozent ggü. Unterschicht: 29 Prozent).

Unter Erwerbstätigen und Personen in Ausbildung fällt die Einschätzung der eigenen Vorbereitung auf Veränderungen in der Arbeitswelt positiver aus als unter vorübergehend Arbeitslosen (45 Prozent bzw. 49 Prozent ggü. 12 Prozent Zustimmung). Auch Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen fühlen sich häufiger gut vorbereitet als Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss (49

Prozent ggü. 9 Prozent). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Frage für Personen außerhalb des Erwerbslebens weniger unmittelbar relevant ist.

Die Wahrnehmung einer unzureichenden Beteiligung wird über nahezu alle Bevölkerungsgruppen hinweg mehrheitlich geteilt. Die uneingeschränkte Zustimmung fällt unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss höher aus als unter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (48 Prozent ggü. 32 Prozent). Auch nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit bestehen Unterschiede (Unterschicht: 49 Prozent ggü. obere Mittelschicht: 28 Prozent). Selbst unter höher gebildeten Befragten und in der oberen Mittelschicht bleibt die zusammengefasste Zustimmung jedoch deutlich vorherrschend.

Jüngere Befragte und Personen mit höherem Bildungsabschluss bewerten die Chancen Künstlicher Intelligenz häufiger positiv. Unter den 18- bis 29-Jährigen stimmen 58 Prozent voll oder eher zu, unter den 70- bis 79-Jährigen 18 Prozent. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS und Hochschulabschluss beträgt die Zustimmung jeweils 44 Prozent, unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss 20 Prozent. Männer sehen in Künstlicher Intelligenz ebenfalls häufiger Chancen als Frauen (36 Prozent ggü. 27 Prozent).

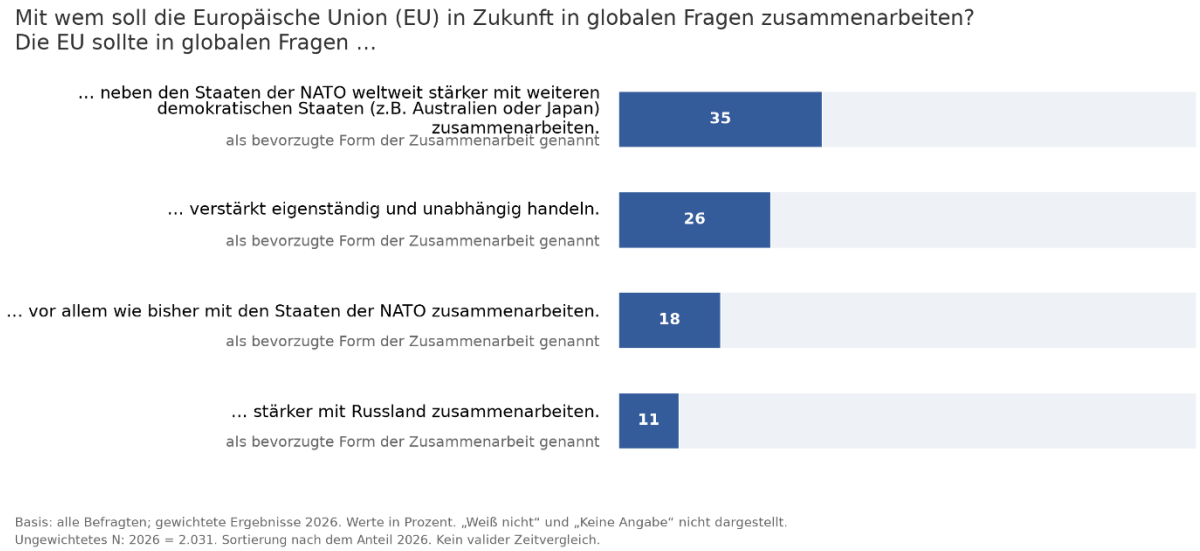
2.8.4 Handlungsfähigkeit und künftige Zusammenarbeit der Europäischen Union

Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union bei der Lösung aktueller europäischer und globaler Fragen wird mehrheitlich zurückhaltend beurteilt. 24 Prozent halten die Aussage, die Europäische Union sei bei der Lösung dieser Fragen handlungsfähig, für voll oder eher zutreffend. 32 Prozent antworten mit „teils/teils“, während 40 Prozent die Aussage für eher nicht oder gar nicht zutreffend halten.

Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen bewerten die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union etwas häufiger positiv als die übrigen Bildungsgruppen (31 Prozent ggü. 21 Prozent bis 26 Prozent). Zwischen den Altersgruppen und Regionen bestehen ebenfalls Unterschiede, jedoch ohne dass sich ein durchgängiges Muster ergibt.

Bei der Frage nach der künftigen internationalen Zusammenarbeit spricht sich die größte Gruppe für eine breitere Kooperation mit demokratischen Partnerstaaten aus. 35 Prozent wünschen, dass die Europäische Union neben den NATO-Staaten weltweit stärker mit weiteren demokratischen Ländern wie Australien oder Japan zusammenarbeitet. 18 Prozent bevorzugen vor allem die weitere Zusammenarbeit mit den Staaten der NATO. 26 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Europäische Union in globalen Fragen stärker eigenständig und unabhängig handelt. 11 Prozent wünschen eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland. 8 Prozent können keine Einschätzung abgeben.

Abbildung 46: Künftige internationale Zusammenarbeit der Europäischen Union



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“ nicht dargestellt.
Ungewichtetes N: 2026 = 2.031. Sortierung nach dem Anteil 2026. Kein valider Zeitvergleich.

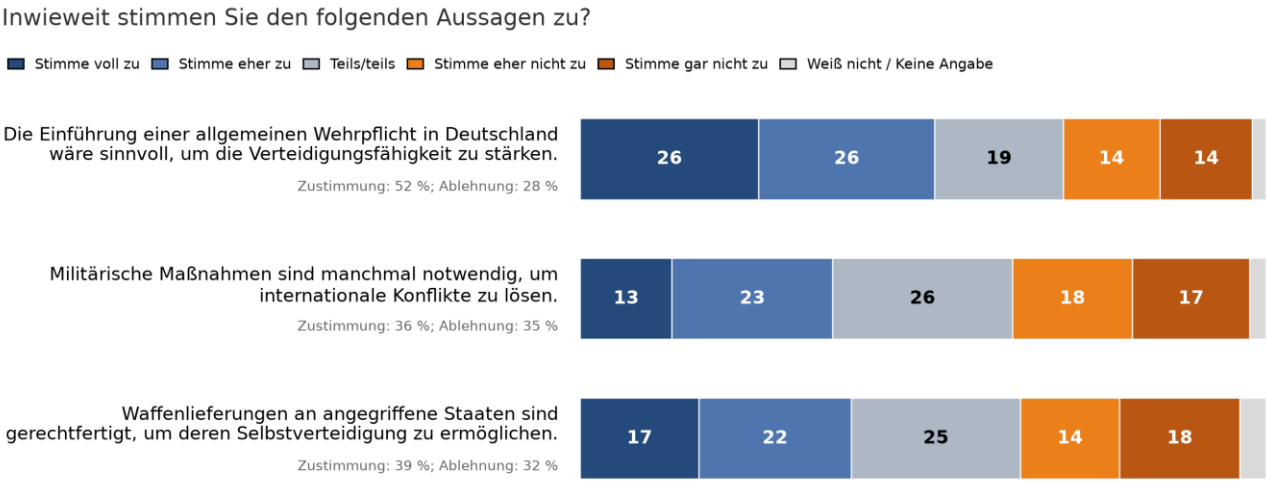
Die Ergebnisse zeigen, dass 53 Prozent eine außenpolitische Strategie befürworten, die auf der Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten beruht. Die stärkste Unterstützung erhält eine erweiterte Zusammenarbeit mit demokratischen Partnerstaaten, gefolgt von einer stärkeren strategischen Eigenständigkeit der Europäischen Union.

Jüngere und höher gebildete Befragte bevorzugen häufiger eine Zusammenarbeit mit einem breiteren Kreis demokratischer Staaten. Unter den 18- bis 29-Jährigen wählen 46 Prozent diese Option, unter den mindestens 80-Jährigen 20 Prozent. Unter Personen mit Abitur bzw. EOS beträgt der Anteil 49 Prozent, unter Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss 23 Prozent. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland wird in der Unterschicht häufiger bevorzugt als in der oberen Mittelschicht (16 Prozent ggü. 7 Prozent).

2.8.5 Wehrpflicht und internationale Sicherheitsfragen

Die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht wird von einer knappen Mehrheit (52 Prozent) unterstützt. Militärische Maßnahmen zur Lösung internationaler Konflikte und Waffenlieferungen an angegriffene Staaten werden dagegen deutlich ambivalenter beurteilt.

Abbildung 47: Wehrpflicht und internationale Sicherheitsfragen



Basis: alle Befragten; gewichtete Ergebnisse 2026. Werte in Prozent. Grau: „Weiß nicht“ und „Keine Angabe“.
Ungewichtetes N 2026 = 2.031.

Ältere Befragte stimmen der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht häufiger zu als jüngere. Unter den 60- bis 69-Jährigen beträgt die Zustimmung 63 Prozent, unter den 18- bis 29-Jährigen 30 Prozent. Auch Männer stimmen häufiger zu als Frauen (59 Prozent ggü. 44 Prozent). Nach Bildungsabschluss zeigt sich dagegen kein durchgängiges Muster.

Männer stimmen der möglichen Notwendigkeit militärischer Maßnahmen häufiger zu als Frauen (49 Prozent ggü. 25 Prozent). Nach Alter und Bildungsabschluss zeigt sich dagegen kein durchgängiges Muster.

Bei der Bewertung von Waffenlieferungen bestehen vor allem Unterschiede nach Geschlecht. Männer stimmen der Aussage häufiger voll oder eher zu als Frauen (50 Prozent ggü. 29 Prozent). Nach Alter, Bildungsabschluss und subjektiver Schichtzugehörigkeit zeigt sich dagegen kein durchgängiges Muster. Die mittlere Antwortkategorie erreicht in vielen Gruppen einen erheblichen Anteil und verweist auf eine verbreitete Ambivalenz.

3 Fazit

Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2026 zeichnen ein vielschichtiges Bild der Einstellungen und Wahrnehmungen der sächsischen Bevölkerung. Viele Befragte beurteilen ihre persönliche Lebenssituation und ihr unmittelbares Wohnumfeld positiv. Zugleich blicken sie deutlich kritischer auf die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung. Ein zentrales Spannungsverhältnis besteht damit zwischen persönlicher Stabilität und gesellschaftlicher Verunsicherung.

Der Blick auf die persönliche Zukunft bleibt überwiegend zuversichtlich. Eine Mehrheit sieht der eigenen Zukunft optimistisch entgegen, und rund zwei Drittel bewerten ihre persönliche wirtschaftliche Situation positiv. Auch das Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten ist weiterhin hoch: Große Mehrheiten sind überzeugt, das eigene Leben selbst beeinflussen und durch eigene Anstrengungen Erfolg erzielen zu können. Die unmittelbare Lebensqualität am Wohnort wird ebenfalls überwiegend positiv bewertet. Die meisten Befragten fühlen sich dort wohl und sicher und halten ihren Wohnort für lebenswert. Gleichzeitig nimmt mehr als ein Viertel den eigenen Wohnort als „abgehängt“ wahr. Zufriedenheit mit

dem gegenwärtigen Lebensumfeld und Zweifel an den langfristigen Entwicklungsperspektiven schließen sich somit nicht aus.

Kritischer fällt der Blick auf Sachsen insgesamt aus. Optimistische und pessimistische Erwartungen an die Zukunft des Freistaates halten sich 2026 die Waage. Gegenüber 2023 hat der Optimismus abgenommen. Besonders verschlechtert hat sich die Bewertung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Sachsens. Während die persönliche wirtschaftliche Situation mehrheitlich positiv eingeschätzt wird, beurteilen fast zwei Drittel die wirtschaftliche Lage des Freistaates als eher oder sehr schlecht. Auch hier zeigt sich die deutliche Differenz zwischen der eigenen Lebenssituation und der Wahrnehmung der allgemeinen Entwicklung.

Die Bewertung der Entwicklung Sachsens seit der Wiedervereinigung bleibt dennoch überwiegend positiv. Eine große Mehrheit ist stolz auf das seit 1990 Erreichte und misst der Erinnerung an die Friedliche Revolution große Bedeutung bei. Zugleich bleiben Wahrnehmungen ostdeutscher Benachteiligung verbreitet. Gut die Hälfte sieht Ostdeutsche weiterhin als Bürger zweiter Klasse, und eine deutliche Mehrheit hält ihre Leistungen beim Aufbau der neuen Bundesländer für nicht ausreichend gewürdigt. Allerdings haben sich einzelne Bewertungen gegenüber 2023 verändert: Die Zustimmung zur Einordnung der DDR als Unrechtsstaat ist gestiegen, während die Wahrnehmung Ostdeutscher als Bürger zweiter Klasse zurückgegangen ist.

Das gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden bleibt kritisch. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass es in Deutschland insgesamt eher ungerecht zugeht. Die persönliche Bilanz fällt positiver aus: Mehr als die Hälfte glaubt, den eigenen gerechten Anteil zu erhalten. Das ist eine Verbesserung im Vergleich zum Jahr 2023. Auch die Gefahr eines persönlichen sozialen Abstiegs wird von der Mehrheit als gering eingeschätzt. Die allgemeinen und persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten beurteilen die Befragten dagegen überwiegend skeptisch.

In den konkreten Lebensumständen erreichen die Wohnsituation, die Freizeit, die Gesundheit und die Sicherheit im unmittelbaren Umfeld hohe Zufriedenheitswerte. Kritischer werden die finanzielle Situation, die soziale Absicherung sowie die haus- und fachärztliche Versorgung bewertet. Die größte Unzufriedenheit betrifft die Lebenshaltungskosten. Drei Viertel sind mit deren Höhe unzufrieden. Gegenüber 2023 haben zudem persönliche und wirtschaftliche Sorgen zugenommen, unter anderem mit Blick auf die eigene Rente, eine mögliche Verschlechterung der persönlichen Lage und den Verlust des Arbeitsplatzes. Internationale Konflikte, soziale Ungleichheit und der Verlust gesellschaftlichen Zusammenhalts gehören ebenfalls zu den wichtigsten Zukunftssorgen.

Die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie ist gegenüber 2023 gestiegen. Eine große Mehrheit hält sie unabhängig von ihrer gegenwärtigen Funktionsweise für eine gute Regierungsform. Deutlich kritischer wird jedoch die demokratische Praxis beurteilt. Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland ist nur eine Minderheit zufrieden. In Bezug auf die Demokratie in Sachsen halten sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit annähernd die Waage. Die Bevölkerung unterscheidet somit deutlich zwischen der Demokratie als politischer Ordnung und ihrer gegenwärtigen Umsetzung.

Die Erwartungen an eine Demokratie reichen über freie Wahlen und Mehrheitsentscheidungen hinaus. Auch rechtsstaatliche Gleichbehandlung, eine frei arbeitende Opposition, Minderheitenschutz, Geschlechtergleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und politische Beteiligung werden von großen Mehrheiten als wichtig angesehen. Zwischen diesen Erwartungen und ihrer wahrgenommenen Verwirklichung bestehen jedoch teilweise erhebliche Unterschiede. Freie und faire Wahlen sowie die freie Kritik durch die Opposition gelten vergleichsweise häufig als umgesetzt. Besonders große Defizite sehen die

Befragten beim Abbau sozialer Ungleichheit, bei der Erklärung politischer Entscheidungen und bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung.

Auch die Wahrnehmung des politischen Betriebs ist von Distanz geprägt. Große Mehrheiten bezweifeln, dass Politikerinnen und Politiker engen Kontakt zur Bevölkerung suchen oder sich ausreichend um das Gemeinwohl kümmern. Ebenso verbreitet ist das Gefühl, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben. Gleichzeitig traut sich eine Mehrheit zu, politische Fragen zu verstehen und einzuschätzen, und eine Mehrheit sieht die Möglichkeit zur freien politischen Meinungsäußerung gewährleistet. Politische Urteilskompetenz und die Anerkennung der Meinungsfreiheit bestehen damit neben einem verbreiteten Gefühl geringer politischer Wirksamkeit.

Die politische Beteiligungsbereitschaft konzentriert sich auf Wahlen, Volksentscheide, Unterschriftensammlungen und andere niedrigschwellige Formen. Die Mitarbeit in Parteien, eine Kandidatur für ein politisches Amt und konfliktorientierte Beteiligungsformen kommen für deutlich weniger Menschen infrage. Direktdemokratische Verfahren genießen breite Unterstützung. Zugleich stimmt ein erheblicher Teil der Forderung zu, Mehrheitsentscheidungen unabhängig von Gerichten, Parlamenten oder dem Grundgesetz umzusetzen. Darin zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach unmittelbarer Mehrheitsentscheidung und den rechtsstaatlichen Begrenzungen demokratischer Politik.

Das Vertrauen in Institutionen ist stark abgestuft. Wissenschaft, Polizei und Gerichte genießen vergleichsweise großes Vertrauen. Deutlich geringer fällt es gegenüber bundespolitischen Institutionen, Medien, europäischen Einrichtungen und politischen Parteien aus. Kommunale und unmittelbar erfahrbare Institutionen werden positiver bewertet als weiter entfernte politische Einrichtungen. Zugleich verbinden sich die breite Unterstützung demokratischer Wahlen und die Ablehnung politischer Gewalt mit einer weiterhin erheblichen Zustimmung zu einzelnen autoritären und stark ordnungspolitischen Forderungen.

Auch bei den Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen ergibt sich kein einheitlicher Entwicklungstrend. Einzelne abwertende oder ausgrenzende Positionen finden weniger Zustimmung als 2023. Andere Vorbehalte bleiben jedoch weit verbreitet oder haben zugenommen. Die Ergebnisse lassen sich daher weder als allgemeiner Rückgang noch als durchgängige Zunahme von Ressentiments zusammenfassen. Vielmehr unterscheiden sich die Entwicklungen erheblich zwischen den einzelnen Einstellungsdimensionen.

Der neue Themenschwerpunkt „Transformation“ zeigt, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zugleich als Belastung und als Entwicklungsmöglichkeit wahrgenommen werden. Im Vordergrund stehen wirtschaftliche Veränderungen, der demografische Wandel, Zuwanderung, internationale Konflikte und Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas. Ein relevanter Teil der Bevölkerung fühlt sich durch diese Entwicklungen emotional beeinträchtigt oder überfordert. Gleichzeitig bleibt die persönliche Lebensfreude bei einer großen Mehrheit erhalten.

Die grundsätzliche Bereitschaft, sich auf neue Entwicklungen einzustellen, ist breit ausgeprägt. Deutlich weniger Befragte betrachten den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel jedoch als Chance oder fühlen sich persönlich gut auf Veränderungen in der Arbeitswelt vorbereitet. Künstliche Intelligenz wird uneinheitlich beurteilt, wobei ein großer Teil eine abwägende Position einnimmt. Jüngere, höher gebildete und bereits mit entsprechenden Angeboten vertraute Befragte erkennen häufiger Chancen. Besonders verbreitet ist der Eindruck, dass über große Veränderungen zu häufig ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung entschieden werde.

Über nahezu alle Themenbereiche hinweg zeigt sich ein ausgeprägtes soziales Gefälle. Personen mit höherem Bildungsabschluss und Befragte aus der mittleren oder oberen Mittelschicht beurteilen ihre wirtschaftliche Lage und ihre Zukunftsperspektiven häufiger positiv. Sie sehen bessere Aufstiegsmöglichkeiten, fühlen sich politisch kompetenter, vertrauen demokratischen Institutionen stärker und fühlen sich besser auf Veränderungen vorbereitet. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss, vorübergehend Arbeitslose und Befragte aus unteren sozialen Lagen äußern dagegen häufiger wirtschaftliche und soziale Unsicherheit, politische Einflusslosigkeit und geringes institutionelles Vertrauen.

Diese Unterschiede dürfen nicht als einfache Ursache-Wirkungs-Beziehungen verstanden werden. Bildung, Erwerbssituation, Einkommen, Alter und subjektive soziale Lage hängen eng miteinander zusammen. Die Ergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verunsicherung sozial ungleich verteilt ist. Die Spannungen, die der Sachsen-Monitor sichtbar macht, betreffen daher nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise und Intensität.

Insgesamt zeigt der Sachsen-Monitor 2026 eine Bevölkerung, die ihr persönliches und lokales Lebensumfeld vielfach positiv beurteilt, zugleich aber mit erheblicher Skepsis auf die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung blickt. Die Demokratie bleibt als Regierungsform breit unterstützt. Kritik richtet sich vor allem auf ihre praktische Funktionsweise, die wahrgenommene politische Repräsentation, soziale Gerechtigkeit und die Beteiligung der Bevölkerung.

Das Gesamtbild ist damit weder einheitlich negativ noch uneingeschränkt positiv. Es ist geprägt von persönlicher Stabilität bei gesellschaftlicher Verunsicherung, demokratischer Grundüberzeugung bei politischer Distanz sowie grundsätzlicher Veränderungsbereitschaft bei gleichzeitigem Zweifel an der eigenen Vorbereitung und der Einbindung der Bevölkerung. Diese Spannungsverhältnisse bilden den zentralen Befund des Sachsen-Monitors 2026.

4 Technischer Bericht (Methodenbericht)

Der technische Bericht dokumentiert die methodischen Grundlagen des Sachsen-Monitors 2026. Er beschreibt die Grundgesamtheit, den Aufbau und die Ziehung der Stichprobe, die praktische Durchführung der Feldarbeit sowie die Prüfung, Aufbereitung und Gewichtung der erhobenen Daten.

Die Befragung basiert auf einem mehrstufigen, räumlich geschichteten Flächendesign. Das Stichprobenverfahren wurde mit dem Ziel entwickelt, eine breite regionale Abdeckung des Freistaates und belastbare Aussagen über die erwachsene Bevölkerung Sachsens zu ermöglichen. Insgesamt wurden 2.031 computergestützte persönliche Interviews (CAPI) realisiert.

Bei der Einordnung der Ergebnisse ist zwischen dem statistisch konstruierten Auswahlrahmen und seiner praktischen Umsetzung im Feld zu unterscheiden. Die Auswahl der Samplepoints und Startadressen erfolgte zufallsbasiert. Die anschließende Haushaltsauswahl orientierte sich an einem Random-Route-Verfahren, die Auswahl der Zielperson innerhalb des Haushalts am Last-Birthday-Verfahren. Bei geringer Antreffbarkeit waren in einzelnen Fällen begrenzte Anpassungen der vorgesehenen Schrittfolge und der Zielpersonenauswahl erforderlich, um die Datenerhebung in den ausgewählten Gebieten fortführen zu können. Die Gewichtung gleicht die realisierte Stichprobe an zentrale amtliche Strukturmerkmale an.

4.1 Stichprobenziehung

4.1.1 Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit des Sachsen-Monitors 2026 umfasst alle Personen ab 18 Jahren, die während des Befragungszeitraums in Privathaushalten im Freistaat Sachsen lebten. Personen in Gemeinschaftsunterkünften und institutionellen Einrichtungen gehören nicht zur Grundgesamtheit.

Angestrebt waren rund 2.000 Interviews. Mit insgesamt 2.031 abgeschlossenen Interviews wurde dieses Ziel erreicht.

Die Stichprobenziehung erfolgte in mehreren Stufen:

1. Aufbau eines flächendeckenden geografischen Auswahlrahmens für Sachsen
2. Bildung kleinräumiger Auswahlgebiete, sogenannter Samplepoints
3. Schichtung und Auswahl von 280 Samplepoints
4. Ziehung einer Startadresse innerhalb jedes ausgewählten Samplepoints
5. Auswahl der Befragungshaushalte im Umfeld der Startadresse
6. Auswahl einer Zielperson innerhalb des Haushalts

4.1.2 Aufbau des geografischen Auswahlrahmens

Für die Stichprobenziehung wurde ein geografischer Auswahlrahmen aufgebaut, der das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen abdeckt. In den Auswahlrahmen gingen folgende Datengrundlagen ein:

- amtliche Verwaltungsgrenzen des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie,
- die zehnstufige BIK-Gemeindetypologie zur Beschreibung des Verstädterungsgrades,
- Straßendaten aus OpenStreetMap bzw. Geofabrik,
- Bevölkerungsdaten des Zensus 2022 auf Ebene eines Ein-Kilometer-Rasters.

Die Gemeinden wurden anhand ihrer amtlichen Gemeindeschlüssel den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zugeordnet. Die räumlichen Datengrundlagen wurden in das einheitliche Koordinatenreferenzsystem ETRS89/UTM Zone 33N überführt und vor der weiteren Verarbeitung auf geometrische Konsistenz geprüft.

Zur Beschreibung des Verstädterungsgrades wurde die zehnstufige BIK-Klassifikation verwendet. Sie unterscheidet Gemeinden bzw. Gemeindeteile nach Größenklasse und funktionaler Einbindung in Stadtregionen.

4.1.3 Bildung der Samplepoints

Der Freistaat Sachsen wurde für die Stichprobenziehung in insgesamt 2.794 kleinräumige Auswahlgebiete unterteilt. Diese Samplepoints wurden GIS-basiert aus den Gemeindegrenzen und dem Straßennetz konstruiert.

Innerhalb der Gemeinden wurden zunächst Flächen gebildet, die möglichst durch Straßen und Gemeindegrenzen abgegrenzt waren. Benachbarte Flächen wurden anschließend schrittweise zu größeren, räumlich zusammenhängenden Samplepoints zusammengeführt. Sehr kleine Flächen wurden mit angrenzenden Gebieten vereinigt. Für Chemnitz, Dresden und Leipzig konnten ergänzend geeignete statistische Gebietseinheiten berücksichtigt werden.

Die angestrebte Zahl von rund 2.800 Samplepoints wurde zunächst proportional zur Fläche auf die Gemeinden verteilt. Für jede Gemeinde wurde mindestens ein Samplepoint vorgesehen. Nach der geometrischen Konstruktion und Bereinigung umfasste der Auswahlrahmen 2.794 Samplepoints.

Die anfänglich flächenbezogene Konstruktion diente der Bildung eines vollständigen und operativ nutzbaren geografischen Rahmens. Für die spätere Stichprobenziehung wurde dagegen die dem jeweiligen Samplepoint zugeordnete Bevölkerungszahl als Größenmaß verwendet.

Hierzu wurden die Bevölkerungsdaten des Zensus 2022 auf Ebene eines Ein-Kilometer-Rasters räumlich den Samplepoints zugeordnet. Die Bevölkerungswerte der innerhalb eines Samplepoints liegenden Rasterzellen wurden aggregiert. Anschließend wurden die so ermittelte Gesamtbevölkerung des Auswahlrahmens und ihre Verteilung nach BIK-Typen mit amtlichen Eckwerten abgeglichen.

4.1.4 Schichtung des Auswahlrahmens

Der Auswahlrahmen wurde nach den 13 sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie nach dem zehnstufigen BIK-Gemeindetyp geschichtet. Eine Schicht bestand somit aus der Kombination eines Landkreises bzw. einer kreisfreien Stadt mit einem dort vorkommenden BIK-Typ.

Da nicht jede theoretisch mögliche Kombination im Freistaat tatsächlich vorkommt, war nur ein Teil der rechnerisch möglichen 130 Schichten besetzt. Die 280 ausgewählten Samplepoints verteilten sich auf 46 Schichten.

Die Schichtung berücksichtigt sowohl die administrative Gliederung Sachsens als auch Unterschiede im Verstädterungsgrad. Damit wurden zentrale regionale Strukturmerkmale bereits im ursprünglichen Stichprobendesign verankert.

4.1.5 Auswahl der Samplepoints

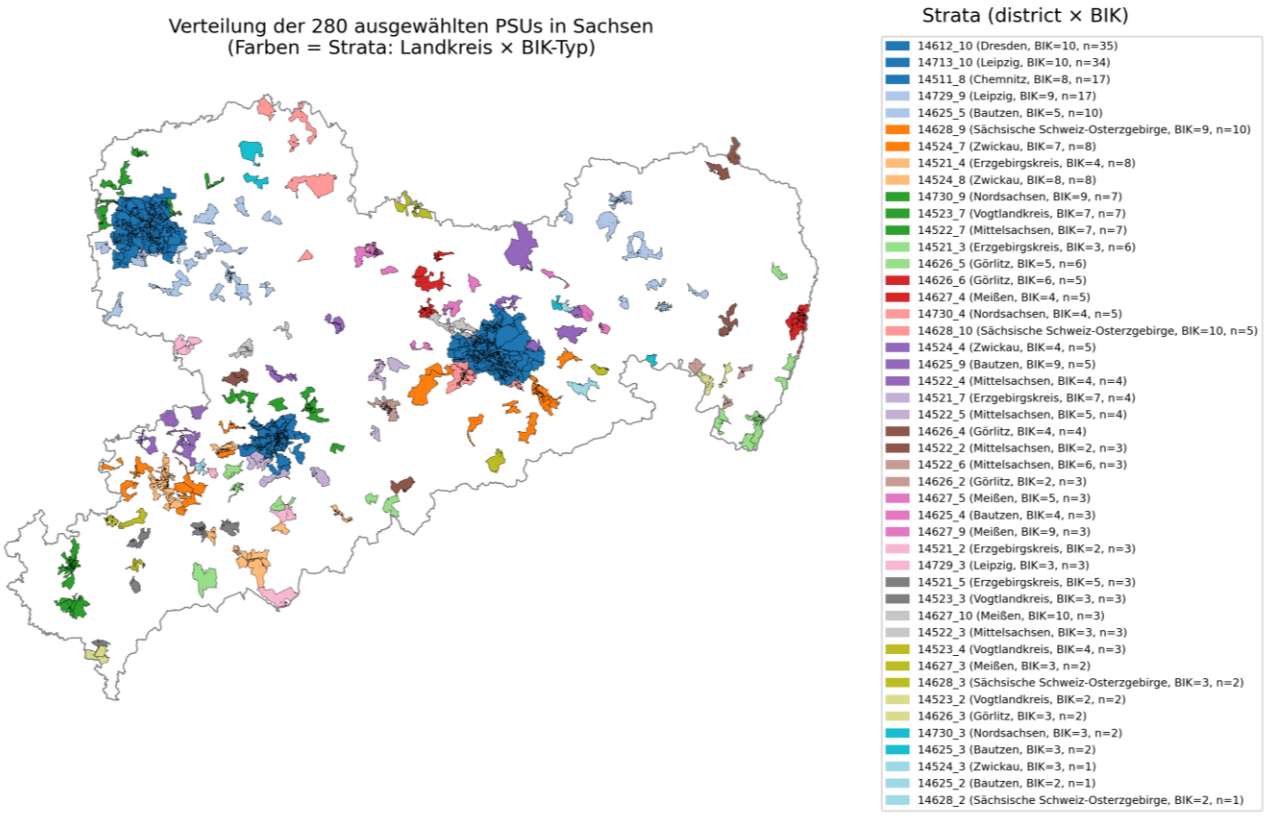
Aus den 2.794 Gebieten des Auswahlrahmens wurden 280 Samplepoints für die Feldarbeit ausgewählt. Die Allokation erfolgte in zwei Schritten.

Zunächst wurde die Zahl der zu ziehenden Samplepoints proportional zur Bevölkerung auf die 13 Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Jeder Kreis bzw. jede kreisfreie Stadt erhielt mindestens einen Samplepoint.

Im zweiten Schritt wurden die einem Kreis zugewiesenen Samplepoints proportional zur Bevölkerungsgröße auf die dort vorhandenen BIK-Schichten verteilt. Bei der Allokation wurde berücksichtigt, dass

innerhalb einer Schicht nicht mehr Samplepoints gezogen werden konnten, als im Auswahlrahmen vorhanden waren.

Abbildung 48: Verteilung ausgewählter PSUs in Sachsen



Die Auswahl innerhalb der Schichten erfolgte ohne Zurücklegen und mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur jeweiligen Bevölkerungsgröße. Bevölkerungsreichere Samplepoints hatten damit eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit. Durch die Ziehung ohne Zurücklegen konnte ein Samplepoint nicht mehrfach in die Stichprobe aufgenommen werden.

Für jeden ausgewählten Samplepoint wurden insbesondere folgende Merkmale dokumentiert:

- Samplepoint-ID,
- Gemeinde,
- Landkreis bzw. kreisfreie Stadt,
- BIK-Gemeindetyp,
- Bevölkerungsgröße,
- Schichtzugehörigkeit,
- approximierte Inklusionswahrscheinlichkeit der ersten Auswahlstufe,
- daraus abgeleitetes erstes Designgewicht.

Die Inklusionswahrscheinlichkeit und das daraus abgeleitete erste Designgewicht wurden im Rahmen der Samplepoint-Auswahl berechnet und in den Auswahlunterlagen dokumentiert.

Die 280 ausgewählten Samplepoints verteilten sich auf 147 der insgesamt 418 sächsischen Gemeinden. Die tatsächliche Realisierung und räumliche Verteilung der Interviews werden in Abschnitt 4.3 dokumentiert.

4.1.6 Auswahl der Startadressen

Für die operative Durchführung der Feldarbeit wurde innerhalb jedes ausgewählten Samplepoints eine Startadresse bestimmt. Als Adressrahmen diente eine Datei von infas 360, die den Samplepoints zugeordnete Adressen und Informationen zur Zahl der dort vermuteten Privathaushalte enthielt.

In die Auswahl wurden ausschließlich Adressen einbezogen, für die mindestens ein Privathaushalt ausgewiesen war. Adressen ohne Privathaushalt oder mit unbekanntem Haushaltsstatus wurden ausgeschlossen.

Innerhalb jedes Samplepoints wurde aus den im Adressrahmen enthaltenen Datensätzen mit mindestens einem ausgewiesenen Privathaushalt zufällig ein Datensatz als Startadresse ausgewählt. Die Auswahl erfolgte gleichwahrscheinlich unter den einbezogenen Datensätzen des jeweiligen Samplepoints. Für den eingesetzten Zufallszahlengenerator wurde ein fester Startwert verwendet. Bei identischen Eingabedaten ist die Auswahl dadurch reproduzierbar.

Die ausgewählten Adressen wurden anschließend mit den Merkmalen des jeweiligen Samplepoints verknüpft und als Grundlage für die Feldarbeit bereitgestellt.

4.1.7 Auswahl der Haushalte und Zielpersonen

Von den ausgewählten Startadressen aus orientierte sich die Haushaltsauswahl an einem Random-Route-Verfahren. Als Auswahlintervall war grundsätzlich jeder fünfte Haushalt vorgesehen. In Mehrfamilienhäusern sollte die Auswahl ebenfalls nach einer systematischen Schrittfolge erfolgen. Pro Gebäude durften höchstens zwei Interviews realisiert werden.

Bei geringer Antreffbarkeit oder anderen praktischen Schwierigkeiten konnten die Interviewerinnen und Interviewer die Schrittfolge innerhalb des vorgegebenen räumlichen Umfelds anpassen, um die Bearbeitung des Samplepoints fortzuführen. Die Begrenzung auf höchstens zwei Interviews pro Gebäude blieb dabei bestehen.

Für die Auswahl einer Person innerhalb des Haushalts war das Last-Birthday-Verfahren vorgesehen. Nach der Felddokumentation wurde die Zielperson in der praktischen Durchführung teilweise unter den zum Kontaktzeitpunkt anwesenden auswahlfähigen Haushaltsmitgliedern bestimmt. Dieses Vorgehen ermöglichte es, vorhandene Interviewmöglichkeiten vor Ort zu nutzen. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die individuelle Auswahlwahrscheinlichkeit dadurch in diesen Fällen vom ursprünglich vorgesehenen Verfahren abweichen konnte.

4.2 Feldarbeit und Interviewereinsatz

4.2.1 Interviewereinsatz

Für die Durchführung der CAPI-Interviews kamen insgesamt 86 Interviewerinnen und Interviewer zum Einsatz. Das Team der Interviewenden war hinsichtlich des Alters sowie der schulischen und beruflichen Qualifikation heterogen zusammengesetzt. Durch diese breite Zusammensetzung konzentrierte sich die Befragung nicht auf Interviewende mit einem einzelnen soziodemografischen Profil. Mögliche Intervieweffekte können dadurch jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Tabelle 1: Soziodemographische Zusammensetzung der Interviewenden

Soziodemographisches Merkmal	Anzahl	Anteil
Geschlecht		
Weiblich	50	58,1%
Männlich	36	41,9%
Gesamt	**86**	**100,0%**
Höchster Schulabschluss		
Abitur	39	45,3%
Realschulabschluss / mittlere Reife / POS 10. Klasse	36	41,9%
Fachhochschulreife	7	8,1%
Haupt- / Volksschulabschluss	3	3,5%
Sonstiger Schulabschluss	1	1,2%
Gesamt	**86**	**100,0%**
Höchster beruflicher Abschluss		
Beruflich-betriebliche Berufsausbildung	32	37,2%
Hochschulabschluss	22	25,6%
Fachhochschulabschluss	9	10,5%
Beruflich-schulische Berufsausbildung	7	8,1%
Fachabschluss / Meister / Berufs- oder Fachakademie	6	7,0%
Sonstiger Ausbildungsabschluss	5	5,8%
Kein beruflicher Abschluss	3	3,5%
Noch in Ausbildung	2	2,3%
Gesamt	**86**	**100,0%**

4.2.2 Durchführung der Interviews

Die Feldarbeit fand vom 14. März 2026 bis zum 14. Juni 2026 statt. Die Erhebung wurde als computergestützte persönliche Befragung durchgeführt. Den Interviewenden standen der programmierte Fragebogen, die Auswahl- und Begehungsunterlagen sowie die für die Bearbeitung der Samplepoints erforderlichen Feldinformationen zur Verfügung.

Der programmierte Fragebogen unterstützte eine standardisierte Durchführung der Interviews. Filterführungen, Antwortvorgaben und zulässige Wertebereiche waren im Befragungsinstrument hinterlegt. Dadurch konnten unzulässige Eingaben und fehlerhafte Fragesprünge bereits während des Interviews weitgehend vermieden werden.

Die Interviewdauer betrug im Mittel 53,9 Minuten und im Median 49,7 Minuten. Die kürzeste akzeptierte Interviewdauer lag bei 30,3 Minuten, die längste bei 169,2 Minuten. Interviews mit einer Dauer von weniger als 30 Minuten wurden im Rahmen der Qualitätssicherung nicht akzeptiert.

4.2.3 Feldsteuerung und Qualitätssicherung

Die Feldarbeit wurde anhand des Bearbeitungsstands der Samplepoints, der Zahl und Dauer der realisierten Interviews sowie der Vollständigkeit der übermittelten Datensätze begleitet. Auffällige Interviewdauern, Antwortmuster und technische Inkonsistenzen wurden im Rahmen der Qualitätssicherung gesondert geprüft.

Zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Durchführung wurde eine Zufallsstichprobe von mindestens 10 Prozent der realisierten Interviews nachkontrolliert. Die ausgewählten Befragten wurden erneut kontaktiert

und gebeten, ausgewählte Angaben zum Zustandekommen und Ablauf des Interviews zu bestätigen. Die beim Interview eingeholte Einwilligung umfasste auch diese erneute Kontaktaufnahme.

Die Nachkontrollen und die datenbasierten Prüfungen dienten insbesondere dazu, die tatsächliche Durchführung der Interviews zu bestätigen und mögliche Auffälligkeiten auf Ebene einzelner Interviews oder Interviewender zu identifizieren.

4.3 Realisierung und räumliche Verteilung der Interviews

Insgesamt wurden 2.031 Interviews realisiert. Die Interviews lassen sich 279 der 280 für die Feldarbeit ausgewählten Samplepoints zuordnen. In einem Samplepoint konnten keine Interviews abgeschlossen werden. Die dort vorgesehene Zahl an Interviews wurde auf andere bereits ausgewählte Samplepoints verteilt. Dadurch wich die realisierte Zahl der Interviews je Samplepoint geringfügig von der ursprünglich vorgesehenen Allokation ab.

Im Durchschnitt wurden je realisiertem Samplepoint 7,3 Interviews (Median: 7 Interviews) durchgeführt. Die Zahl variierte zwischen zwei und zehn Interviews je Samplepoint.

Tabelle 2: Kennwerte zur Realisierung der Interviews

Kennwert	Wert
Ausgewählte Samplepoints	280
Samplepoints mit mindestens einem Interview	279
Abgedeckte Landkreise und kreisfreie Städte	13
Realisierte Interviews	2.031
Interviews je Samplepoint, Mittelwert	7,3
Interviews je Samplepoint, Median	7
Interviews je Samplepoint, Minimum	2
Interviews je Samplepoint, Maximum	10

Die Interviews verteilen sich auf alle 13 sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte. Die höchsten Fallzahlen entfallen auf die kreisfreien Städte Leipzig mit 249 und Dresden mit 247 Interviews. In den übrigen Landkreisen und kreisfreien Städten wurden jeweils zwischen 104 und 176 Interviews durchgeführt. Damit sind alle administrativen Regionen Sachsens in der realisierten Stichprobe vertreten.

Die regionale Verteilung der realisierten Interviews liegt sehr eng bei der geplanten Allokation. Die regionalen Anteile weichen nur geringfügig von der Planung ab. Die größte Differenz zeigt sich in Dresden, wo der realisierte Anteil 0,4 Prozentpunkte unter dem geplanten Anteil liegt. In allen anderen Landkreisen und kreisfreien Städten betragen die Abweichungen höchstens 0,2 Prozentpunkte.

Tabelle 3: Geplante und realisierte Interviews nach Landkreis bzw. kreisfreier Stadt

Landkreis / kreisfreie Stadt	Fallzahl (abs.)		Abweichung (abs.)	Anteil (%)		Abweichung in Prozentpunkten
	geplant	realisiert		geplant	realisiert	
Bautzen	150	156	6	7,5	7,7	0,2
Chemnitz, Stadt	121	122	1	6,0	6,0	0
Dresden, Stadt	251	247	-4	12,6	12,2	-0,4
Erzgebirgskreis	172	176	4	8,6	8,7	0,1
Görlitz	143	144	1	7,2	7,1	-0,1
Leipzig, Stadt	244	249	5	12,2	12,3	0,1
Leipzig	142	142	0	7,1	7,0	-0,1
Meißen	114	114	0	5,7	5,6	-0,1
Mittelsachsen	171	172	1	8,6	8,5	-0,1
Nordsachsen	100	104	4	5,0	5,1	0,1
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	128	134	6	6,4	6,6	0,2
Vogtlandkreis	107	112	5	5,4	5,5	0,1
Zwickau	157	159	2	7,9	7,8	-0,1
Gesamt	**2.000**	**2.031**	**31**	**100,0**	**100,0**	

Neben der regionalen Abdeckung umfasst die realisierte Stichprobe unterschiedliche Gemeindegrößen und siedlungsstrukturelle Kontexte. Rund 27 Prozent der Interviews wurden in den Kernbereichen von Stadtregionen mit mindestens 500.000 Einwohnern durchgeführt, weitere 15 Prozent in deren Umland. Zugleich stammen rund 14 Prozent der Interviews aus Gemeinden bzw. Stadtregionen mit weniger als 20.000 Einwohnern. Damit sind sowohl großstädtische als auch klein- und mittelstädtische sowie ländlich geprägte Lebensräume in der Stichprobe vertreten.

Tabelle 4: Realisierte Interviews nach Gemeindegröße und siedlungsstruktureller Einordnung

Gemeindegröße und Lage in der Stadtregion	Ungewichtete Fallzahl	Anteil
2.000 bis unter 5.000 Einwohner	91	4,5%
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	189	9,3%
20.000 bis unter 50.000 Einwohner	277	13,6%
50.000 bis unter 100.000 Einwohner, Umlandbereich	193	9,5%
50.000 bis unter 100.000 Einwohner, Kernbereich	54	2,7%
100.000 bis unter 500.000 Einwohner, Umlandbereich	192	9,5%
100.000 bis unter 500.000 Einwohner, Kernbereich	180	8,9%
Stadtregionen ab 500.000 Einwohnern, Umlandbereich	302	14,9%
Stadtregionen ab 500.000 Einwohnern, Kernbereich	553	27,2%
Gesamt	**2.031**	**100,0%**

4.4 Datenprüfung und Aufbereitung

4.4.1 Technische und inhaltliche Datenprüfung

Vor der Auswertung wurden die erhobenen Daten auf technische Konsistenz, Vollständigkeit und inhaltliche Plausibilität geprüft.

Die Datenprüfung umfasste insbesondere:

- Kontrolle der Filterführungen,
- Prüfung zulässiger Wertebereiche,
- Kontrolle fehlender Angaben,
- Prüfung der Zuordnung von Fragen, Items und Antwortkategorien,
- Kontrolle der Interviewdauer,
- Prüfung auffälliger Antwortmuster,
- Abgleich der realisierten Fallzahlen mit der Felddokumentation,
- Prüfung der für die Gewichtung benötigten Merkmale.

Aus der Feldarbeit oder Datenprüfung resultierende Korrekturen wurden vor der Erstellung des finalen Auswertungsdatensatzes dokumentiert und umgesetzt.

4.4.2 Codierung offener Angaben

Offene Angaben wurden anhand eigens entwickelter Kategoriensysteme nachträglich codiert. Dies betrifft insbesondere:

- die Begründungen für die persönliche Einschätzung des gerechten Anteils,
- das gegenwärtig wichtigste Problem Sachsens,
- die gegenwärtig größte Chance Sachsens,
- die hauptsächlich genutzten konkreten Informationsquellen,
- sonstige offene Angaben, die für die Berichterstattung thematisch zusammengefasst wurden.

Enthielt eine Antwort mehrere inhaltlich unterscheidbare Aspekte, waren Mehrfachcodierungen möglich. Die Person wurde in diesen Fällen mehreren Kategorien zugeordnet. Die Prozentwerte können sich bei solchen Auswertungen deshalb auf mehr als 100 Prozent summieren.

Die ausgewiesenen Kategorien wurden vor der Berichterstattung auf inhaltliche Trennschärfe, Fallzahl und Interpretierbarkeit geprüft. Sonstige, nicht eindeutig zuordenbare und fehlende Angaben werden nur ausgewiesen, wenn dies für die Interpretation erforderlich ist.

4.5 Gewichtung

4.5.1 Ziel und Aufbau der Gewichtung

Im Ergebnisbericht werden grundsätzlich gewichtete Prozentwerte ausgewiesen. Die Gewichtung verfolgt zwei Ziele:

1. den Ausgleich unterschiedlicher Auswahlwahrscheinlichkeiten innerhalb der Haushalte,
2. die Anpassung der realisierten Stichprobe an zentrale amtliche Strukturmerkmale der erwachsenen Bevölkerung Sachsens.

In einem ersten Schritt wurde das Ausgangsgewicht von der Haushalts- auf die Personenebene transformiert. Diese Haushaltstransformation berücksichtigt, dass sich die Auswahlwahrscheinlichkeit einer einzelnen Zielperson nach der Zahl der auswahlfähigen Personen im Haushalt unterscheidet. Wird je

Haushalt eine Person ausgewählt, hat eine Person aus einem Haushalt mit mehreren Erwachsenen eine geringere persönliche Auswahlwahrscheinlichkeit als eine Person aus einem Einpersonenhaushalt.

Auf Grundlage des so gebildeten Ausgangsgewichts wurden die Gewichte anschließend mithilfe des Iterative Proportional Fitting, kurz IPF, kalibriert. Bei diesem Verfahren werden die Gewichte schrittweise angepasst, bis die gewichtete Stichprobe für alle berücksichtigten Merkmale hinreichend mit den vorgegebenen Sollverteilungen übereinstimmt.

Bei der Berechnung des bereitgestellten Personengewichts wurde von einer näherungsweise selbstgewichtenden Stichprobe ausgegangen. Die bei der Samplepoint-Auswahl berechneten ersten Designgewichte wurden deshalb nicht zusätzlich berücksichtigt. Das Personengewicht umfasst die Transformation von der Haushalts- auf die Personenebene und die anschließende Kalibrierung der realisierten Stichprobe an amtliche Randverteilungen.

4.5.2 Kalibrierungsmerkmale

Die IPF-Kalibrierung berücksichtigte folgende Merkmale:

- Kombination aus Geschlecht und Altersgruppe,
- Haushaltsgröße,
- höchster allgemeinbildender Schulabschluss,
- Erwerbsstatus,
- Landkreis bzw. kreisfreie Stadt,
- Gemeindegröße nach der BIK-Klassifikation.

Für die gemeinsame Kalibrierung von Geschlecht und Alter wurden sechs Altersgruppen unterschieden:

- 18 bis 24 Jahre,
- 25 bis 34 Jahre,
- 35 bis 44 Jahre,
- 45 bis 54 Jahre,
- 55 bis 64 Jahre,
- 65 Jahre und älter.

Diese Gewichtungsklassen unterscheiden sich von den sieben Altersgruppen, die teilweise für Ergebnisdarstellungen verwendet werden. Die Altersgruppen in den Diagrammen dienen der verständlichen Berichterstattung und sind nicht mit den Kalibrierungsklassen gleichzusetzen.

Bei der Haushaltsgröße wurden folgende Gruppen unterschieden:

- eine Person,
- zwei Personen,
- drei Personen,
- vier Personen,
- fünf Personen und mehr.

Für den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss wurden drei Kategorien verwendet:

- Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss,
- Realschulabschluss bzw. mittlere Reife sowie noch zur Schule gehende Personen,
- Abitur bzw. Fachhochschulreife.

Für die Erwerbssituation wurden vier zusammengefasste Gruppen gebildet:

- Vollzeiterwerbstätige,
- Teilzeiterwerbstätige bzw. geringfügig Beschäftigte,
- nicht erwerbstätige oder arbeitslose Personen sowie Personen in Ausbildung oder Studium,
- Personen im Ruhestand bzw. Pensionärinnen und Pensionäre.

Die regionale Kalibrierung erfolgte nach den 13 Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens sowie nach zusammengefassten Kategorien der Gemeindegröße und Lage innerhalb der Stadtregion auf Grundlage der BIK-Klassifikation.

Landkreis bzw. kreisfreie Stadt und BIK-Typ waren bereits bei der Schichtung der Samplepoints berücksichtigt worden. Die regionale Kalibrierung diente zusätzlich dazu, die realisierte Nettostichprobe an die amtlichen regionalen Verteilungen anzupassen.

4.5.3 Amtliche Sollverteilungen

Die Sollverteilungen stammen aus zwei Quellen:

- der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes für Sachsen mit Stand vom 31. Dezember 2024,
- dem Mikrozensus 2020 für Sachsen.

Die erhobenen Merkmale wurden für die Kalibrierung so zusammengefasst, dass die Kategorien mit den verfügbaren amtlichen Randverteilungen kompatibel waren.

Die ungewichtete Stichprobe umfasst 990 Männer und 1.041 Frauen. Dies entspricht Anteilen von 48,7 bzw. 51,3 Prozent. Nach der Gewichtung betragen die Anteile 48,8 bzw. 51,2 Prozent und stimmen damit nahezu vollständig mit der verwendeten Sollverteilung überein.

Auch bei Alter, Haushaltsgröße, Schulabschluss, Erwerbsstatus, Kreis und Gemeindegröße wurden die gewichteten Verteilungen an die jeweiligen Sollwerte angepasst.

4.5.4 Umgang mit fehlenden Kalibrierungsmerkmalen

Fehlende Angaben bei den für die Kalibrierung benötigten Merkmalen wurden vor der Gewichtungsberechnung vorübergehend ersetzt. Bei metrischen Merkmalen erfolgte der Ersatz durch den Mittelwert, bei kategorialen Merkmalen durch den Modalwert der jeweiligen Variable.

Diese Imputation diente ausschließlich dazu, für sämtliche Fälle ein Gewicht berechnen zu können. Sie verändert nicht die inhaltlichen Angaben, die in den Ergebnistabellen und im Bericht ausgewiesen werden. Für die inhaltliche Auswertung bleiben fehlende Antworten weiterhin als fehlende Werte bzw. als „Weiß nicht“ oder „Keine Angabe“ erhalten.

4.5.5 Gewichtungskennwerte

Die finalen Gewichte wurden so normiert, dass ihr Mittelwert 1 beträgt. Die gewichtete Gesamtfallzahl entspricht damit der ungewichteten Gesamtfallzahl von 2.031 Interviews.

Die Gewichte weisen folgende Kennwerte auf:

- Mittelwert: 1,000
- Standardabweichung: 0,403
- Minimum: 0,292
- Maximum: 4,153
- effektive Fallzahl: 1.747
- Gewichtungseffektivität: 0,86

Die Gewichtungseffektivität von 0,86 bedeutet, dass die Streuung der Gewichte die statistische Präzision gegenüber einer gleich großen ungewichteten einfachen Zufallsstichprobe reduziert. Bezogen auf die Streuung der Gewichte entspricht die statistische Präzision rechnerisch einer ungewichteten Stichprobe von rund 1.747 Fällen mit gleichen Gewichten. Zusätzliche Designeffekte durch die Bündelung der Interviews in Samplepoints sind darin nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig verbessert die Gewichtung die Übereinstimmung der Stichprobe mit den amtlichen Sollverteilungen bei den einbezogenen Merkmalen.

4.5.6 Einordnung der gewichteten Stichprobe

Bereits die ungewichtete Stichprobe weist bei mehreren demografischen und regionalen Merkmalen nur begrenzte Abweichungen von den verwendeten amtlichen Sollverteilungen auf. Nach der Gewichtung stimmen die Ist-Verteilungen für die einbezogenen Merkmale nahezu vollständig mit den Sollwerten überein.

Diese Übereinstimmung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für vollständige Repräsentativität. Die Gewichtung kann nur Abweichungen bei den Merkmalen korrigieren, die in das Kalibrierungsverfahren einbezogen wurden. Selektivitäten bei nicht erhobenen oder nicht berücksichtigten Merkmalen können weiterhin bestehen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die vorgesehenen Regeln zur Haushalts- und Zielpersonenauswahl im Feld nicht in allen Fällen strikt umgesetzt wurden. Die hohe Übereinstimmung mit den amtlichen Strukturmerkmalen sollte deshalb nicht als alleiniger Nachweis einer vollständig unverzerrten Zufallsstichprobe interpretiert werden.

4.6 Tabellierung und statistische Prüfung

4.6.1 Ergebnisdarstellung

Die Ergebnisdarstellung basiert grundsätzlich auf gewichteten Prozentwerten. Ungewichtete Fallzahlen werden ausgewiesen, wenn sie für die Beurteilung der statistischen Belastbarkeit erforderlich sind.

Bei Fragen mit nur einer zulässigen Antwort können Abweichungen der dargestellten Prozentwerte von 100 Prozent durch Rundung entstehen. Die Balkenlängen in den Abbildungen beruhen auf den nicht gerundeten Werten. Die in den Balken dargestellten Prozentangaben werden auf ganze Zahlen gerundet.

Bei Mehrfachantworten bezeichnet der Prozentwert den Anteil der Befragten, die eine bestimmte Antwort gegeben haben. Da eine Person mehrere Kategorien auswählen kann, können sich die Anteile auf mehr als 100 Prozent summieren.

Gleiches gilt für offene Fragen, wenn eine Antwort mehrere voneinander unterscheidbare Themen enthält und deshalb mehreren Kategorien zugeordnet wurde.

4.6.2 Zeitvergleiche

Zeitvergleiche werden nur für Fragen und Antwortkategorien vorgenommen, deren Formulierung, Bedeutung und Antwortskala über die Erhebungsjahre hinreichend vergleichbar sind.

Neue Fragen und substanziell veränderte Items werden ausschließlich für 2026 berichtet. Bei technisch umnummerierten, aber inhaltlich identischen Items ist ein Zeitvergleich möglich, sofern die Vergleichbarkeit anhand der Fragebogenunterlagen bestätigt wurde.

Die aktuell ausgewiesenen Ergebnisse für 2026 werden in den Abbildungen oberhalb der Ergebnisse früherer Erhebungsjahre dargestellt.

4.6.3 Signifikanzprüfung

Unterschiede und zeitliche Veränderungen wurden zweiseitig auf dem 5-Prozent-Niveau geprüft; bei mehreren Tests erfolgte eine Holm-Korrektur.

Signifikanzhinweise beziehen sich grundsätzlich auf die jeweils geprüften einzelnen Antwortkategorien. Wird zusätzlich eine zusammengefasste Kennzahl dargestellt, beispielsweise die Summe aus „Sehr zufrieden“ und „Eher zufrieden“, bedeutet die Signifikanz einer Einzelkategorie nicht automatisch, dass auch die Veränderung der zusammengefassten Kennzahl statistisch signifikant ist.

Bei kleinen ungewichteten Fallzahlen werden die Ergebnisse besonders zurückhaltend interpretiert. Soweit erforderlich, werden Gruppen zusammengefasst oder mit einem entsprechenden Hinweis versehen.

4.6.4 Hinweise zur wissenschaftlichen Datennutzung

Für deskriptive Auswertungen und modellbasierte Analysen sollten grundsätzlich die bereitgestellten Personengewichte verwendet werden. Ungewichtete Fallzahlen sollten ergänzend ausgewiesen werden, damit die tatsächliche Datenbasis der jeweiligen Auswertung nachvollziehbar bleibt.

Bei der Schätzung von Standardfehlern, Konfidenzintervallen und Signifikanztests ist zusätzlich die räumliche Bündelung der Interviews in Samplepoints zu berücksichtigen. Beobachtungen innerhalb desselben Samplepoints können sich stärker ähneln als Beobachtungen aus unterschiedlichen Samplepoints. Verfahren, die von vollständig unabhängigen Einzelbeobachtungen ausgehen, können die statistische Unsicherheit daher unterschätzen. Soweit die verwendete Analysesoftware dies ermöglicht, sollte die im Datensatz enthaltene PSU-Kennung als Clustervariable in die Varianzschätzung einbezogen werden. Hierfür können Verfahren zur Analyse komplexer Stichproben oder clusterrobuste Standardfehler verwendet werden.

Die bereitgestellten Personengewichte bilden nach der vorliegenden Gewichtungsdokumentation die Transformation von der Haushalts- auf die Personenebene und die Kalibrierung der realisierten Stichprobe an amtliche Randverteilungen ab. Die bei der Samplepoint-Auswahl berechneten ersten Designgewichte sind in der Gewichtungsdokumentation nicht als gesonderte Komponente des finalen Personengewichts ausgewiesen. Die Personengewichte ersetzen zudem nicht die Berücksichtigung der räumlichen Bündelung der Interviews bei der Varianzschätzung.

Die Gewichtung kann strukturelle Abweichungen nur insoweit ausgleichen, wie diese mit den einbezogenen Kalibrierungsmerkmalen zusammenhängen. Mögliche Selektivitäten bei nicht beobachteten oder nicht in der Kalibrierung berücksichtigten Merkmalen können weiterhin bestehen.

4.7 Methodische Grenzen

Der Sachsen-Monitor 2026 beruht auf einem aufwendig konstruierten, räumlich geschichteten Stichprobendesign und einer anschließenden Kalibrierung an zentrale amtliche Strukturmerkmale. Das Verfahren gewährleistet eine breite räumliche Abdeckung des Freistaates und eine hohe Übereinstimmung der gewichteten Stichprobe mit den verwendeten Sollverteilungen.

Gleichzeitig sind bei der methodischen Einordnung die Bedingungen der praktischen Feldarbeit zu berücksichtigen. Die Haushaltsauswahl orientierte sich an einem Random-Route-Verfahren. Bei geringer Antreffbarkeit wurde die vorgesehene Schrittfolge in einzelnen Fällen innerhalb des zugewiesenen

räumlichen Umfelds angepasst. Auch bei der Zielpersonenauswahl nach dem Last-Birthday-Verfahren waren vereinzelt feldpraktische Anpassungen erforderlich, um vorhandene Interviewmöglichkeiten nutzen zu können. Dadurch können die tatsächlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten einzelner Haushalte und Personen vom theoretisch vorgesehenen Verfahren abweichen. Zur Qualitätssicherung wurde eine Zufallsstichprobe von mindestens 10 Prozent der realisierten Interviews nachkontrolliert.

Die Gewichtung reduziert strukturelle Abweichungen bei den berücksichtigten Kalibrierungsmerkmalen. Selektivitäten nach nicht beobachteten Merkmalen, etwa politischem Interesse, zeitlicher Erreichbarkeit, Teilnahmebereitschaft oder Vertrauen in Befragungen, können dadurch jedoch nicht vollständig ausgeglichen werden.

Darüber hinaus unterliegen Befragungsergebnisse grundsätzlich möglichen Erinnerungs-, Verständnis- und Antworttendenzen. Bei sensiblen politischen und gesellschaftlichen Themen können soziale Erwünschtheit und die konkrete Formulierung der Fragen einen Einfluss auf die Antworten haben.

Offene Fragen spiegeln spontane Nennungen wider. Sie zeigen, welche Aspekte den Befragten unmittelbar in den Sinn kommen, nicht aber notwendigerweise die vollständige Bedeutung eines Themas nach gezielter Nachfrage.

Hinzu kommt, dass in einem der 280 ausgewählten Samplepoints keine Interviews realisiert wurden. Die dort vorgesehene Zahl an Interviews wurde auf andere bereits ausgewählte Samplepoints verteilt. Dadurch wich die realisierte Interviewzahl je Samplepoint geringfügig von der ursprünglichen Allokation ab. Die Kalibrierung nach Kreis und BIK-Gemeindegröße reduziert damit verbundene regionale Strukturabweichungen, stellt die ursprüngliche Verteilung auf die einzelnen Samplepoints jedoch nicht vollständig wieder her.

Trotz dieser Einschränkungen stellt der Sachsen-Monitor 2026 eine umfangreiche und regional breit verteilte Datengrundlage zur Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen im Freistaat Sachsen bereit. Die transparente Dokumentation des Stichprobendesigns, der praktischen Feldumsetzung, der Gewichtung und der statistischen Prüfung ermöglicht eine sachgerechte Einordnung der berichteten Ergebnisse.